



Entwertung des Theodor-Herzl-Preises

Eine unverdiente Preisverleihung an die Kanzlerin

SEITE 10-11

Herzlichen Glückwunsch, Herr Premierminister!

Benjamin Netanjahu ist 70 geworden.

SEITE 22



Ein „Hallelujah“ auf Leonard Cohen

Eine musikalisch-literarische Konzertreise rund um den großen jüdischen Liedermacher

SEITE 30-31



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

mit dem Ausklingen des Zyklus der hohen jüdischen Feiertage neigt sich so allmählich auch das Jahr 2019 seinem Ende entgegen. Nach der Feiertags-Verschonungspause des Monats November freuen sich besonders die jüdischen Kinder bereits auf das Geschenkreiche Chanukkah-Fest, dessen erste Kerze in diesem Jahr mit dem Ausklang des vierten Adventssonntags gezündet wird, und das in diesem Dezember genau auf die Weihnachtswoche fällt.

Auch wenn der Monat November in unseren Breiten insgesamt ein eher von elegischer Stimmung getragener Herbstmonat ist und nicht wenige, meist dieser Stimmung entsprechende Gedenktage aufweist, so beinhaltet er doch gerade in der neueren Geschichte Tage der Erinnerung an Ereignisse, die sowohl für Deutschland als auch für die Juden von schicksalhafter Bedeutung sind und maßgeblich zur heutigen politischen Situation beigetragen haben.

Der 29. November 1947 ist der Tag der Resolution 181 (II), in der sich die UNO mit überwältigender Mehrheit für eine Teilung des damaligen britischen Mandatsgebiets und die langersehnte Wiederentstehung eines jüdischen Nationalstaates auf einem Teil des alten jüdischen Territoriums aussprach. Dieser Tag ist damit die eigentliche Geburtsstunde des modernen demokratischen Staates Israel.

Für Deutschland, aber auch für die deutschen und europäischen Juden schicksalhaft sind jedoch auch unfraglich die historischen Ereignisse, die jeweils koinzidenterweise auf den 9. November fielen und von denen insbesondere jeweils der 9. November der Jahre 1918, 1938 und 1989 hervorzuheben ist.

Sehr bald wieder zertreten wurde der Hoffnungsfunkel, den vor 101 Jahren die Abdankung des deutschen Kaiserreichs und das Ausrufen einer Republik Deutschland am 9. November 1918 in dem geschundenen Europa für einige wenige Jahre ebenso aufkeimen ließ, wie zwei Tage später am 11. November 1918 das offizielle Ende des schrecklichen Ersten Weltkriegs mit über 17 Millionen Todesopfern, davon allein 12.000 für das deutsche Kaiserreich gefallenen Juden.

Er wurde brutal zertreten von der durch Deutschland selbsterwählten braunen Nazi-Herrschaft, dem antisemitischen Terror der Pogromnacht des 9. November 1938 und der folgenden Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden durch deutsche Nazischeren und ihre bereitwilligen Helfer aus unterschiedlichen Nationen.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Was bleibt vom Glück des Mauerfalls?



Von Paul Möllers

Ein Detail fiel ins Auge bei der Berichterstattung über die geplanten Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums des Mauerfalls: Der Hinweis auf die erhöhten Sach- und Personalkosten aufgrund der zu treffenden erhöhten Sicherheitsmaßnahmen. „Seit dem Anschlag vom Breitscheidplatz“ seien die Sicherheitsanforderungen gestiegen – an dieser lapidaren Erklärung nimmt jedoch fast niemand mehr Anstoß, der Verlust an Sicherheitsgefühl wird nur ungern zum Thema gemacht.

Als besonders betroffene Gruppe haben zuletzt die Vertreter der jüdischen Gemeinden auf diesen Punkt hingewiesen. So wurde der fehlende Schutz an Synagogen bemängelt, nur durch einen glücklichen Umstand konnte ein Massaker in der Synagoge in Halle verhindert werden. Die Bitten der Gemeinden um mehr Polizeischutz blieben unerhört.

Bedrohte Werte

Auch die Berichterstattung über die veränderte Quantität und Qualität von antisemitischen Attacken bewirkte zunächst nur Aktionismus und Lippenbekenntnisse. Über die Bedrohung durch Antisemitismus von rechtsextremer Seite hat man sich bislang keine Illusionen gemacht. Man tut sich aber schwer, den zunehmenden islamischen Antisemitismus, insbesondere den „palästinensischen“ Antisemitismus, zu thematisieren und ist geneigt, aus einer

fälsch verstandenen Multiperspektivität diesen Antisemitismus auch im Bildungsbereich zu tolerieren, wie die Antisemitismusforscher Samuel Salzborn und Alexandra Kurth in einem Gutachten Anfang des Jahres feststellen.

Ob sich Ignatz Bubis, Heinz Galinski oder Paul Spiegel diese Entwicklung hätten vorstellen können? Angela Merkels Rede zu 20 Jahren Wiedervereinigung vor der jüdischen Gemeinde im Oktober 2010 könnte deutschen Juden heute aufstoßen; neben ihrem Bekenntnis zu Israels Sicherheit als Staatsrason äußerte Merkel auch: „Jüdisches Leben gehört zu Deutschland, es hat hier seine Heimat“.

In Osteuropa brauchen Juden weniger Schutz als in Deutschland

Es mutet wie Ironie an, dass sich nun nach Deutschland eingewanderte Juden aus Osteuropa mittlerweile sicherer in ihren Herkunftsländern fühlen als in der sogenannten offenen Gesellschaft – trotz Bedenken, wenn es etwa um die Person Orbán geht. Sind doch Juden hierzulande auf mehr Schutz angewiesen als z.B. in dem so bezeichneten „rechtspopulistischen“ Ungarn unter dem mindestens als rechtsnational oder rechtskonservativ geltenden Orbán.

Eine zunehmende Entfremdung macht sich auch unter Einwanderern muslimischer Herkunft breit, sie erkennen die Bundesrepublik nicht wieder, in der sie einst Zuflucht suchten und fanden vor religiöser und politischer Verfolgung.

Die Unsicherheit darüber, welche Werte und Traditionen überhaupt zu verteidigen sind, spiegelt sich in öffentlichen Verlautbarungen oder in ungelentk und inhaltsleer anmutenden Kampagnen der Bundesregierung wie zuletzt bei „Wir sind Rechtsstaat“. Sollte dies als ein Eingeständnis der Regierung zu verstehen sein? In den letzten Jahren sind auch neue Mauern entstanden, politischer Streit wurde lange nicht mehr so unerbittlich geführt. Ein Konsens, der als unhintergebar betrachtet wurde, scheint aufweicht. Die zunehmende Polarisierung und das Handeln nicht zuletzt der großen Koalition hat die politischen Ränder gestärkt. Die Bruchlinien zeichnen sich in den kleinsten Einheiten von Gesellschaft ab: In vielen Familien steht man sich zum Teil unversöhnlich gegenüber, wenn es um Themen wie Einwanderung, Bildung und Wirtschaftspolitik geht.

Politische Bildung mit blinden Flecken?

Auch in anderen Bereichen ist fast schon eine Umwertung zu verzeichnen, so geraten heute Bürgerrechtler wie Vera Lengsfeld unter „Rechts“-Verdacht, Medien wie die „Frankfurter Rundschau“ attestieren ihr, „nach Rechtsaußen gedriftet“ zu sein.

Andere wiederum genießen trotz langjähriger Stasi-Mitarbeit hohes Ansehen, werden gar im Bereich politische Bildung prominent eingesetzt, so wie etwa Anetta Kahane.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

Was bleibt vom Glück des Mauerfalls?

30 Jahre nach der friedlichen Revolution verspielt Deutschland erneut die Freiheit seiner jüdischen und nicht-jüdischen Bürger.

Zuletzt erlitt ihr Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus einen Verlust an Glaubwürdigkeit, als sie im Verein mit Stützungsmitarbeiterin Dr. Rosa Fava eine angeblich neue „Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ namens „CLAIM“ bewarb. Allein die Namenswahl müsste wie ein Affront erscheinen, vor allem wenn man dazu den Umgang der DDR mit der Jewish Claims Conference betrachtet. Sollte das einer so profilierten politischen Bildnerin entgangen sein?

Auch die personelle Zusammensetzung der Allianz wirft Fragen auf, so finden sich verschiedene altbekannte Vertreter des politischen Islams darunter, Inssan e.V. z.B., vom Verfassungsschutz verdächtigt, Verbin-

dungen zu Vereinen zu haben, die der antisemitischen Muslimbruderschaft zugeordnet werden. Auch andere Beteiligte wie Dr. Farid Hafez, der für eine wohl AKP-nahe Denkfabrik wie SETA arbeitet, erscheinen zunächst nicht wie natürliche Verbündete im Kampf gegen Antisemitismus. Wie auch andere in diesem Bereich der politischen Bildung Tätigen hat es Anetta Kahane bislang nicht vermocht, die negativen Implikationen eines postmodernen Antirassismusbegriffs zu durchschauen: Eine analytische Durchdringung der Spezifik von Antisemitismus bleibt aus, in der Folge bleibt der Bereich Antisemitismus ein blinder Fleck, jegliche Kritik an muslimischem Antisemitismus wird mit Hinweis auf „Rassismus“ delegitimiert.

Man wäre direkt geneigt, der Doyenne der wiedervereinigten bundesrepublikanischen politischen Bildung ein wenig, ja, politische Bildung ans Herz zu legen. Mit kundigen Aufklärern wie Vojin Saša Vukadinović beispielsweise, selbst Historiker, könnte sie die Fallstricke des postmodernen „Kampf gegen Rassismus“ begreifen lernen.

Man darf also gespannt sein auf die Feierlichkeiten zum Mauerfall, von massenwirksamen Happenings bis leisen Tönen wird alles vertreten sein. Und man kann nur hoffen, dass „Impulse“ wie der von Malte Lehming, den 9. November einfach zu einem „Tag der Herkunft“ zu erklären, ungehört bleiben. Der „Tagesspiegel“-Redakteur, unvergessen sein Kommentar über den

Neid der „Eingeborenen“ auf die „Vitalität“ und Risikobereitschaft der ausländischen Intensivtäter, schlägt vor, am 9. November aus dem „deutsch-deutschen Sud heraus“ zu kommen. Dazu solle jeder „selbstbewusst“ ein „Merkmal seiner Herkunft“ tragen, eine Flagge oder ein religiöses Zeichen.

„Das Verstecken der eigenen Identität zu verlassen, kann befreiend und aufregend zugleich sein“ – dieser Satz kann nur zeitgeistig „vielfältigen“ Geistern wie Lehming gefallen. Juden jedoch, die im wiedervereinigten Deutschland mittlerweile gut beraten sind, auf jegliche Zeichen ihrer Religiosität im öffentlichen Raum zu verzichten, kann er nur wie Hohn erscheinen.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Mit dem 9. November 1989 konnte durch den Fall der Berliner Mauer die in der Folge des Zweiten Weltkrieges entstandene Teilung Deutschlands überwunden und Freiheit und Demokratie für alle, auch für die wenigen übriggebliebenen jüdischen Bürger des wiedervereinigten deutschen Staates, geschaffen werden.

Staatstragend und symbolhaft für den freiheitlichen Geist des neuen, demokratischen und wiedervereinigten Deutschland war auch die aufrichtige Freude und das weitere Anwachsen der sich in den Nachkriegsjahren nur langsam wieder etablierenden, nahezu ausgemerzten – zum Teil auf eine weit über eintausend Jahre alte Existenz zurückblickenden – jüdischen Gemeinden in unserem Lande.

Angesichts der entseelten und vernunft-verlassenen Politik unseres längst von den Wählern abgewählten linken Regierungsbündnisses weicht diese Freude an der Wiedervereinigung gegenwärtig der Sorge, dass diese Republik allen negativen Erfahrungen der Weimarer Republik zum Trotz – aber auch ganz Westeuropa – die Chancen, die die Überwindung des Kalten Krieges und der Blöcke für unsere freiheitliche Lebensweise in Überfülle gebracht hat, dauerhaft verliert.

Unsere westlichen Demokratien sind gerade dabei, unser hart und opferreich erkämpftes humanistisches Erbe durch falsch verstandenes Appeasement und undifferenziertes Gewährenlassen den zumeist islamischen Feinden unserer Demokratie und unserer freiheitlichen Lebenswerte nahezu ohne Gegenwehr zu überlassen und gleichzeitig Tür und Tor für ein reaktives Erstarken des rechten Randes zu öffnen.

Deutschland holt IS-Mörder zurück

Durch die besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung mit zunehmender Geschwindigkeit gewachsene Islamisierung Deutschlands wurden – unterstützt von unseren links-ideologisch dominierten öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien – durch eine von keiner Ratio nachvollziehbare suizidale Einlasspolitik islamischer Demokratie- und Rechtsstaatsverachtung, Frauenentrechtung und eines abgrundtiefen gewalttätigen Judenhasses, Erosionen an unserer freiheitlich-westlichen Lebensweise zugelassen, die wir in unserer säkularen, religions-getrennten und religions-toleranten Lebenswelt kaum für möglich gehalten haben.

Soeben zu Ende des Monats Oktober wurde Al-Baghdadi, der Chef-Verbre-

cher des IS-Mordsystems von US-Kräften gestellt und unschädlich gemacht. Den aus diesem Lande stammenden verbliebenen IS-Mördern, Enthauptern und Vergewaltigern unschuldiger Männer, Frauen und Kinder wird von unserer politischen Führung – wie kaum anders erwartet – verstärkt der Rückweg in unsere Republik möglich gemacht, um sie nach den üblich lächerlich milden Strafen oder auch gänzlich unsanktioniert auf die Menschen hierzulande loszulassen.

In Deutschland hat die unsägliche Islam-Einlass-Politik und die vorsätzliche partiell sehr weitgehende Aushebelung der Rechtsnormen unseres freiheitlich-demokratischen und westlichen Wertesystems zuletzt bei der Thüringen-Wahl zu einer massiven Wähler-Abstrafung der für das in unserem Lande angerichtete Sicherheitsdesaster hauptsächlich verantwortlichen großen Regierungskoalition aus CDU und SPD unter Kanzlerin Merkel geführt.

Als multikulturelle Errungenschaft angepriesene Islam-Affinität und nahezu vollständiger Verzicht auf angemessene rechtliche Sanktionierung und konsequent kompromisslose Abschiebung islamischer Straftäter haben zu einem nahezu explosionsartigen Anstieg islamogener Gewalt auf unseren Bahnsteigen, in unseren Verkehrsmitteln und nahezu allen öffentlichen Lebensbereichen unserer Städte geführt.

Die sich jeder nachvollziehbaren Vernunft und jedem Selbsterhaltungs-Anliegen entziehende, von unserer durch und durch verantwortungslosen Politik veranlasste quasi unbeschränkte Aufnahme vor allem muslimischer Zuwanderer hat einen fast allenthalben deutlich spürbaren, mit vielen Beispielen belegbaren, Islam-zugewandten kulturellen Umbau unserer Gesellschaft verschuldet, der bislang trotz mahnender Stimmen beinahe ungebremst weitergeht und zu einer erheblichen Verunsicherung der originären abendländisch ausgerichteten Stammbevölkerung geführt hat.

Die leicht nachvollziehbare Abkehr von Millionen von Wählern, die sich durch die suizidale Islam-affine Politik der – um in alten Begrifflichkeiten zu bleiben – weit nach links gerückten etablierten Parteien nicht mehr vertreten sehen, konnte indes nur die politische Verantwortlichen überraschen.

Zu sehr hatten die bisherigen Machteliten um Frau Merkel, das nahezu allparteiliche etablierte Heer ihrer ideologischen Claqueure und der sie umgebenden,

allem voran um die eigenen Ämter besorgten Opportunisten unbelehrbar und in geradezu trotziger Macht-Arroganz in ihren Steuergeld-bezahlten Panzerglas- und Bodyguard-geschützten Dienstlimousinen jede Bodenhaftung und jedes Gespür verloren für die wirkliche Bedrohung und die berechtigten Ängste ihrer Wähler vor dem Islam-generierten Verfall, der wachsenden Gewalt und dem kulturellen Umbau unserer bislang noch Religions-toleranten und Religion-getreuen westlichen Demokratie.

Dies belegen auch die kaum kontroversen Wahlkampfthemen, mit denen das politische Establishment Volk und Wähler am Kern der Sache vorbei langweilen, statt sich mit der von Frau Merkel und Co. unkontrolliert importierten hauptsächlich islamischen Gewalt und mit der Demokratie-, Kultur- und Rechtsverachtung sowie dem bereitwillig und unkritisch eingelassenen, nicht selten mörderischen und gegenwärtig alle anderen antisemitischen Strömungen an Gefährlichkeit weit übertreffenden muslimischen Judenhass auseinanderzusetzen.

Wahl-niederlagen werden geleugnet

Es ist in diesem Kontext weder hilfreich noch zielführend, die deshalb und reaktiv zur neuen Opposition trotz der dortigen Höckes abgewanderten Wähler zu beschimpfen und mit ihnen die gesamte sich zunehmend formierende Opposition gegen den suizidalen Islam-Einlass-Kurs unserer Kanzlerin und der Ihren als Nazis zu dämonisieren, statt sich mit dem wirklichen Anliegen der Wähler nach Sicherheit und Erhaltung unserer kulturellen Werte auseinanderzusetzen. Erheblich richtiger wäre es, die für die niederschmetternden Wahl-niederlagen (zuletzt, aber ganz sicher nicht zu allerletzt in Thüringen) ausschlaggebenden Missstände in der verfehlten Zuwanderungspolitik und unzulänglichen Abschiebepaxis wirkungsvoll und entschlossen abzustellen.

Nach einer derart historischen Niederlage wie in Thüringen wäre es richtigerweise ein unvermeidbarer Beweis des politischen Anstandes und des Respekts vor dem Votum des Wahlsouveräns und ein Akt des Wiedererlangens einer politischen Glaubwürdigkeit, wenn die politische Verantwortlichen, allen voran die untragbar gewordene und de facto abgewählte Kanzlerin, schnellstens durch eine geeignetere, tatsächlich und prioritär um den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen westlichen Lebenswelt bemühte Führung ersetzt würde. Nur

so könnte der Weg für die vom Wähler signalisierte und gewollte politische Abkehr von der suizidalen Islam-affinen Selbstaufgabe-Politik unseres abendländischen Wertesystems und für einen echten politischen Neubeginn freigelegt werden, ohne die politischen Extreme rechts und links zu stärken.

Gründe für diesen überfälligen Neubeginn nach dem offensichtlichen Misstrauensbeweis des Wählers gegenüber Frau Merkel und ihrer Mannschaft gibt es mehr als genug. Immerhin ist die bisherige Regierung mit dieser Kanzlerin an der Spitze unfraglich und maßgeblich verantwortlich für die große Zahl, viele unserer essentieller Lebensbereiche umfassender, unsere Gesellschaft und die europäische Völkerfamilie spaltender, erheblicher politischer Fehlentwicklungen der letzten Jahre in Deutschland und in Europa.

Dazu gehört die gegenüber unserem Land und nicht zuletzt gegenüber seinem jüdischen Bevölkerungsanteil verantwortungslose, hier bereits genannte unkontrollierte Einlasspolitik für islamische Demokratie- und Rechtsverachtung sowie Islam-generierten Judenhass ebenso wie u.a. der Brexit, die Verschärfung des osteuropäischen Konflikts, die verfehlte Türkei-Politik und die opportunistische Duldung ihrer für ein NATO-Mitglied untolerierbaren Expansionspolitik.

Die Abkühlung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses

Nicht zuletzt Frau Merkels, Herrn Maaßens und Herrn Steinmeiers Fehlleistung ist auch die fahrlässige und überaus gefährliche Beihilfe zu dem iranischen Atombombenbau, der der geplanten Vernichtung Israels und der Ausdehnung einer Hegemonialstellung des aggressiven Unrechtsregimes der Mullahs im ganzen arabischen Raum dient.

Besonders fatal ist die von der Kanzlerin, ihrem Außenminister und dem Bundespräsidenten unseres Landes – um nur die bekanntesten zu nennen – vorsätzlich herbeigeführte, nie dagewesene massive Störung und Abkühlung des für unsere Freiheit existentiellen transatlantischen Bündnisses mit den USA, die Entsolidarisierung der europäischen Staaten, die Zerstörung der eigentlichen europäischen Idee und die massive Entfremdung der deutschen Politik von Israel, bei gleichzeitiger Annäherung zu den unverändert an der Vernichtung Israels festhaltenden Terrorbossen wie etwa Rouhani, Erdogan Abbas und anderen mehr.

Der türkische Einmarsch in Syrien und die Heuchelei Deutschlands

US-Präsident Trump wird für seinen Rückzug hierzulande schärfer verurteilt als Erdogan für seinen brutalen Angriff auf die syrischen Kurden

Von Jaklin Chatschadorian

Der Syrienkonflikt ist ein komplizierter, obgleich er nicht hätte so kompliziert werden müssen. Islamisten in Syrien wollten gegenüber dem alawitischen Diktator Baschar al Assad mehr demokratische Mitspracherechte. Schon über diesen Satz mag der eine oder andere stolpern, es sei denn man erinnert sich an den von Erdogan geführten Zug, auf den man aufspringt, bis man am Ziel ist. Genau das hat die internationale Gemeinschaft, von amerikanischer Seite noch unter der Führung von Barack Obama, in den Anfängen des Krieges in Syrien (2012) nicht getan. Sie hat den offenen Islamismus der Türkei ebenso ignoriert wie die Erfahrungen aus dem „Arabischen Frühling“, der letztlich mit den Mitteln der Demokratie nicht nur in Ägypten zum Erstarren des Islamismus führte.

Man zeigte sich erfreut am Willen zur politischen Teilhabe des vermeintlich einfachen Volkes und unterstützte vorsätzlich jene, die dem Islam zur Macht verhelfen wollten. Spätestens seit der seltsam anmutenden Idee der deutschen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, die rechtswidrige Invasion der Türkei durch seine Internationalisierung zu legalisieren, liest man in den deutschen Meldungen oft, dass Deutschland sich jedenfalls nicht mehr heraushalten, sondern endlich Verantwortung übernehmen müsse. Welch eine Falschmeldung! Zu welchem Zeitpunkt hat sich Deutschland aus dem Konflikt herausgehalten? Es hat sich von Anfang an, vielseitig an die Seite der Islamisten positioniert. Es hat das Theater der Türkei, diese würde gegen den IS kämpfen verkauft und Waffenlieferungen an die Türkei aktiv unterstützt. Es steht, in alter Waffenbrüderschaft, noch immer an der Seite des führenden, islamistischen Diktators, der Bin Laden, Mursi und Al Baghdadi überlebt. Aber auch die anderen internationalen Mitspieler unterstützten den Versuch Assad zu stürzen und das mit Öl gesegnete Land in die Hände von unfähigen Islamisten zu geben, um diesen bei der Abschöpfung – ähnlich wie im Irak – unter Beteiligung zu helfen.

Die wehrhaften Kurden

Die Jesiden, Kurden und Christen im Norden Syriens waren die ersten Bevölkerungsgruppen, die angegriffen wurden. Sie waren den Islamisten nicht nur aus religiösen Gründen ein Dorn im Auge, sondern auch aus Solidarität mit der Türkei. Vor allem die Kurden erwiesen sich glücklicherweise als starker Gegner und wehrten sich, gerade auch mit der Kraft ihrer Frauen, so erfolgreich gegen die Schergen Mohammeds, dass so manch einem der Weg zu den 72 Jungfrauen verwehrt geblieben sein dürfte. Aufgrund eines ungunstigen Verhältnisses zum syrischen Machthaber kämpften die Kurden bei dieser Gelegenheit jedoch nicht für Syrien, sondern einen eigenen Staat namens Rojava, unterstützt von den USA und zunächst geduldet durch Syrien und Russland. Der Iran wiederum sah die Chance, durch eine Stärkung des syrischen Verbündeten hier und da gegen Israel zu schießen, also beteiligte auch er sich.

Man stelle sich vor, die internationale, nicht-islamische Gemeinschaft hätte sich gemeinsam an die Seite des syrischen Präsidenten gestellt? Wäre der Konflikt nicht



Kurden bei einer antitürkischen Demonstration in Qamischli, im Nordosten Syriens

in seinem Keim erstickt worden? Islamisten haben kein Interesse an der Umsetzung demokratischer Werte, sondern an deren Missbrauch. Warum also ihnen zu solchen, auf Kosten von Menschenleben, verhelfen?

Zugegeben, an Assads Händen klebt Blut, er ist ein klassischer Diktator. Doch genau das kann man auch Erdogan, unserem Verbündeten, NATO-Partner und noch immer EU-Beitrittskandidat vorwerfen. Ein international gestärkter Syrien hätte u.a. dem Iran nicht die Mög-

auch der Kampf um Rojava, zum Bedauern der Kurden, ausgeblieben. Vielleicht aber hätte man hier, mit internationaler Unterstützung, mehr Rechte für die Kurden und eine autonome Region aushandeln können. Die Christen Syriens hätten nicht zwischen die Fronten geraten müssen.

Trumps Rückzug aus dem Dauerkonflikt

Nun aber sind wir an einem Punkt, an dem scheinbar ausschließlich der US-Präsident

Deutsche Waffenexporte in die Türkei sind auf dem höchsten Stand seit 14 Jahren und diesen Rekord dürfte man bis Jahresende, trotz des wohlfeil klingenden Exportstopps, halten. Milliarden fließen noch immer in die Türkei zur Heranführung an die EU. Zudem kommen humanitäre Hilfen aus Deutschland, Flüchtlingshilfe durch den Bund, wirtschaftliche Kooperationen über Förderbanken, öffentliche Gelder von Bund und Ländern in Bildung, Forschung und Naturschutz. Ein Schelm, der daran zweifelt, dass die Türkei, die die Geschichte der Evolution aus den Lehrplänen streicht, die Mathematik für überflüssig hält, und den Dschihad gesondert neben dem Fach Religion unterrichtet, die Gelder nicht zweckgemäß verwenden würde.

Nein, für Deutschland bleibt es dabei: Nicht das Land, das die Türkei letztlich mit rund einer Milliarde jährlich unterstützt, soll Verantwortung für die aktuelle Aggression des türkischen Staates tragen, sondern die USA, obgleich diese die Türkei mit lediglich 37 Millionen, wenn auch hier 37 Millionen zu viel, stützen. Man darf fast gesichert davon ausgehen, dass jede Entscheidung des amtierenden US-Präsidenten nicht die geringste Chance auf Zustimmung haben dürfte. Schließlich hat sich die Hofberichterstattung auftragsgemäß an ihm festgebissen.

Was man Trump gleichwohl vorwerfen muss, ist, die unzureichende Berücksichtigung der Auswirkungen seines Handelns. Er hat seine Entscheidung bekanntgegeben, realisiert, den Schaden gesehen und arbeitet nunmehr irgendwie an einer Kurskorrektur. Erfolge lassen noch auf sich warten. Aber sein Rückzug vom Rückzug ist jedenfalls, um Assad aus manch arabischer Meldung hier zu zitieren, „ehrlich“. Nachdem die Menschen in Tel Abyad, Hassake und Qamishli geköpft wurden, arbeitet er an einer Schadensminimierung – in Sachen Öl.

» Islamisten haben kein Interesse an der Umsetzung demokratischer Werte, sondern an deren Missbrauch.

lichkeit der Einmischung, jedenfalls nicht in diesem Ausmaß, gegeben und in Israel hätte man einmal mehr durchatmen können. Israel? Ja, Israel, das Land deutscher Staatsräson, das Land, welches in der UNO Hyperaktivität verursacht und dem Verkaufstalent Barack Obama zu verdanken hat, dass das Bestreiten des Existenzrechts Israel sich unter dem wohlklingenden Titel „Zweistaatenlösung“ etablieren konnte.

Die UNO und die EU sind erstaunlich leise

Apropos UNO – kann es sein, dass sie in Zeiten türkischer Angriffe besonders still ist? Und was sagt eigentlich die neue EU-Führung zur türkischen Invasion in Nordsyrien? Vermutlich wartet man, ähnlich wie im Falle der Zypern-Invasion 1974, die Etablierung türkischer Herrschaft ab, um dann Jahrzehnte später aber in regelmäßigen Abständen, schmerzlos Floskeln der Verurteilung zu verkünden.

Ohne starke Islamisten wäre eventuell

die Gemüter verärgert. Die Aggression der Türkei wird vergessen, auch um nicht auf die eigene Unterstützung Erdogans erinnern zu müssen.

Trump entschied sich vor wenigen Wochen für den Rückzug seiner Streitkräfte und argumentierte v.a. mit den immensen Kosten für sein Land. So gesehen, aus rein amerikanischer Sicht, ist die Entscheidung, die fehlerhafte Entscheidung seines Vorgängers rückabzuwickeln, nachvollziehbar und vernünftig. De facto entschied er sich auch dazu, einer europäischen, und besonders deutschen Forderung, nachzugeben: die Einstellung des Einsatzes der USA als „Weltpolizei“ und eine Chance für EU und BRD „mehr Verantwortung zu übernehmen“. Nichtsdestotrotz schimpft kaum einer mehr über ihn als die deutsche Seite. Die Nachvollziehbarkeit deutscher Politik ist zwar schon lange nicht mehr gegeben. Am Syrienkonflikt aber zeigt sich besonders deutlich, dass eine Politik der Belieblichkeit unter dem Obersatz islamischer Interessenvertretung an seine Grenzen kommt.

Gegnerschaft um jeden Preis

Nur weil Trump es gesagt hat, heißt das nicht, dass es nicht wahr ist: Die Demokratische Partei ist langsam nicht mehr zu retten.

Liel Leibovitz (TabletMag.com)

Anfang dieser Woche schrieb meine Kollegin, die weise und einfühlsame Carly Pildis, einen nachdenklichen und kraftvollen Artikel über die politische Zukunft der amerikanischen Juden. Darin argumentiert sie, dass die Demokratische Partei trotz einer Handvoll problematischer und relativ unwichtiger Kongressabgeordneter immer noch der sicherste und einladendste Ort für Juden sei, während der Präsident sich einer Rhetorik schuldig mache, die geradezu antisemitisch sei.

Im Geiste von Carlys Aufruf zum Dialog, der nicht vor unangenehmen Behauptungen zurückschreckt, möchte ich zwei Bemerkungen zur politischen Zukunft der amerikanischen Juden machen.

Die erste hat mit dem einst undenkbareren Abstieg der Demokratischen Partei zu tun, die nicht nur blind für antijüdischen Fanatismus ist, sondern ein Motor des selbigen. Wir können darüber streiten, wann und wie das passiert ist — ich überlasse die ultimativen Zeitpläne den Historikern — aber um die Dinge einfach zu halten, verbinden wir nur die neuesten Punkte.

Kurz nachdem Trump gewählt wurde, ging die Linke in den Widerstandsmodus. Die Gefühle hier waren völlig verständlich — ich selbst fand Trumps Wahl zutiefst beunruhigend. Doch sehr schnell begann sich die Energie in Dinge und Äußerlichkeiten mit tiefen und klaren antisemitischen Assoziationen zu kanalisieren — darunter vor allem der Women's March. Im Laufe von zwei Jahren sangen die Führer dieser Organisation Hosiannas für Louis Farrakhan, nutzten die „Nation of Islam“ offensiv als Sicherheitsorgan und nutzten ihren Einfluss, um Israel als den größten Staatsverbrecher der Welt neu zu definieren — eine wahre Meisterleistung, wenn man eine solche Katastrophe gleich nebenan erlebt. Juden drückten ihr Unbehagen aus, aber immer wieder wurden sie ignoriert — sogar von einigen ihrer eigenen Führung, von einigen unserer eigenen Rabbiner, die sagten, dass es egoistisch sei, wenn man wolle, dass Menschen in Gemeinschaftsräumen einfach keinen böartigen Hass auf uns schüren, sondern das sei ein „auf-sich-selbst-zentrieren“.

Nachdem Tablet ein 10.000-Wörter-Exposé veröffentlicht hatte, das enthüllte, dass die Führung des Women's March wahrlich vom Hass auf Juden und Israel getränkt war, fühlten sich einige prominente Personen in der Demokratischen Partei (wenn auch nicht alle) schließlich gezwungen, sich von diesen offensichtlichen Fanatikern zu distanzieren.

Dann kamen die Zwischenwahlen.

Selbst Juden verehren die Israel-Hasserin Ilhan Omar

In dieser Zeit tauchte eine junge Kandidatin namens Ilhan Omar auf — und zog sofort die Verehrung von Progressiven auf sich, darunter jüdische Wähler in ihrer Heimatstadt. Irgendwann zog jemand einen 2012er Tweet an die Oberfläche, in dem sie argumentierte, dass Israel die Welt „hypnotisiert“ habe. Einige höfliche Juden fragten apologetisch, ob sie vielleicht, bitte, jedem erklären könnte, dass sie nicht wirklich



Die US-Abgeordneten Ilhan Omar (li) und Rashida Tlaib.

beabsichtigte, auf eine langjährige antisemitische Ente zu verweisen.

Es wurde noch schlimmer. Bei einem Treffen mit jüdischen Wählern, deren Stimmen sie haben wollte, erzählte Omar ihnen schlichtweg genau das, wovon sie wusste, dass sie es hören wollten, nämlich dass sie eine Zwei-Staaten-Lösung unterstütze und nicht an BDS glaube. Nachdem sie viele von ihnen dazu gebracht hatte, für sie zu stimmen, nahm sie alles zurück — und sponserte sogar ein Gesetz zur Unterstützung von BDS nur wenige Monate nach ihrer Wahl in den Kongress. Keines von Omars demokratischen Mit-Kongressmitgliedern rief sie zur Ordnung wegen dieses scharfen Kurswechsels, und weder die „New York Times“ noch die „Washington Post“ widmeten ihr viel Tinte oder überhaupt keine.

Dann kam Omars „Rund um die Benjamins“-Tweet, der Juden beschuldigte, ihr Geld dazu zu benutzen, Einfluss zu kaufen und Amerika zur Unterstützung Israels zu zwingen, eine starke Mischung aus mehreren antisemitischen Vorurteilen, von demjenigen, das die Juden der doppelten Loyalität beschuldigt, bis zu demjenigen, das annimmt, dass jüdisches Geld die Welt kontrolliert. Einige auf der linken Seite verurteilten Omar. Aber viele andere beeilten sich, sie zu verteidigen und schufen den Hashtag #IStandWithIlhan, der bald viral ging.

Die Boykotteure werden boykottiert

Dann kam der Sturm, nachdem Israel beschlossen hatte, Rashida Tlaib und Omar den Besuch im Land zu verbieten. Bald darauf wurde bekannt, dass ihre Reise von einer «palästinensischen» Organisation namens Miftah finanziert werden sollte. „Ein Großteil des Ge-

schwätzes und des Tratsches über historische jüdische Blutrivale in Europa ist echt und nicht Fake, wie sie behaupten“, las sich ein Artikel, der auf der Website der Organisation veröffentlicht wurde, wie vom „Washington Free Beacon“ berichtet. „Die Juden haben das Blut der Christen im jüdischen Pessachfest benutzt.“ Der Artikel kritisiert den damaligen Präsidenten Barack Obama dafür, dass er ein Seder-Ritual im Weißen Haus durchgeführt hat: „Kennt Obama tatsächlich die Beziehung, zum Beispiel zwischen 'Pessach' und 'christlichem Blut'?“, fährt der Artikel fort. „Oder 'Pessachfest' und 'jüdischen Blutrivalen'?“

Haben prominente Stimmen in der Demokratischen Partei sich beeilt, die Juden vor diesen offensichtlichen und gefährlichen Enten zu schützen? Ich wünschte, es wäre so. Die „Washington Post“ beschrieb Miftah als gemeinnützig, geführt von der „langjährigen Friedensunterhändlerin Hanan Ashrawi“, und die „New York Times“ kontextualisierte Miftah als „eine Gruppe, die sich der Sensibilisierung und dem Wissen über die palästinensischen Realitäten widmet“. Peter Beinart ging auf CNN, um Ashrawi und ihre Gruppe als Vorbilder des guten Willens zu verteidigen. Stattdessen war die Entität, die unter Beschuss kam, ... Sie haben es erraten. Ein Hagel von Klagen über den Tod demokratischer Normen folgte, die alle in einem #BoycotIsrael-Trend auf Twitter gipfelten — gepusht von vielen der gleichen Art von höflichen Menschen, die hinter dem letzten großen Boykott gegen Juden stecken.

Narrenfreiheit für moslemische Abgeordnete

Als nächstes teilten beide Kongressabgeordnete den gleichen Cartoon von

Carlos Latuff, einem berühmten antisemitischen Zeichner, der 2006 den zweiten Platz in Irans berühmtem Holocaust-Leugner-Cartoon-Wettbewerb belegt hatte. Kein demokratischer Abgeordneter sagte einen Pieps. Weder die „Times“ noch die „Washington Post“ oder CNN berichteten.

Freunde: Wir müssen aufhören, über die Verhinderung der Corbynisierung der Demokratischen Partei zu sprechen, denn sie ist bereits da. Und wenn Sie mir nicht glauben — wenn Sie einen Strich unter all das oben Genannte ziehen wollen und hoffen, dass alles, was die Demokratische Partei braucht, ein bisschen sanftes Schubsen und Organisieren ist — dann habe ich schlechte Nachrichten für Sie: Das nächste, was den Fluss herunterkommt, ist noch schlimmer.

Anfang dieses Jahres stellte Rep. Betty McCollum (Demokratin aus Minnesota) im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf mit dem Titel „H.R. 2047-Gesetz zur Förderung der Menschenrechte für palästinensische Kinder, die unter israelischer Militärbesatzung leben“ vor. Im Juni unterstützte eine Vielzahl von hochkarätigen Demokraten die Vorlage, darunter Seth Moulton, Alexandria Ocasio-Cortez, Ayanna Pressley, Ilhan Omar und Rashida Tlaib.

„Missbrauch palästinensischer Kinder“

Ziel des Gesetzes ist es, zu verlangen, dass „die Mittel der Vereinigten Staaten keine militärische Inhaftierung, Verhör, Missbrauch oder Misshandlung palästinensischer Kinder unterstützen“. Es wird dann eine lange Liste von Zitaten aus Berichten von Nichtregierungsorganisationen vorgelegt, die Israel alles vorwerfen, von der Anwendung von Verhörmethoden mit Zwang gegen

Kinder im Alter von 11 Jahren bis hin zur tagelangen Haft für Minderjährige ohne Prozess.

Sie könnten leicht die meisten der rosinengepflückten Behauptungen des Gesetzes zerreißen, indem Sie erklären – wie es das Israel Democracy Institute getan hat –, dass Israels Ansatz gegenüber minderjährigen Verdächtigen viel komplizierter ist, als es der Gesetzesentwurf darstellt. Aber es gibt eine noch einfachere, aufschlussreichere Erklärung – besonders nachdem man Ocasio-Cortez' schlagfertigen Tweet über die Vorlage gesehen hat: „Ich glaube nicht daran, Kinder einzusperren. Ziemlich unkomplizierter Wert. Es ist mir egal, ob es amerikanische, mexikanische oder palästinensische Kinder sind.“ Abgesehen davon, dass das Gesetz natürlich nicht für Mexiko, Ägypten oder Südafrika gilt, die alle erhebliche Beträge an amerikanischer Auslandshilfe erhalten.

Wenn es so wäre, wären wir auf einer soliden moralischen Grundlage. Stattdessen vertieft dieses Gesetz – von einer Reihe von Demokraten des Hauses unterstützt, die dem Antisemitismus in der Theorie abschwören und es dennoch erstaunlicherweise schaffen, ihn „versehentlich“ immer und immer wieder weiterzutragen – auf eine unheimlich perfekte Weise, eine lange und mörderische Tradition: Fantasien darüber zu pflegen, dass Juden eine besondere Vorliebe dafür haben, nicht-jüdische Kinder zu töten, zu entführen, zu verstümmeln oder anderweitig zu missbrauchen, sowie Mobs anzuführen, die sie aufgrund dieser Anschuldigungen attackieren.

Die Vertreibung der Juden aus England

Das Phänomen geht bis zum Jahr 1144 zurück, als ein kleiner Junge, William of Norwich, im Wald in der Nähe seines Hauses in Mittelengland tot mit Stichwunden gefunden wurde, die seinen ganzen Körper bedeckten. Ein örtlicher Mönch, Thomas von Monmouth, behauptete, dass der kleine William von einer globalen Kabale von Juden ermordet wurde, die jedes Jahr ein christliches Kind wählen, das sie gemäß ihrer heimlichen Religion opfern wollen. Die Geschichte verbreitete sich, William galt als Märtyrer, und jahrzehntelange Pogrome gegen Juden wurden prompt losgetreten. Sie wurden 1255 intensiviert, als der leblose Körper des achtjährigen Hugh in einem Brunnen in der englischen Stadt Lincoln gefunden wurde. Ein lokaler Jude namens Copin wurde gezwungen, die alte Geschichte über die zeremonielle Tötung christlicher Kinder zu gestehen und zu wiederholen, und Dutzende von Juden wurden verhaftet oder hingerichtet. Bis 1290 führte die wiederkehrenden Vortäuschungen der jüdischen Besessenheit, unschuldige Kinder zu verletzen, dazu, dass die Krone alle Juden vertrieb, ein Dekret, das Jahrhunderte Gültigkeit hatte.

Der Trend breitete sich bald auch auf den Rest des Kontinents aus. 1171 wurde im französischen Blois einem Rabbiner namens Isaac vorgeworfen, einen Jungen in der Loire ertränkt zu haben, und 1267 wurden in Pforzheim (Deutschland) Juden beschuldigt, ein kleines Mädchen von ihrer Mutter gekauft zu haben, nur um es aufzuschneiden und dann zu ertränken. In beiden Fällen führten die Geschichten zu Gewalt gegen die lokalen jüdischen Gemeinden, eine düstere Tradition, die in Europa während eines Großteils des 20. Jahrhunderts andauerte – das berühmte Kischinew-Pogrom von 1903

begann, nachdem eine lokale Zeitung berichtet hatte, dass die Juden einen Jungen namens Michail getötet und sein Blut zur Herstellung von Matze verwendet hätten.

Leider sind Blutverleumdungen auch heute noch in der arabischen Welt beliebt, wo Medien und hochrangige Beamte häufig über die jüdische Lust am Blut der Jungen berichten. Auch einige amerikanische Wissenschaftler sind Praktizierende dieser hasserfüllten Kunst, wie der Rutgers-Professor, der Israel beschuldigte, „palästinensische“ Kinder getötet zu haben, um ihre Organe zu schmuggeln.

Wenn uns die Geschichte des Antisemitismus etwas lehrt, dann ist es die Tatsache, dass, wenn Blutverleumdungen auftreten, echte Gewalt nicht weit entfernt ist. Wenn Sie schon einmal Vorbehalte gehabt haben, sollte H.R. 2047 keinen Zweifel daran lassen, dass die Demokratische Partei ein sehr reales und sehr tiefes Antisemitismus-Problem hat.

Dies bringt mich direkt zu meiner zweiten Bemerkung, die mit der Behauptung von Präsident Trump zu tun hat, dass Juden, die für die Demokraten stimmen, „entweder völligen Mangel an Wissen oder große Illoyalität“ zeigen. Wie so viele Äußerungen des Präsidenten ist auch diese sehr bedauerlich. Und auch sie spiegelt, wie Bari Weiss in der „New York Times“ brillant betont hat, die manichäische Weltanschauung des Präsidenten wieder: „Tatsächlich“, schrieb Weiss, „wenn wir etwas über den ehemaligen Gastgeber von ‘The Apprentice’ gelernt haben, dann ist es, dass er die Welt so betrachtet, wie er diese Teilnehmer betrachtet hat. Man ist ein Gewinner oder ein Verlierer. Man ist für ihn oder man ist ein Wendehals. In seinem kleinen Verstand, wenn Sie im Team Juden sind, wählen Sie seine Partei, weil Republikaner Pro-Israel und folglich Pro-Jude sind. Wenn man im Team Antisemiten ist, dann stimmt man für die anderen Jung.“

Trump ist kein Antisemit

Man kann auf die vielen Mängel und Klagen des Präsidenten hinweisen – wie ich es oft getan habe –, von seinen Worten bis zu seinen Taten. Aber ihn als Antisemiten oder gar Antisemiten nah zu sehen, erfordert, die Vernunft weiter hinter sich zurückzulassen, als es jeder gebildete Bürger einer modernen Republik jemals tun sollte.

Wie kann man Trumps Aussage am besten verstehen? Sie können damit beginnen, Louis Brandeis zu konsultieren, Amerikas ersten jüdischen Richter am Obersten Gerichtshof und Gründungsvater des amerikanischen Zionismus. Wie Daniel Gordis in seinem kommandierenden und herausragenden Buch „We Stand Divided“ feststellt, hatte sich der amerikanische Zionismus schon immer in einer wichtigen Hinsicht von seinem europäischen Gegenstück unterschieden: Während die Juden von Plonsk und Pinsk und Minsk den Zionismus als Antwort auf die sehr existenziellen Probleme sahen, die sie ihres Lebens und ihrer Gliedmaßen beraubten, war Zion ein buchstäblicher sicherer Hafen vor Verfolgung – ihre Brüder und Schwestern in Boston und Baltimore brauchten einen Weg, um eine jüdische Heimat in Eretz Jisrael zu unterstützen, ohne jemals das Goldene Medina, das andere verheißene Land, verlassen zu müssen.

Dies, so erkannten amerikanische Zionisten früh, ist ein kniffliger Vorschlag in einer Schmelztiegel-Gesellschaft, in der, wie Woodrow Wilson



Cartoon von Carlos Latuff, einem berühmten antisemitischen Zeichner

1915 donnerte, «man sich nicht Amerika widmen kann, wenn man nicht in jeder Hinsicht und mit jedem Zweck seines Willens gründlicher Amerikaner wird“. Im Bewusstsein der ständig anstehenden Belastung durch doppelte Loyalität half Brandeis bei der Entwicklung einer genialen Lösung.

„Kein Amerikaner soll auf die Idee kommen, dass Zionismus mit Patriotismus unvereinbar ist“, schrieb er und fügte hinzu, dass „ein Mann ein besserer Bürger der USA ist, weil er auch ein treuer Bürger seines Staates und seiner Stadt ist, weil er seiner Familie gegenüber loyal ist... jeder amerikanische Jude, der beim Vorankommen der jüdischen Siedlung in Palästina hilft, obwohl er glaubt, dass weder er noch seine Nachkommen jemals dort leben werden, wird ebenfalls ein besserer Mensch und ein besserer Amerikaner sein.“

Einfach ausgedrückt, Brandeis glaubte, dass, wenn man Israel nicht unterstützt, man entweder kein Wissen besitzt oder eine große Illoyalität gegenüber dem eigenen Volk zeigt – eine Ansicht, die bis vor kurzem völlig unumstritten, ja sogar banal gewesen wäre. Es sei denn, Sie benötigen weder Kontext noch Vernunft und neigen dazu, alles, was der Präsident sagt, als Hassrede zu betrachten, dann können Sie gut ruhen und seinen letzten Fehler als schlimmstenfalls schlecht ausgedrückt verstehen.

Also, wie lässt das alles uns amerikanische Juden zurück? Viele von uns verlieren heutzutage eine Menge Schlaf und haben das Gefühl, dass die Welt untergehen könnte. Dem ist nicht so, aber sie verändert sich, was das einzige bestimmende Merkmal der Geschichte ist und das, was das menschliche Leben auf diesem Planeten so schrecklich und aufregend macht. Und historisch gese-

hen endeten Juden, die sich weigerten, auf die Dinge acht zu geben, die sie sich um sie herum dramatisch zu verändern begannen, sehr oft als tote Juden.

Beobachten wir diese Veränderungen also offen und ohne dem Druck schreiender Ideologen auf beiden Seiten nachzugeben. Die Partei, für die unsere Eltern gestimmt haben, die Partei, von der wir dachten, sie würde uns für die Ewigkeit gehören, scheint auf dem besten Weg zu sein, etwas für Juden äußerst Feindseliges zu werden. Der Präsident, von dem uns immer wieder gesagt wird, dass er die größte Bedrohung für unsere Gemeinschaft sei, ist viele Dinge, aber sicherlich nicht das.

Was Sie mit diesen Realitäten machen, liegt ganz bei Ihnen. Anständige Menschen werden wahrscheinlich ihre Energien in unterschiedliche Projekte investieren und in gutem Glauben daran arbeiten, eine sichere und nachhaltige Zukunft für sich und ihre Kinder zu schaffen. Wir sind vielleicht immer noch anderer Meinung. Wir sind vielleicht immer noch gespalten in wichtigen, inhaltlichen Fragen, von der Einwanderung über die Gesundheitsreform bis hin zur Außenpolitik. Schließlich ist es unser Geburtsrecht, zu streiten. Aber wenn wir süchtig nach der narkotisierenden Wirkung absurder Theatralik werden, die sich als moralische Entrüstung in den sozialen Medien ausgibt, und wenn wir darauf bestehen, dass die beobachtbare Realität gegenüber unseren fieberhaften Fantasien und verzweifelten Hoffnungen in den Hintergrund tritt, werden wir die Autoren eines neuen und besonders trostlosen Kapitels der zeitlosen jüdischen Geschichte sein.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Befehl von ganz oben: Islamismus vertuschen!

Die französische Polizei versuchte den islamischen Hintergrund der Ermordung von vier Kollegen auf Anweisung aus dem Innenministerium zu verschleiern.

Von Alain Destexhe
(www.audiatour-online.ch)

Am 3. Oktober 2019 erstach ein muslimischer Mitarbeiter der Pariser Polizei-Nachrichtenabteilung vier Mitarbeiter im Polizeipräsidium im Zentrum von Paris, bevor ein angehender Polizist ihn erschoss und tötete. Es war zwar nicht der tödlichste Terroranschlag, den Frankreich in den letzten Jahren erlebt hat, aber die tödlichen Messerstiche im Pariser Polizeipräsidium waren vielleicht die bedenklichsten. Der Täter (ein französischer Beamter, der bei der Polizei beschäftigt war), sein hochsensibles Ziel und die katastrophale Handhabung der Folgen des Angriffs, zeigen das Scheitern der französischen Institutionen.

Wie bei allen Terroranschlägen der letzten Zeit haben französische Medien und Behörden zunächst versucht, das Geschehene herunterzuspielen. Der Angreifer wurde zunächst durch potenziell mildernde Faktoren wie seine Behinderung (der Täter ist teilweise taub und stumm) beschrieben. Es dauerte über 24 Stunden, bis schließlich bekannt wurde, dass er ein islamistischer Kämpfer war, der seinen Angriff sorgfältig geplant hatte.

Dass ein radikalisierte Angreifer in der Lage gewesen war, in einer sensiblen Sicherheitsinstitution jahrelang unentdeckt zu bleiben, verursachte landesweite Schockwellen. Mitglieder der parlamentarischen Opposition forderten den Rücktritt von Innenminister Christophe Castaner, der zunächst gesagt hatte, dass der Angreifer „nie Warnzeichen oder Verhaltensschwierigkeiten gezeigt habe“.

Zu diesem „ganz normalen Verhalten“ gehörte es, die Kommunikation mit Frauen auf ein absolutes Minimum zu reduzieren (er hatte monatelang alle Frauen außer seiner Ehefrau gemieden), eine bekannte radikale Moschee zu besuchen und ein Telefon voller islamistischer Kontakte zu haben. Seine Kollegen berichteten, dass er bereits im Januar 2015 den mörderischen islamistischen Terroranschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ vor anderen Polizisten bejubelt habe. In vielen Ländern würde ein Fehler dieser Größenordnung ausreichen, damit ein Minister zurücktritt, aber nicht in Frankreich.

Das Gesamtbild des Angriffs, das noch unklar ist, zeigt ein unglaubliches Versagen der internen Kontrolle innerhalb der französischen Polizei. Das französische Parlament fragt sich nun, wie es dem Mörder gelungen ist, unter dem Radar zu bleiben, wenn alles in seinem Verhalten eindeutig eine zunehmende Radikalisierung signalisiert hat.

Weder Journalisten, noch Juden oder Zivilisten

Dies ist vor allem das erste Mal, dass der französische Staat und seine Institutionen direkt ins Visier genommen wurden. Ebenfalls zum ersten Mal waren die Opfer keine Journalisten (wie bei den „Charlie Hebdo“-Angriffen im Januar 2015), Juden (die in den letzten Jahren mehrfach angegriffen wurden) oder Zivilisten (wie die massiven koordinierten Angriffe in Paris im November 2015, die mehr als 131 Tote und 413 Verletzte forderten).



Der französische Innenminister Christophe Castaner

Dieser jüngste Angriff zeigt auch, wie unzureichend Frankreich auf die Lösung des Problems vorbereitet ist. Der Mörder war nicht irgendein Beamter: Seine Sicherheitsfreigabe ermöglichte ihm den Zugang zu sensiblen Akten wie den persönlichen Daten von Polizisten und von Personen, die von der Abteilung überwacht wurden, darunter mehrere Personen, die des Terrorismus verdächtigt wurden.

Nach „Charlie Hebdo“, dem „Bataclan“ in Paris, dem LKW-Ramm-Massaker in Nizza und unzähligen anderen Angriffen sind die französischen Institutionen wiederholt gescheitert. Anstatt dieses Scheitern zu erkennen und Verantwortung zu übernehmen, anstatt das Problem der religiösen Radikalisierung direkt anzugehen, beschreibt der französische Präsident Emmanuel Macron es jedoch regelmäßig als „gesellschaftliches Problem“, das „Institutionen allein nicht lösen können“. Es ist notwendig, zuerst ein Problem zu erkennen und zu benennen, um es anzugehen. Nach heutigem Stand der Dinge sind die französischen politischen Institutionen im Kampf gegen den Terrorismus noch weit von einem Erfolg entfernt.

Über den politischen Bereich hinaus gibt es auch eine Kultur, in der die islamistische Bedrohung in den französischen Medien geleugnet wird. Journalisten, Wissenschaftler und Politiker haben mit wenigen Ausnahmen nicht nur das Risiko von Terroranschlägen, sondern auch die Gefahr einer zunehmenden salafistischen Radikalisierung im Land konsequent heruntergespielt. Eine wachsende Zahl von Muslimen, die sich zwar nicht für den Einsatz von Gewalt einsetzen, wollen aber nach dem Scharia-Recht leben, getrennt vom Rest der französischen Gesellschaft.

Laut einer Studie des Montaigne Institute glauben 29 % der Muslime in Frank-

reich, dass das Scharia-Recht wichtiger ist als das französische Recht. Das bedeutet, dass fast ein Drittel der französischen Muslime nach Werten lebt, die mit französischen oder westlichen Standards grundsätzlich unvereinbar sind.

Erst nach ihrer Amtszeit fangen die Politiker an zu reden

Obwohl Frankreich das europäische Land ist, das von Islamisten am meisten ins Visier genommen wird (263 Tote seit 2012), sind Politiker gelähmt von der Angst, seitens der Mainstream-Medien der Diskriminierung von Muslimen, der Schaffung einer Vermengung zwischen Terroristen und Muslimen oder der „Verschärfung von Spannungen“ beschuldigt zu werden. Führungskräfte erkennen ein großes Problem erst dann, wenn sie nicht mehr verantwortlich sind. In einem Buch, das nach seinem Rücktritt veröffentlicht wurde, schrieb der sozialistische Ex-Präsident François Hollande:

„Islam? Ja, es gibt tatsächlich ein Problem mit dem Islam. Niemand zweifelt daran. Der islamische Schleier ist eine Form der Versklavung. Wir können nicht länger Migranten ohne jegliche Kontrolle vor dem Hintergrund zunehmender Terroranschläge aufnehmen.“

Hollande hätte so etwas nie gesagt, als er Präsident war. Wie andere ignorierte er das Problem schamhaft.

Dasselbe geschah mit Christophe Castaners Vorgänger, Gerard Collomb, nachdem er als Innenminister zurückgetreten war. Er warnte vor nicht weniger als der Gefahr eines Bürgerkriegs in Frankreich.

„In einigen Vororten (...) herrscht die Herrschaft der Stärksten, der Drogendealer und radikalen Islamisten statt der Gesetze der Republik...“. Heute leben wir Seite an Seite, nebeneinander, aber morgen fürchte ich, dass wir uns am Ende vielleicht gegenüber stehen.“

Selbst der Präsident schweigt aus Angst vor der politischen Korrektheit

Es ist wichtig zu beachten, dass diese Zitate nicht von rechten Denkern oder Aktivisten stammen. Sowohl François Hollande als auch Gerard Collomb waren lange Zeit herausragende Persönlichkeiten der Sozialistischen Partei.

Dies sind typische Beispiele dafür, was manche „la démission des élites“ (die Abdankung der Eliten) nennen: sich zu weigern auf eine Situation zu reagieren über die sie sich durchaus im Klaren sind, aber wegen der dominanten Ideologie der politischen Korrektheit Angst haben zu erwähnen.

In der Zwischenzeit sind die französischen Polizisten zunehmend unmotiviert und demoralisiert. Seit Anfang des Jahres haben mehr als 50 Polizisten Selbstmord begangen. Sie sehen sich immer schwierigeren Arbeitsbedingungen gegenüber, insbesondere Unruhen in den Vororten von Städten wie Paris, Marseille, Lille oder Lyon – Vororten, die sich allmählich der Kontrolle der französischen Behörden entziehen.

Angriff um Angriff, das Ritual ist das gleiche. Es gibt Blumen, Tribute und Worte für die Opfer, die politischen Führer bekräftigen ihre Entschlossenheit, zum Schutz der Menschen zu handeln. Aber nach ein paar Tagen endet der Nachrichtenzyklus und die Dinge werden wieder normal – bis zum nächsten Terroranschlag.

Alain Destexhe, ein Ehrensensator in Belgien, wurde 2006 von Nova Civitas mit dem Freiheitspreis ausgezeichnet. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatour-Online.

Die Achse Türkei – Katar – Hamas: Brüder im Terror

Das starke Band der Muslimbruderschaft – Katar und die Hamas solidarisieren sich mit Erdogans Krieg.



Recep Erdogan mit dem Emir von Katar

Von Stefan Frank

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bekommt internationale Unterstützung für seinen Krieg gegen die Kurden in Nordsyrien: Die Hamas und das Emirat Katar haben sich öffentlich an seine Seite gestellt und erklärt, die türkische Offensive gegen die von den Kurden geführten „Syrisch Demokratischen Kräfte“ (SDF) zu unterstützen. Das melden u.a. die türkische Nachrichtenagentur „Anadolu Agency“ und die israelische Tageszeitung „Haaretz“.

Die türkische Militäroperation in Nordsyrien zielt darauf, eine „drohende Gefahr“ zu beseitigen, sagte der katarische Außenminister Mohammed bin Abdulrahman Al Thani laut „Haaretz“ auf dem „Global Security Forum“ in der katarischen Hauptstadt Doha. Die Türkei versuche lediglich, „die Gefahr von ihren Grenzen wegzuschieben“, so der Minister.

Ähnlich äußerte sich die Hamas (die als aktiver Gefährder einer Grenze ja Expertise bei diesem Thema mitbringt): Die Türkei habe „das Recht, sich selbst zu verteidigen und die Bedrohungen von ihren Grenzen zu entfernen“, sagte die „palästinensische Widerstandsgruppe Hamas“ am Montag in einer Erklärung, so „Anadolu Agency“. Gleichzeitig habe sich die Hamas für die türkische Unterstützung gegen Israel bedankt, die der türkische Präsident Erdogan auf und am Rande der Tagung der UN-Generalversammlung in New York zum Ausdruck gebracht habe.

Erdogans antiisraelische Obsession

Dieser hatte bei einer Rede vor einem türkisch-amerikanischen Verein in New York die israelischen Vergeltungsschläge gegen Raketenangriffe der Hamas mit dem Holocaust verglichen: „So wie wir den Holocaust sehen, so sehen wir die

Massaker, die von denen begangen wurden, die Gaza in ein Freiluftgefängnis verwandelt haben.“

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erwiderte: „Jemand, der nicht aufhört, über Israel zu lügen, der die Kurden in seinem Land abschachtet und das schreckliche Massaker am armenischen Volk leugnet, sollte Israel keine Predigten halten. Herr Erdogan, hören Sie auf zu lügen!“ Vor der UN-Generalversammlung zeigte Erdogan bekannte Landkarten, die oft im Internet auftauchen, um Israel zu dämonisieren und auf der Grundlage falscher historischer Annahmen den angeblichen

sche Regierung 2017 auf die Seite Katars gestellt und sogar Truppen dorthin entsandt. Im Gegenzug unterstützte Katar die türkische Regierung letztes Jahr auf dem Höhepunkt der Währungskrise mit Finanzhilfen.

Dilemma der Hamas

Im Hinblick auf das Assad-Regime ist die Hamas seit Jahren in einem Dilemma. Assad unterdrückt die Sunniten in Syrien, die Hamas aber ist eine radikal-sunnitische Bewegung. Gleichzeitig ist aber der Hauptsponsor der Hamas, Iran, der neben Russland wichtigste Verbün-

den wiederherzustellen: „Es ist in unserem Interesse, gute Beziehungen mit allen Ländern zu haben, die sich Israel entgegenstellen, zu allererst Syrien, der Libanon und der Iran.“

Vom syrischen Regime aber erhielt die Hamas kurz darauf eine Abfuhr; die Beziehungen würden nicht wiederhergestellt. Zudem beschuldigte das syrische Regime die Hamas, „Anti-Regime-Terroristen“ in Syrien zu unterstützen.

Drei natürliche Verbündete

Damit dürften auch jene radikal-sunnitischen und pro-türkischen Milizen gemeint sein, auf deren Seite Erdogan nun in den Krieg eingegriffen hat. Offenbar ist der Hamas die Unterstützung der Türkei und Katars derzeit wichtiger als die des Iran, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass sie Geld und politische Unterstützung derzeit dringender braucht als weitere Waffen.

Der türkische Präsident Erdogan wiederum wird froh sein, dass er dank der Unterstützung Katars auch den einflussreichen Satellitenfernsehsender Al-Jazeera auf seiner Seite hat. Al-Jazeera wusste am Montag von arabischen Flüchtlingen zu berichten, die von den Kurden vertrieben worden seien und dank der türkischen Offensive nun „Hoffnung auf Rückkehr nach Hause“ hätten.

Mit der Türkei, der Hamas und Katar haben sich drei natürliche Verbündete gefunden. Derzeit feiern sie gemeinsam die türkische Militäroperation in Syrien, doch es wird ihnen ein Leichtes sein, bei nächster Gelegenheit wieder einmal mit gespielter Empörung eine angebliche „israelische Aggression“ zu verurteilen und die Welt zum Eingreifen aufzufordern, um einen angeblich drohenden „Völkermord“ oder „Holocaust“ in Gaza zu verhindern.

„ Der türkische Präsident Erdogan wiederum wird froh sein, dass er dank der Unterstützung Katars auch den einflussreichen Satellitenfernsehsender Al-Jazeera auf seiner Seite hat. “

„Landverlust“, „Palästinas“ seit 1946 zeigen sollen. Dazu erklärte er: „Israel trägt überhaupt nicht zum Weltfrieden bei.“ Israel tötete „jeden, darunter Kinder.“

Das verbindende Element: Die Muslimbruderschaft

Das Emirat Katar ist ein enger Verbündeter sowohl des islamistischen türkischen Präsidenten als auch der Hamas. Was alle drei verbindet, ist die maßgeblich von Katar finanzierte Muslimbruderschaft; Erdogan und die türkische Milli-Görüş-Bewegung gehören zu deren Unterstützern, die Hamas ist der „palästinensische“ Zweig der Muslimbruderschaft.

Im Konflikt zwischen dem Emirat und seinen Nachbarstaaten hat sich die türki-

de und Unterstützer des Assad-Regimes. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien hat die Hamas darum keine einheitliche Position finden können.

Früher war Damaskus der Unterschlupf von Hamas-Führer Khaled Meshaal. Mit Ausbruch des Bürgerkriegs zog er nach Katar um, und die Hamas stellte sich gegen Assad. In diesem Jahr hat Mahmoud Al-Zahar, einer der Mitgründer der Hamas, Mitglied im Politbüro und ehemaliger „Außenminister“, dem Assad-Regime ein Friedensangebot unterbreitet. Er bedauerte, dass „die Beziehungen wegen der syrischen Krise zusammengebrochen sind“ und sagte: „Wir hätten ihn [Assad] nicht im Stich lassen sollen.“ Es gebe nun „dringende Anstrengungen, die Bezie-

Englands Juden zwischen Brexit und Corbyn

Zwei jüdische Politiker beleuchten den EU-Ausstieg Großbritanniens und die negative Entwicklung der Labour-Partei.

Von Paula Slier (Redaktion Audiatur)

Was er unseren jüdischen Lesern mitteilen wolle, frage ich Lance Forman, einen jüdischen Politiker der Brexit-Partei und Eigentümer von Londons ältester Lachsräucherei. „Shana Tova!“, lacht er. „Sag ihnen, dass es ein glückliches und süßes neues Jahr werden wird. Der Brexit wird passiert sein, wir werden raus sein und wir werden frei und unabhängig sein. Wenn man genau darüber nachdenkt, dann sollte das eigentlich an Pessach passieren, dann könnten wir über den Brexodus statt über den Exodus reden“, sagt das ehemalige Mitglied der Konservativen mit einem Lachen.

Im Mai wurde Forman für die Brexit-Partei, die Anti-EU-Partei, ins Europäische Parlament gewählt. Das Schiff der Konservativen verließ er nach über 40 Jahren Parteimitgliedschaft, von denen er zwei Jahre lang als Sonderberater des Außenministers für Handel und Industrie tätig war. „Der Grund, warum ich mich der neugegründeten Brexit-Partei angeschlossen habe“, sagt er, „war, dass [die ehemalige Premierministerin] Theresa May Jeremy Corbyn [den Vorsitzenden der Labour-Partei] zu Gesprächen über unsere Zukunft einlud. Für mich war damit eine rote Linie überschritten. Dieser Mann sollte nirgends in der Nähe von Downing Street sein. Wir müssen alles tun, um Corbyn draußen zu halten. Sein Marxismus und Antisemitismus würden Großbritannien an einen sehr, sehr gefährlichen Platz bringen.“

Auf ihrem letzten Parteitag in Brighton beschlossen die Labour-Delegierten – erstmals überhaupt – mit überwältigender Mehrheit, den Boykott von in den Siedlungen hergestellten israelischen Gütern zu unterstützen. Sie stimmten auch für die Ablehnung eines Handelsabkommens mit Israel, wenn es „nicht die Rechte der Palästinenser anerkennt“. Die „Labour Friends of Israel“ nannten das Ergebnis in einem Tweet einen „weiteren schwarzen Tag in der Geschichte der Labour-Partei“. Doch die Co-Vorsitzende von „Jewish Voice for Labour“, Jenny Manson, seit 50 Jahren aktives Labour-Mitglied, widerspricht. Es gebe keinen Beleg dafür, dass in der Partei mehr antisemitische Ansichten gehegt würden als in anderen britischen Parteien. „Als Beschwerden über Antisemitismus untersucht wurden, haben sich nur sehr wenige davon bestätigt“, beteuert sie und weist darauf hin, dass Labour die einzige britische Partei sei, die das Thema sowohl intern als auch extern untersucht und dabei professionelle Unterstützung angeheuert habe. „Das Ergebnis des letzten periodischen Berichts war, dass es gegen 0,06 Prozent der Parteimitglieder Anschuldigungen des Antisemitismus gab. Heutzutage gibt es mehr Antisemitismus auf der Rechten als auf der Linken. Seit Corbyn gewählt wurde, haben wir die geballteste feindliche Kritik erlebt, die an einem Vorsitzenden einer britischen Partei geübt wurde. Ich bin keine Verschwörungstheoretikerin, doch ich glaube, das ist Teil eines größeren Schocks, den Leute gespürt haben, als er Vorsitzender wurde. Was ihnen wirklich Sorgen bereitet, ist, dass er die politische Welt durcheinanderbringt. Die Bezeichnung des Antisemitismus hat einen enormen Klang und vereint die Leute“, sagt sie.



Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn

Die Juden sind politisch genauso gespalten wie der Rest der Bevölkerung

Forman und Manson sind beide jüdisch, und doch haben sie Ansichten, die einander diametral entgegengesetzt sind. Darin spiegeln sich die Debatte und die Vielzahl von Meinungen über den Brexit wider, die es innerhalb der weltweit fünfgrößten jüdischen Gemeinde gibt. Forman glaubt, dass der Brexit Jobs bringen werde. Manson ist besorgt, dass er arme Leute noch ärmer machen werde. Forman meint, der Brexit habe nichts mit Einwanderung zu tun. Manson glaubt, dass dies der wichtigste Faktor sei. Forman ist der Ansicht, dass sich die Leute mehr um Souveränität sorgen als um die negativen Folgen von Imperialismus. Manson befürchtet, dass der Brexit das Land politisch isolieren werde.

Es gibt Juden, die für den Brexit und solche, die dagegen gestimmt haben. Seit Monaten dominiert er Gespräche in jüdischen Familien überall im Land. Die Führung der jüdischen Gemeinde ist sehr darauf bedacht, keine Position einzunehmen.

Es ist Freitagabend, und ich bin in Golders Green, einem Vorort im Nordwesten Londons, der eine große orthodoxe Gemeinde beherbergt. Rote Backsteinhäuser mit gepflegten Gärten reihen sich entlang den Anwohnerstraßen hinter den Hauptstraßen auf. Avi Mizrachi rezitiert das Challa-Gebet, während seine Kinder nach vorne drängen, um ihren Teil des süßen Brotes zu erhalten. Der 50-jährige Einwanderer aus Jerusalem kann seine ausländische Herkunft nicht verbergen. Obwohl er mit einer britischen Frau verheiratet ist und seit mehr als 30 Jahren in Großbritannien lebt, verrät ihn sein starker Akzent. „Kunden fragen immer, woher ich komme“, gesteht er. „Und ich sage niemals Israel, wenn ich nicht zu

tausend Prozent sicher bin, dass es für mich kein Problem darstellt. Ich könnte Italien oder Frankreich sagen. Ich trage draußen auf der Straße keine Kippa und bedecke stattdessen meinen Kopf mit einer Mütze.“

Die Juden Großbritanniens und die moslemische Zuwanderung

Avi verdient seinen Lebensunterhalt als Schlosser und viele der Anrufe, die er erhält, kommen aus arabischen Vierteln wie Whitechapel. Einst das Zentrum des jüdischen Lebens in London, beherbergt der Bezirk heute die größte muslimische Gemeinde Großbritanniens. „Wenn ich Kunden dort erzähle, dass ich Jude oder Israeli bin, könnten sie grob gegen mich werden. Das passierte einige Male in den Anfangsjahren, als Muslime mich aufforderten, ihr Haus zu verlassen, nachdem ich meine Identität enthüllt hatte. Ich habe gelernt, den Mund zu halten und einfach meine Arbeit zu tun“, sagt er.

Wie andere britische Juden mit Migrationshintergrund befürchtet Avi, dass der Brexit fremdenfeindliche Tendenzen wecken und Hassverbrechen provozieren könnte. Gleichzeitig macht er die Politik der offenen Grenzen für die hohe Zahl von Muslimen im Land verantwortlich. Seine Frau Amanda ist wütend. „Die britische Öffentlichkeit muss dasitzen und abwarten, während Premierminister Boris Johnson mit unserer wirtschaftlichen Stabilität und der Zukunft unserer Kinder spielt“, schimpft sie. „Vielleicht werden wir fünf Minuten vor dem 31. Oktober [dem Datum, an dem Großbritannien gemäß dem derzeit gültigen Termin die EU verlassen soll] den Deal unseres Lebens bekommen, aber um ehrlich zu sein: Ich und Leute in Großbritannien, die ich kenne, leben in erster Linie von der EU, und mit dieser Unsicherheit leben zu müssen, ist beschämend. Ich bin verzweifelt

über das, was einst ein tolerantes Land war, bereichert durch all jene, die sich entschlossen haben, hier ihr Leben zu gestalten. Fakten sind verschwunden und wurden durch eine kultähnliche emotionale Gefolgschaft ersetzt, die die meisten Menschen nicht einmal begründen können“, sagt sie.

Hakenkreuz-Schmiererei gegen den Pro-Brexit-Juden

Als der Pro-Brexit-Abgeordnete Lance Forman im Mai eines Morgens zu seiner Fabrik kam, fand er ein neun Meter großes Hakenkreuz, das auf die Außenwand gesprüht war. Er glaubt, dass er nicht als Zielscheibe ausgewählt wurde, weil er Jude ist, sondern weil er den Brexit unterstützt. Er macht die Medien zum Teil dafür verantwortlich, dass diejenigen, die den Brexit unterstützen, als „rassistische Idioten“ dargestellt würden. Im Gegenteil, sagt er: Warum würde jemand Teil des heutigen Europas sein wollen? „Es gibt eine massive Jugendarbeitslosigkeit, Deutschland geht auf eine Rezession zu, Italien ist in den letzten zehn Jahren nicht gewachsen. Die einheitliche Währung tötet Europa und verursacht eine große Kultur der Abhängigkeit, die Ressentiments und Extremismus nährt“, sagt er. Anhand seiner eigenen Beobachtungen geht Forman davon aus, dass etwa 55 Prozent der britischen Juden für einen Verbleib in der EU seien, gegenüber 45 Prozent, die die EU ohne Abkommen verlassen wollten. Doch er glaubt, dass viele die Situation oberflächlich sehen; statt den Brexit aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten, schauen sie auf ihn unter dem Gesichtspunkt des Wunsches nach Frieden in Europa und der Vermeidung von Antisemitismus.

„Meine Analyse ist das Gegenteil. Juden sagen, dass sie Angst vor Nationalismus hätten und dass dieser zu Antisemitismus führe, aber ich sage: Wenn

Sie nicht an Nationalismus glauben, warum glauben Sie dann an Israel? Ich glaube nicht, dass sich die Geschichte wiederholen wird, weil Israel existiert. Wenn Israel in den 1930er Jahren existiert hätte, dann hätte es keinen Holocaust gegeben, weil die Juden einen Ort gehabt hätten, an den sie hätten gehen können. An einem Nationalstaat ist nichts auszusetzen, solange es sich um eine freiheitliche Demokratie handelt. Das nationalsozialistische Europa war nicht freiheitlich.“

Die britischen Unternehmer werden sich schnell anpassen

Forman ist fest davon überzeugt, dass der Brexit Arbeitsplätze schaffen und der Wirtschaft helfen werde. „Die einzigen Unternehmen, die davon betroffen sind, werden Import- und Exportunternehmen sein, die zwischen Großbritannien und der EU Handel treiben. Sobald sie herausgefunden haben, wie sie die neuen Unterlagen auszufüllen haben – und das wird ungefähr eine halbe Stunde dauern –, werden die Dinge so ziemlich sein wie jetzt. Ja, einige Preise können sich ändern, wenn es Zölle gibt, aber die Preise ändern sich ständig und die Leute passen sich an. Die Sache ist, dass alle im selben Boot sitzen. Wenn Sie also unternehmerisch tätig sind und Ihre Preise steigen, steigen ja auch die Preise Ihrer Konkurrenten. Ich habe überhaupt keine Bedenken. Die Leute müssen sich beruhigen. Was mich beunruhigt, ist, dass wir uns an dieses ‚Backstop‘-Abkommen binden könnten, das unsere Souveränität an die EU übergibt. Ich würde sogar lieber in der EU bleiben, als dass Johnson den Vertrag unterschreibt, der jetzt auf dem Tisch liegt.“

Freizügigkeit war Juden immer wichtig

Für die Anti-Brexit-Labour-Aktivistin Manson hingegen ist der wichtigste Faktor, dass „alles, was Freizügigkeit von Menschen Hindernisse entgegengestellt, falsch ist“. Wie so viele britische Juden, die nach dem Ersten Weltkrieg nach Großbritannien kamen oder in den 1930er Jahren vor der Verfolgung



Boris Johnson setzt sich dafür ein, dass das Abstimmungsergebnis pro Brexit endlich umgesetzt wird.

durch die Nazis ankamen, war auch die Familie von Mansons Mutter eine Familie von Einwanderern (die Familie ihres Vaters war schon in einer viel früheren Zeit der Verfolgung gekommen). Es ist diese Erfahrung, die in hohem Maße dafür verantwortlich ist, dass sie wie Forman glaubt, dass die Mehrheit der britischen Juden für ein Verbleiben in der EU ist. „Es ist eine gewisse universalistische Sicht auf die Welt und die Verbindung zu Europa. Juden haben kulturelle und historische Beziehungen zu Ländern wie Österreich, Deutschland und Ungarn. Für mich ist die Sprache des Brexits äußerst unangenehm, insbesonde-

re die Anti-Einwanderungs-Sprache. Dass Menschen hin- und herziehen, ist ein natürliches Phänomen. Es ist nichts Besonderes, Engländer zu sein und in Großbritannien zu leben, und die Menschen ziehen natürlich dorthin, wo sie arbeiten und können ihre Religion ausüben.“

Im Gegensatz zu Forman ist sie sehr besorgt über die Auswirkungen, die ein Austritt aus der EU hätte. „Importe werden teurer werden, und die Regierung wird weniger Geld zur Verfügung haben. Wohlhabende Menschen werden weiterhin wohlhabend sein, aber arme Menschen werden arm bleiben und sehr leiden“, sagt sie.

Während unklar bleibt, welche wirtschaftlichen Auswirkungen der Brexit haben wird, waren Zeiten finanzieller Not nie gut für Juden, da sie oft alte Vorurteile über Juden und Geld aufkommen lassen. Jüngsten Umfragen zufolge hat bereits einer von drei britischen Juden erwogen, Großbritannien wegen des zunehmenden Antisemitismus zu verlassen. Vergessen Sie die Begriffe Brexit und Brexodus, ein unheilvolles Schlagwort, das kürzlich aufkam, ist Jewxit – es bezeichnet ein Weltuntergangsszenario, in dem die gesamte 300.000-köpfige jüdische Gemeinde nach einem Sieg Corbyns aus Großbritannien flieht.

Die erste Premierministerin Belgiens ist jüdischer Abstammung

Die Jüdin Sophie Wilmes regiert nun das Land in der Mitte Europas

(JTA) Sophie Wilmes ist die erste Frau und die erste jüdische Person überhaupt, die Premierministerin Belgiens wird.

Wilmes, die aus der Region von Brüssel stammt und Mutter von vier Kindern ist, ersetzte Charles Michel am 27. Oktober auf dem Spitzenposten. Die Zentrums- und Sozialdemokratin wird die Koalitionsgespräche leiten, die in Belgien berühmt-berüchtigt dafür sind, dass sie Monate dauern.

Das Kabinett von Michel kollabierte im letzten Jahr und so ersetzte ihn Wilmes, als er seinen neuen Posten bei der Europäischen Union übernommen hat. Sowohl Michel wie auch Wilmes sind Mitglieder der Mitte-Links-Partei MR.

Die Mutter von Wilmes ist aschkenasische Jüdin und hat einige Verwandte im Holocaust verloren, dies hat Philippe Markiewicz, der Präsident des Verbandes der belgischen Juden, am letzten Montag der «Jewish Telegraphic Agency» bestätigt.

«Sie hat ihre jüdische Identität verborgen, so dass es danach aussieht, als ob dies ein privates Detail ihrer Biographie sei

und nicht etwas, das mit ihrer politischen Arbeit zu tun hat», sagte Markiewicz.

Der Vater von Sophie Wilmes war ein Lektor an der Katholischen Universität von Löwen und ist nicht-jüdisch.

Markiewicz beschreibt Wilmes, die Holocaust-Gedenkveranstaltungen besuchte und dies auf ihrer Webseite besonders hervorhob, als «fleissige und engagierte Politikerin.»

Eine Quelle aus der jüdischen Gemeinde, ein Mitglied aus Wilmes Partei, die mit JTA unter dem Versprechen der Wahrung der Anonymität gesprochen hat, sagte, dass das Judentum in Wilmes Leben erst vor Kurzem «zu einem wichtigeren Faktor geworden ist.»

Michael Freilich, belgischer Abgeordneter der N-VA-Partei und ehemaliger Chefredakteur der Antwerpener jüdischen Zeitung «Joods Actueel», sagte, dass die Ernennung von Wilmes ein «historisches Ereignis ist, das ihn stolz macht.»

Übersetzung aus dem Englischen von Anastasia Iosseliani



Sophie Wilmes freut sich auf ihre neue Aufgabe.

Entwertung des Theodor-Herzl-Preises

Charlotte Knobloch und der WJC vergessen offenbar, dass die Politik der Bundeskanzlerin auf vielfältige Weise offenes jüdisches Leben in Deutschland erschwert, wenn nicht verunmöglicht hat.



Christof STACHE - AFP

Merkels Fan Charlotte Knobloch bei der Verleihung des unverdienten Preises.

Von Soeren Kern

Statistiken des Bundesinnenministeriums behaupten, dass 90 % der 2018 in Deutschland gemeldeten antisemitischen Hassverbrechen von „rechtsextremen“ Personen begangen wurden. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) mit Sitz in Wien stellte jedoch fest, dass nur 13 % der Angriffe auf diejenigen mit einer „rechtsgerichteten politischen Sichtweise“ zurückzuführen waren.

Deutschland stellt laut „NGO Monitor“ jährlich Millionen Euro für Organisationen bereit, die sich für anti-israelische BDS (Boycott, Devestition und Sanktionen) und „Lawfare“-Kampagnen, Antizionismus, Antisemitismus und Gewalt einsetzen.

„Wofür soll ihr der Theodor-Herzl-Preis verliehen werden? Dafür, dass ihr Mann bei der UNO sich bei Anti-Israel-Resolutionen der Stimme enthält, das heißt de facto gegen Israel stimmt? Dafür, dass derselbe Apparatschik den Raketen-Terror der Hamas auf israelische Zivilisten mit dem Abriss von Häusern gleichgesetzt hat? Dafür, dass sie nicht nur die deutsche Botschaft nicht von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt hat, wie es die USA getan haben, sondern auch andere Staaten vor einem solchen Schritt gewarnt haben soll? Für all das bekommt sie den Theodor-Herzl-Preis?“

(Henryk M. Broder, deutscher Politikkommentator, Die Achse des Guten)
„Und das ist erst der Anfang. Es besteht große Aussicht, dass Deutschland dank der heutigen Politik doch noch judenrein wird. Wir schaffen das.“

(Dr. Rafael Korenzecher, Verleger, JÜDISCHE RUNDSCHAU)

Die Entscheidung des World Jewish Congress (WJC), die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem renommierten Theodor-Herzl-Preis für

Zionismus zu ehren, hat bei jüdischen Meinungsführern in den USA und Europa Wut und Verwirrung ausgelöst.

Der WJC, der im August 1936 in Genf gegründet wurde, um dem Aufstieg Adolf Hitlers und der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Europa zu begegnen, vergibt seinen jährlichen Preis an Personen, die sich für die Ziele des verstorbenen Theodor Herzl, dem Gründer der modernen zionistischen Bewegung, „für die Schaffung einer sichereren und toleranteren Welt für Juden“ einsetzen.

Kritiker sagen, dass Merkel, da ihre Innen- und Außenpolitik in den letzten Jahren die Welt für Juden weniger sicher gemacht hat, der Auszeichnung auf ganz besondere Weise unwürdig ist. Zu dieser Politik gehört:

a) Das Versagen der Bundesregierung, den zunehmenden Antisemitismus zu bekämpfen.

Insgesamt 1.799 antisemitische Hassverbrechen – durchschnittlich fünf pro Tag – wurden 2018 in Deutschland angezeigt, so das Bundesinnenministerium. Dies entspricht einem Anstieg von 40 % gegenüber 2013, als 1.275 solcher Verbrechen registriert wurden. Die tatsächliche Zahl der antisemitischen Hassverbrechen in Deutschland ist wahrscheinlich viel höher.

Obwohl Merkel den Antisemitismus regelmäßig verurteilt hat, war ihre Regierung nicht in der Lage oder nicht bereit, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems zu ergreifen.

b) Die Unterstützung der Bundesregierung für die Massenmigration aus der muslimischen Welt.

Der Anstieg des Antisemitismus in Deutschland fiel mit der Entscheidung der Bundesregierung zusammen, mehr als eine Million Migranten aus der muslimischen Welt ins Land zu lassen. Die

Bundesregierung bestreitet, dass die beiden Dinge miteinander verknüpft sind. Statistiken des Bundesinnenministeriums behaupten beispielsweise, dass 90 % der 2018 in Deutschland gemeldeten antisemitischen Hassverbrechen von „rechtsextremen“ Personen begangen wurden. Die Umfrage der Universität Bielefeld ergab jedoch, dass 81 % der physischen Übergriffe gegen Juden in den letzten 12 Monaten auf muslimische Angreifer zurückzuführen waren.

c) Unterstützung der Bundesregierung für anti-israelische Resolutionen bei den Vereinten Nationen.

So hat Deutschland 2018 von 21 Anti-Israel-UNO-Resolutionen 16 verabschiedet und sich bei vier weiteren enthalten. Im Mai 2016 verabschiedete Deutschland eine besonders verabscheuungswürdige UNO-Resolution, die von der arabischen Staatengruppe und der „palästinensischen“ Delegation gemeinsam unterstützt wurde und Israel auf der Jahresversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als den einzigen Übertreter gegen die „psychische, physische und ökologische Gesundheit“ brandmarkte.

d) Unterstützung der Bundesregierung für anti-israelische Boykotte.

Deutschland stellt laut NGO Monitor jährlich Millionen Euro für Organisationen bereit, die sich für anti-israelische BDS (Boycott, Devestition und Sanktionen) und „Lawfare“-Kampagnen, Antizionismus, Antisemitismus und Gewalt einsetzen.

e) Die Weigerung der Bundesregierung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.

f) Unterstützung der Bundesregierung für den iranischen Atomvertrag.

Merkel hat das iranische Atomabkommen vom Juli 2015, das offiziell als

„Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) bekannt ist, entschlossen verteidigt, von dem Kritiker sagen, dass es den Iran „auf einen legalen Pfad zur Bombe bringt“. Im Mai 2018 zog Präsident Trump die Vereinigten Staaten von der Vereinbarung zurück und verhängte erneut Sanktionen. „Das JCPOA bereicherte das iranische Regime und ermöglichte sein bösesartiges Verhalten, während es bestenfalls seine Fähigkeit, Atomwaffen zu entwickeln, verzögerte und ihm erlaubte, die nukleare Forschung und Entwicklung aufrecht zu erhalten“, sagte Trump.

g) Das Schweigen und die Untätigkeit der Bundesregierung gegenüber den Drohungen des Iran, Israel zu zerstören.

Am 30. September sagte Generalmajor Hossein Salami, Leiter des Islamischen Revolutionswächtercorps (IRGC) des Iran, dass der Iran die notwendigen Voraussetzungen für die „Zerstörung des illegitimen zionistischen Regimes“ geschaffen habe. In Äußerungen in der von der iranischen Regierung kontrollierten „Teheran Times“ sagte Salami: „Dieses Regime [Israel] sollte aus der Welt geschafft werden, und das ist kein Traum mehr.“ Am 1. Oktober beschrieb das Auswärtige Amt die Kommentare als „anti-israelische Rhetorik“, weigerte sich aber, sie als „antisemitisch“ zu bezeichnen.

In einem Interview mit der „Jerusalem Post“ sagte der Präsident von „NGO Monitor“, Professor Gerald Steinberg:

„Die Deutschen, und insbesondere Merkel, sollten die ersten sein, die die völkermörderischen Drohungen des Iran gegen den jüdischen Staat als Antisemitismus verurteilen. Indem sie sich stattdessen hinter die Ente flüchten, dass sich die ‚anti-israelische‘ Sprache vom Antisemitismus unterscheiden lässt, untergraben sie den internationalen Konsens hinter der Ar-



Demonstration anlässlich des rechtsextremen Anschlags von Halle am 13. Oktober 2019.

beitsdefinition [des Antisemitismus] der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance). Jeder Aspekt der iranischen Kampagne zur Zerstörung Israels ist im Judenhass und in der jüdischen nationalen Selbstbestimmung verankert, einschließlich vieler der Bilder, die die Nazi-Propaganda widerspiegeln. In der Zeit, in der sie im Amt bleibt, sollte Merkel der Beseitigung des Schadens, den sie angerichtet hat, indem sie den Iran nicht konfrontiert hat, hohe Priorität einräumen.“

Der Leiter des Simon Wiesenthal Centers, Rabbi Abraham Cooper, sagte zur „Jerusalem Post“, dass Merkels „business as usual“-Haltung gegenüber der Mullahkratie der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk nach der Schoah und ihrer Zusicherung der Solidarität mit Israel spote.

h) Bemühungen der Bundesregierung zur Umgehung der US-Sanktionen gegen den Iran.

Im Januar 2019 gründete Deutschland zusammen mit Frankreich und Großbritannien INSTEX, ein EU-Tauschsystem, das es europäischen Unternehmen ermöglichen würde, die US-Sanktionen gegen den Iran zu umgehen. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, hat ein sofortiges Ende der iranisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gefordert und gesagt, dass der Handel dem Terrorismus der Islamischen Republik zugutekomme und dem Berliner Versprechen zuwiderlaufe, dass die Sicherheit Israels unverhandelbar ist:

„Es erscheint paradox, dass Deutschland – als ein Land, das angeblich aus seiner schrecklichen Vergangenheit gelernt hat und sich stark für die Bekämpfung des Antisemitismus einsetzt – einer der stärksten Wirtschaftspartner eines Regimes ist, das den Holocaust eklatant leugnet und

täglich Menschenrechtsverletzungen begeht. Deutschland hat die Sicherheit Israels als Teil seiner Raison d'être angenommen. Das sollte natürlich Geschäfte mit einer fanatischen Diktatur ausschließen, die die Zerstörung Israels fordert, Atomwaffen entwickelt und Terrororganisationen auf der ganzen Welt finanziert.“

i) Die Weigerung der Bundesregierung, die Hisbollah zu verbieten.

Weil sie „wie keiner ihrer Amtsvorgänger in unverrückbarer Entschlossenheit, Eindeutigkeit und Glaubwürdigkeit beherzt und kämpferisch an der Seite der jüdischen Menschen in Deutschland und des Staates Israel“ stehe, verlieh Knobloch Merkel 2016 die Ohel-Jakob-Medaille der jüdischen Gemeinde München.

Knobloch sagte in ihrer Rede, dass Merkel, wie kein anderer deutscher Führer vor ihr, „steht wie keiner ihrer Amtsvorgänger in unverrückbarer Entschlossenheit, Eindeutigkeit und Glaubwürdigkeit, beherzt und kämpferisch an der Seite der jüdischen Menschen in Deutschland und des Staates Israel.“ Dies sei ein „Ausdruck eines gereiften Geschichts- und Verantwortungsbe-

wusstseins und ihrer menschlichen Haltung“, sagte Knobloch. Sie fügte hinzu:

„Die Sicherheit und die Geborgenheit jedes einzelnen jüdischen Menschen in Deutschland sind für Sie Teil der Staatsraison unseres Landes – und mehr als das: Sie sind Ihnen Herzensangelegenheit, niemals verhandelbar, keine leeren Worte.“

Merkel sagte in ihrer Dankesrede, dass für sie eine solche Auszeichnung „alles andere als selbstverständlich“ sei.

Angesichts Merkels langjähriger Erfahrung mit israelfeindlicher Politik und Positionen zeigte sich der deutsche Politikkommentator Henryk M. Broder erstaunt über die Entscheidung des WJC, Merkel den Theodor-Herzl-Preis zu verleihen:

„Vor ein paar Tagen habe ich in meiner Post eine Einladung gefunden, die wohl versehentlich an mich geschickt wurde. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, ‚beehren sich‘, mich anlässlich der Verleihung des Theodor-Herzl-Preises des Jüdischen Weltkongresses an Ihre Exzellenz die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutsch-

land Dr. Angela Merkel zu einem festlichen Abendessen in Anwesenheit des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, einzuladen.“

Der Herausgeber der monatlichen deutsch-jüdischen Zeitschrift JÜDISCHE RUNDSCHAU, Dr. Rafael Korzenzecher, begrüßte die Nachricht von Merkels Auszeichnung mit einem sarkastischen Beitrag in seinem Blog:

„Die ‚Chefin von Ganze‘ – wie der Berliner sagt –, unsere wundervolle Kanzlerin Frau Merkel bekommt von höchster jüdischer Vertretung den hohen Theodor-Herzl-Preis für besondere Verdienste um das jüdische Volk und um Israel.

Also ich finde völlig zu Recht. Ist es doch ihr Verdienst und das Verdienst ihrer politischen Entourage, dass die Abwanderung von Juden aus Deutschland endlich wieder zu einer nennenswerten Aliyah (Einwanderung) nach Israel geführt hat.“

Soeren Kern ist ein Senior Fellow am New Yorker Gatestone Institute.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

„Nie wieder!“ – Jetzt aber wirklich!

Den inhaltsleeren Parolen müssen endlich konkrete Maßnahmen gegen die hauptsächlich Schuldigen folgen.



Bundeskanzlerin Merkel ging nicht auf das versuchte Messerattentat eines Syrers vor einer Berliner Synagoge ein.

Von Dr. Rafael Korenzecher

Dieser Tag sei ein Tag der Scham und der Schande, sagte nach der Tat von Halle unser Bundespräsident Steinmeier und rief zu Solidarität mit jüdischen Mitbürgern gegen rechte Gewalt auf. Solch ein Angriff auf eine vollbesetzte Synagoge sei in Deutschland nicht mehr vorstellbar gewesen. „Es muss klar sein, dass der Staat Verantwortung übernimmt für jüdisches Leben, für die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland“, setzte er mit situationsangemessen ernst-entschlossener Miene nach.

Das macht dankbar, hat beeindruckt und brachte Linderung nach dem schrecklichen Geschehen dieses Jom Kippur-Tages 2019 in Halle. Der Bundespräsident ist solidarisch mit den Juden in Deutschland. Wer sagt's denn: es geht doch. Schade, dass es dafür erst eines Mordanschlags durch einen Neonazi bedarf.

Der gescheiterte islamische Messeranschlag auf die Große Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin, die Allahu-Akbar- und F...ck-Israel-Rufe des vereitelten Juden- und Israelhassers kurz vor Jom Kippur müssen ihm wohl entgangen sein. Wären die Ordnungskräfte nicht eingeschritten, hätte es auch hier wie in Halle Tote und Verletzte geben können. Aber so gab es ja nicht einmal Haftgründe und der syrische Messermann ist immer noch unbehelligt auf freiem Fuß.

Leider lief der Terrorakt von Halle nicht genauso glimpflich ab: In niederträchtig kalkulierter Erwartung einer möglichst großen Zahl von G'ttesdienst-Teilnehmern wurde am Jom Kippur, dem höchsten Feiertag im jüdischen Jahreszyklus, ein brutaler Mordanschlag verübt auf die kurz nach dem Krieg zur Synagoge umgebaute

und umgewidmete Trauerhalle am jüdischen Friedhof von Halle.

Die Umwidmung war erforderlich geworden, weil die ursprüngliche Synagoge der jüdischen Gemeinde schon einmal Opfer eines Anschlags geworden war, bei dem sie seinerzeit bis zur Nutzungsunmöglichkeit zerstört worden ist. Der damalige Anschlag war Teil der deutschlandweiten Judenpogrome vom November 1938.

Damals waren die Täter deutsche Nazis, ihr Motiv war entmenschter, sich jeder Rationalität entziehender mörderischer Juden Hass. Vom 7. bis 13. November 1938 wurden in Deutschland etwa 800 Juden ermordet, allein 400 Menschen in der Nacht vom 9. auf den 10. November. Eine sehr viel größere Zahl jüdischer Menschen wurde von Deutschen zusammengeschlagen und verletzt. Über 1.400 Synagogen, Betstuben und sonstige jüdische Versammlungsräume sowie tausende jüdischer Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe wurden zerstört. Nach dem 10. November 1938 wurden ungefähr 30.000 Juden in deutsche Konzentrationslager verbracht, wo mindestens weitere 400 Menschen ermordet wurden oder an den Haftfolgen verstarben.

Auch in Halle hatte sich an dem Motiv nichts geändert. Zwei unschuldige Menschen sind schrecklicherweise ermordet worden. Sie sind beide unabhängig voneinander an verschiedenen Tatorten von dem frustrierten Täter hinterrücks erschossen worden. Jana L., eine junge, lebenslustige Autogrammsammlerin aus Halle durch eine Schusssalve auf der Straße vor der Synagoge und Kevin S., ein junger Fußballfan aus Merseburg bei einer Essenspause in einem nicht weit entfernten Döner-Imbiss. Ihnen und ihren Angehörigen gilt unsere tiefe und aufrichtige Anteilnahme.

Vorbilder aus Norwegen und Neuseeland

Der Täter, Stephan B., ist ein junger nativer Deutscher, der in seinem augenscheinlich deviant sinnentleerten Leben die einzige Geltung und den einzigen sichtbaren Inhalt in rechts-extremem Gedankengut und pathologisch-mörderischem Judenhass zu sehen scheint. Er ist nach gegenwärtiger Erkenntnis ein Einzelgänger, der in den Zeiten von Internet und globaler Kommunikation in Mord-Monstern wie Anders Breivik und Brenton Tarrant (Christchurch) seine ekelregenden Role-Models sieht.

Bei jedem der zahlreichen hier verantwortungslos eingelassenen islamischen Messerstecher, Frauen-Vergewaltiger, Schwert-Mörder, Lastwagen-Killer in monotoner Wiederholung von traumatisierten, schuldlos kultur-spezifisch sozialisierten, durch schwere Erlebens-Empirik bis zur Schuldunfähigkeit psychisch geschädigten Einzelfällen zu sprechen, die so gar nichts aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun haben (obwohl zahlreiche Muslime als Zeichen ihrer Sympathie bei fast jeder Schreckenstat ihrer Glaubensbrüder in großer Zahl Freudentänze und liebenswerte Flaggenverbrennungen vornehmlich jüdischer und amerikanischer Flaggen vornehmen), aber die abscheuliche Einzel-Tat dieses wahnsinnigen Mörders gegen einen Wahlgegner einzusetzen, der einem bereits Millionen von ursprünglich in den eigenen Reihen beheimateten Wählern abgenommen hat (das gilt sowohl für die sich noch in der Agonie befindliche Merkel-Partei als auch für die bereits klinisch tote Partei der Maase, Steinmeiers (ruhend) und Lauterbachs) klingt mehr nach politischer Exploitation dieser schrecklichen antisemi-

tischen Tat, als nach ehrlicher Betroffenheit.

Die Tür hat die Beter gerettet

Dazu ist die eigentlich beabsichtigte, akribisch geplante und bis zum Waffen-Selbstbau detailliert vorbereitete Ermordung der jüdischen Beter missglückt, weil der Täter nicht in die Synagoge hineingelangt ist. Dass kein entsetzliches Blutbad unter den dort anwesenden etwa 70 jüdischen Betern angerichtet worden ist, ist fast ein Wunder und ausschließlich der stabilen Tür des Bethauses, dem Zufall und dem Dilettantismus des Täters, keinesfalls aber etwa der mit den Juden sympathisierenden Vorsorge unserer etablierten Politik geschuldet.

Shma Koleinu (Höre unsere Stimme) ist eine wichtige Gebetsbitte, die die Gläubigen am Jom Kippur an ihren Herrn richten. Es scheint ganz so, als seien sie dieses Mal unmittelbar erhört worden.

Nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn sich der Täter Zugang hätte verschaffen können. Die Synagoge war trotz der vor einigen Tagen vorgelaufenen islamischen Messerattacke auf die Oranienburger Straße in Berlin (wo der Täter ja bekanntlich wahrscheinlich zur Vorbereitung eines erfolgreicherer Anschlags sofort wieder freigelassen wurde) erstaunlicherweise nicht bewacht, und die vom Rabbiner angerufene Polizei wollte trotz des genannten Notstandes erst einmal Personalien und Umstände ganz minutiös geschildert wissen, bevor sie sich entschloss einzugreifen. Jedenfalls dauerte es schreckliche angstvolle 15 Minuten bis sie am Einsatzort erschien, von wo sie den Täter, statt ihn unmittelbar unschädlich zu machen, dann auch prompt zum Dönerladen entkommen ließ, wo er noch auf

weitere Passanten schoss, bevor er sein zweites Opfer ermordete.

Gar nicht lange dauerte es dagegen bis zum Auftritt der gesamten bundesrepublikanischen Prominenz aus Politik und Medien. Keiner wollte fehlen und keiner fehlte. Und richtig so: Antisemitismus und Rassismus aus gleich welcher Richtung und in gleich welche Richtung sind vollkommen inakzeptabel. Zero Toleranz gegenüber jeder Form der Verachtung unseres Rechtsstaates und seiner gesellschaftlichen Toleranz-Maximen. Terror, Mord und Gewalt, aber nicht nur diese, sondern auch niederschwellige Vergehen müssen mit aller Härte unserer rechtstaatlichen Gesetze bekämpft werden – und wie ich schon oben für jeden, der es immer noch nicht begriffen hat, deutlichst darlegte: aus gleich welcher Richtung und in gleich welche Richtung!

Genau hier beginnt schon das Problem der Glaubwürdigkeit des plötzlich allzu plakativ um unser jüdisches Wohl besorgten Chors der gegenwärtigen hiesigen Funktionselite aus Politik und ihren nachgeschalteten Erziehungs- und Gesinnungsmedien.

Steinmeier ist unglaublich

Wie sagte Herr Steinmeier doch gleich: Ein derartiger Angriff ist nicht mehr vorstellbar in unserer Republik. Er hätte viel an Kreditabilität gewonnen, wenn er richtigerweise gesagt hätte, dass er in den 14 Jahren der Regierung dieser Kanzlerin und besonders der „Gar nicht mehr GroKo“ leider wieder nur allzu häufig vorstellbar geworden ist. Vergeht doch bei dem heutigen, von dem politischen Versagen geprägten erbärmlichen Zustand unserer vormals auch für Juden lebenswerten, wunderbaren Bundesrepublik Deutschland – denn darum handelt es sich auch im Fall Halle –

kaum eine Woche, in der es nicht überwiegend Islam-bezogene Angriffe auf jüdische Menschen und Institutionen gibt, jüdische Schüler von Islam-dominierten deutschen Schulen gemobbt oder gar geprügelt werden und Juden nicht aus diesem Land abwandern.

Statt dieses Problem unseres Nachkriegsstaates wahrhaftig, beherzt und wirksam anzugehen, lenkt man uns ab mit sinnfreien Klima-Kabinetten, Klima-Humbug, Zeugen-Gretas und Extinction-Rebellions von der wirklichen, zum nicht geringen Teil geduldeten islamogenen Auslöschung unseres säkularen demokratischen Rechtsstaates und schiebt alles, aber auch alles, was man selbst verursacht hat – so auch den reaktiv entstandenen Rechtsruck – den nach rechts verorteten Kritikern der gegenwärtigen suizidalen Politik in die Schuhe.

Krokodilstränen

Was kann man aber auch von einem etabliert-politischen Betroffenheits-Aufgebot erwarten, das mit geheuchelten Krokodilstränen über die bedrohliche Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Staat lamentiert, die es selbst, vor allem mit gelebter Anbiederung an islamische Judenfeinde geschaffen hat?

Israel-Dämonisierung – weltweit, in der UNO und hier, Iran-Unterstützung, Terror-Finanzierung, Kumpanei mit blutrünstigen islamischen Panislamisten à la Rohani und Erdogan, Hisbollah-Duldung, Staatsempfänge in Berlin für Israel- und Judenhasser, die Liste ist endlos.

Ebenso die der peinlich unglaublichen plötzlichen Judenfreunde wie die Ikone der israel-feindlichen Doppelseitigkeit Sawsan Chebli, die plötzlich und medienwirksam den Weg neben Frau Merkel in die Oranienburger Straße gefunden hat.



Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Es kann auch nicht hilfreich für einen wirklichen Change der prekären Bedrohungslage für die hiesigen Juden sein, wenn sich ihre hiesigen Vertreter nebst prominenten Medienleuten gegen jedes täglich Erleben der Juden in unserem Lande obsessiv und einseitig nur gegen rechts stellen und den Islam und den mit ihm – additiv zu dem tradierten gesellschaftlichen Antisemitismus – importierten gewalttätigen Judenhass mit keiner Silbe erwähnen. Allen sinnentleerten und kaum noch erträglichen

x-fach replizierten jetzt aber wirklich „Nie-Wieder“-Floskeln zum Trotz, wird sich an der zusehends unhaltbarer werdenden Lage der Juden in Deutschland solange nichts positiv ändern, solange das Meinungs-Monopol über das, was antisemitisch relevant ist und was nicht mit Hilfe der von uns Zwangsgebühren-finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien und die Deutungshoheit über das, was jüdischem Leben hier zuträglich wäre, in den Händen der gegenwärtigen Machtinhaber verbleibt.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Erster Europäischer Israelkongress in Frankfurt am Main

Netzwerken, schulen, aufklären: Der Israelkongress ist eine der größten pro-israelischen Veranstaltungen Europas.

(Redaktion) Am Sonntag, dem 3. November 2019 fand in Frankfurt am Main auf Einladung von Sacha Stawski und Maya Zehden, Direktoren des gemeinnützigen Vereins ILI - I Like Israel e.V., der 1. Europäische Israelkongress statt. Rund 150 Vertreter von Organisationen aus 17 Nationen, die gegen Antisemitismus und für ein besseres Bild von Israel arbeiten, nahmen teil.

Fachleute versuchten zusammen mit Kongress-Teilnehmern in Diskussionen und Arbeitsgruppen Lösungen aufzuzeigen wie man einseitiger Kritik an Israel am besten entgegentritt.

Zur Eröffnung der Konferenz betonte US-Botschafter Richard Grenell: „Die hier angebotenen Schulungsmöglichkeiten für proisraelische Führungskräfte in Europa sind von entscheidender Bedeutung. Besonders in einer Zeit, in der die Sicherheit Israels und Europas von vielen Seiten bedroht ist, müssen wir sicherstellen, dass unsere Wahrnehmung dieser Bedrohung hoch bleibt. Deshalb möchte ich mich im Namen aller Amerikaner bedanken, für die Europäer und Israelis nicht nur Verbündete, sondern auch unsere engsten Freunde sind.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland: „Antisemitismus tarnt sich zunehmend als Israelkritik. Früher hieß es ‚Nieder mit den Juden‘, heute heißt es häufig ‚Nieder mit Israel‘. Dieser Hass gegen den jüdischen Staat darf nicht hingenommen werden. Foren wie der 1. Europäische

Israelkongress sind essenziell, denn sie unterstützen das Engagement für Israel und gegen israelbezogenen Antisemitismus. Es bedarf aber auch in der Gesamtgesellschaft eines verstärkten Einsatzes gegen Juden- und Israelhass.“

Uwe Becker, Bürgermeister von Frankfurt, bekam „standing ovations“ für seine frei vorgetragene Rede. Er hob hervor: „Wenn bei den Vereinten Nationen eine falsche, sehr schlechte Resolution gegen Israel in eine schlechte Resolution umgewandelt wird und deshalb Deutschland meint, sich neutral verhalten zu müssen, ist das traurig. Richtig wäre, wenn Deutschland bei einer sehr schlechten Resolution gegen Israel mit einem klaren Nein stimmen würde! Und wenn alle europäischen Staaten in diesem Fall mit Nein stimmen würden! Dann würden solche Resolutionen die Bedeutungslosigkeit bekommen, die sie ohnehin haben!“

Der Europäische Israelkongress fand zum ersten Mal statt, nachdem ILI - I Like Israel e.V. seit 2010 bereits fünfmal den Deutschen Israelkongress veranstaltet hat.

Die Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU begrüßt insbesondere den ermutigenden Redebeitrag



Von links nach rechts: Uwe Becker, Richard Grenell, Maya Zehden, Sacha Stawski, Dr. Josef Schuster (Foto ILI e.V.)

des US-amerikanischen Botschafters Grenell, der klar die vom Iran ausgehende Gefahr für den jüdischen Staat Israel benennt, und sich im Gegensatz zu zahlreichen deutschen Politikern entschlossen gegen dieses islamische Regime positioniert.

Richard Grenell, der Vertreter von US-Präsident Trump in Deutschland,

steht darüber hinaus für eine offizielle Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Es bleibt zu hoffen, dass er immer mehr jüdische wie nicht-jüdische Vertreter in Deutschland bei Veranstaltungen wie z.B. dem Europäischen Israelkongress für diesen ebenso mutigen wie selbstverständlichen Schritt gewinnen kann.



Einweihungsfeier der Botschaft der Vereinigten Staaten in Jerusalem

Mimikry für Anfänger

Wie man als Jude unbehelligt in Europa leben kann

Von Peter Sichrovsky
(Schlaglichter.at)

Hier ein paar Vorschläge für Juden, wie man sich in der Gesellschaft reibungslos und ohne Konflikte bewegen und ein ruhiges, zufriedenes Leben genießen könnte:

Das Wichtigste: Versuchen Sie, nicht als Jude erkennbar zu sein.

Das beginnt schon bei den Äußerlichkeiten: Keine Kippa, kein großer schwarzer Hut, keine große goldene Kette mit Davidstern, keine Pejes und keine Zizit.

Versuchen Sie in Gesellschaft nicht mit jüdischen Witzen zu beeindrucken, aber lachen sie laut und deutlich, wenn andere welche erzählen, und unterbrechen Sie den Erzähler nicht mit der Bemerkung: Den kenn ich schon, und außerdem geht er ganz anders.

Wenn die Rede auf Israel kommt, sagen Sie am besten gar nichts, wenn man Sie um Ihre Meinung fragt, sagen Sie einfach, Sie würden sich nicht mit Weltpolitik beschäftigen, es gäbe ja hier im Land genug zu tun.

Fragt man Sie, ob Sie schon einmal in Israel waren, lügen Sie einfach, so lange nicht jemand in der Gruppe ist, der von Ihnen weiß, dass Sie schon dort waren. Eine touristische Auseinandersetzung über Israel stehen Sie nicht durch, dann verraten Sie sich garantiert.

Zeigen Sie sich in der Öffentlichkeit erschüttert über Antisemitismus. Es sieht nicht gut aus, wenn sie es zwar nicht mehr hören wollen, aber dies auch erwähnen, denn Sie riskieren, als Rechter verortet zu werden, der diese Gefahr verharmlost.

Zeigen Sie Verständnis für den Antisemitismus der Flüchtlinge aus arabischen Ländern, oder der Muslime im Allgemeinen. Wenn auf den unterschiedlichen Judenhass zwischen Muslimen und Rechts-extremen verwiesen wird, einfach mit dem Kopf nicken und nichts sagen, immer

zustimmen, wer immer etwas sagt und sich heraushalten.

Nicken ist überhaupt eine perfekte Reaktion in jeder Diskussion, Sie können sich nicht versprechen, laufen nicht Gefahr, Falsches zu sagen und man wird mit ihnen zufrieden sein.

Auf die direkte Frage: Sind Sie Jude? Immer antworten: Warum, ist das wichtig? Es könnte zwar sein, dass ein Eingeweihter sofort die Gegenfrage als typisch jüdisches Verhalten erkennt, aber man sollte es dennoch riskieren, denn die Gegenfrage verunsichert den Fragenden, der nicht offen zugeben möchte, dass es ihm wichtig wäre.

Sieht Sie jemand zufällig an den Feiertagen aus der Synagoge kommen, oder werden Sie sogar im Tempel gesehen von jemandem, der dort unter dem Motto „Juden-Schauen“ einem Gottesdienst beiwohnt, reagieren Sie als interessierter Tourist, der immer schon einmal eine Synagoge besuchen wollte.

Schwierig wird es bei Gesprächen und noch schwieriger bei Streit, da Nicht-Juden meist rhetorisch den Juden unterlegen sind, die oft in dreidimensionaler Argumentation den Gegner verwirren und für sie eine „Un-Logik“ kein Grund ist, ein Argument nicht gelten zu lassen.

Reagiert also ihr Gegner auf ein Argument von Ihnen mit dem Vorwurf, das sei „unlogisch“ und es kommt Ihnen völlig normal vor, dann verstehen Sie das als Warnung, dass Sie kurz davorstehen, entdeckt zu werden.

Ganz besonders gefährlich: Ihr Verhalten in der Öffentlichkeit. Wenn Sie sich in einer Gruppe bewegen, können Sie nicht automatisch nach „links“ gehen, wenn eine große Tafel warnt, man dürfe nur nach „rechts“ gehen. Das Ignorieren jeder Vorschrift ist besonders verdächtig.

Hinweistafeln zu missachten bis zum automatischen Reflex, genau das Gegenteil zu tun, verrät Sie, vor allem dann, wenn Sie



Viel zu auffällig: Kippa.

auf die Kritik der Nicht-Juden, das sei hier nicht gestattet, antworten: Na und?

Halten Sie sich zurück mit dem Stolz auf Ihre Kinder. Nur andere Juden verstehen, dass Ihre Kinder Genies sind und akzeptieren Ihre bewundernden Beschreibungen.

Erwähnen Sie nicht in Gesellschaft, dass Sie Ihre Mutter anrufen. In einem Restaurant, wo man sich mit Freunden trifft, vom Tisch aufzustehen und zu verkünden, man müsse kurz hinausgehen, die Mutter anzurufen, ist verächtlich. Ebenso die Annahme eines Anrufs, im Kino zum Beispiel, wo man mit einem nicht-jüdischen „Date“ sitzt und dennoch den Anruf annimmt mit dem Hinweis, er sei von der Mutter.

Vorsicht beim Summen und Pfeifen, wenn man unkontrolliert eine Melodie von „Tevje, der Milchmann“, leicht den Kopf bewegend im Rhythmus vor sich hinsingt. Ebenso ist das Mitsingen der israelischen Hymne bei Sportveranstaltungen zu vermeiden.

Besonders gefährlich sind allerdings andere Juden, wenn Sie Ihre Anonymität in einer Gruppe oder Gesellschaft bewahren wollen. Falls ein anderer Jude, eine Jüdin zu der Gruppe stößt, – ob er/sie sich als solche/r zu erkennen gibt, oder wie Sie versucht, es verborgen zu halten – er/sie wird Ihre Nähe suchen und nicht von Ihrer Seite weichen. All die Verhaltensweisen von Punkt 1 bis 17 werden Ihnen nicht helfen, es wird nur wenige Augenblicke dauern, bis Sie von anderen Juden entlarvt werden. Dem vorzubeugen könnte helfen: Sich sofort zu „outen“ und gemeinsam beschließen, wie man sich weiter versteckt. Was allerdings ziemlich sicher scheitern wird, denn zwei Juden in einer Gruppe mit dem typischen Verhalten untereinander, kann nur zum Verrat führen. Die beiden sind von dem Zeitpunkt an verloren, an dem Sie sich zum ersten Mal gesehen und gehört haben und dann gemeinsam versuchen, ihre Identität zu verbergen.

Vorfall im Bonner Hofgarten

Angeklagter nach Angriff auf israelischen Professor verurteilt

(Israelnetz) Das Bonner Amtsgericht hat am Montag einen 21-Jährigen mit palästinensischen Wurzeln zu einer Haftstrafe verurteilt. Ein Grund war ein Angriff auf einen israelischen Gastprofessor im Juli 2018 (Die JR berichtete in ihrer Ausgabe 8/2018). Der Angeklagte hatte den damals 50-jährigen Juden beschimpft, geschubst und ihm mehrmals die Kippa vom Kopf geschlagen. Das Motiv war antisemitisch.

Insgesamt muss der junge Mann für viereinhalb Jahre ins Gefängnis. Darin enthalten ist eine bestehende Jugendstrafe von drei Jahren und neun Monaten, wie der „Bonner General-Anzeiger“ berichtet. Die Anklagepunkte lauten auf Volksverhetzung, Beleidigung, Nötigung und Schwarzfahren. Das Gericht folgte mit dem Strafmaß dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die Verteidigung hatte höchstens vier Jahre gefordert.

Das Opfer des antisemitischen Angriffes ist der israelische Gastprofessor Jitzchak Jochanan Melamed, der im US-amerikanischen Baltimore lebt und Philosophie lehrt. Er war für einen Vortrag nach Bonn gekommen. Prekär an dem Vorfall im Bonner Hofgarten ist, dass die herbeigerufene Polizei offenbar zunächst Täter und Opfer verwechselte. Und so er-

schien der Israeli nicht beim Prozess, weil er kein Vertrauen zu deutschen Strafverfolgungsbehörden habe. Als Nebenkläger vertraten ihn seine Anwälte.

Israeli: Brutalität der Polizei schlimmer als der Angriff

Melamed hat in einer Stellungnahme scharf kritisiert, dass die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen vier Beamte im März einstellte. Er sieht sich als Opfer eines doppelten Angriffes: zuerst vom Angeklagten und dann von einer „Gang von vier Bonner Polizeibeamten“. Den ersten Angriff habe er als „unangenehm“ empfunden. Doch viel schlimmer sei die Brutalität der Bonner Polizisten.

Auch wirft der Israeli den deutschen Behörden vor, den Fall vertuschen zu wollen, indem sie Feindseligkeiten gegen Minderheiten und Immigranten schürten. Er habe aus der Auseinandersetzung mit den Polizisten ein blaues Auge davongetragen. Doch das sei fälschlicherweise dem Angeklagten angelastet worden.

Der Verurteilte leidet nach Auffassung medizinischer Experten unter psychischen Störungen. Diese seien möglicherweise durch Drogenkonsum verstärkt worden. Bei seinen Gesprächen mit Er-



Der Bonner Hofgarten und der Gastprofessor Jitzchak Melamed

mittlern trat ein tiefsitzender Antisemitismus zutage. Unter anderem soll er gesagt haben: „Ich bin Hitler Nummer 2“ und „Ich steche alle Juden ab!“. Bei dem Angriff selbst schrie er laut Anklage: „Du bist Jude!“ und „Kein Jude in Deutschland“.

Doch mittlerweile hat sich der 21-Jährige von seinen Äußerungen distanziert – auch, weil er in der Haft einen Juden kennengelernt habe. In der Verhandlung hat er gestanden, den Professor getreten und beschimpft zu haben.

Der Kampf gegen Antisemitismus – im Wortsinne ein steiniger Weg

Bericht von der Veranstaltung im Wahlkreisbüro von MdB Klaus-Dieter Gröhler mit dem Antisemitismus-Beauftragten Dr. Felix Klein



Klaus-Dieter Gröhler (links) und Dr. Felix Klein

Von Paul Möllers

Am 21. Oktober 2019 fand auf Einladung von Klaus-Dieter Gröhler, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf der CDU, eine Veranstaltung statt mit dem Titel „Antisemitismus in Deutschland: Wie steht es um das jüdische Leben in unserem Land?“. Der eingeladene Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, sollte über seine Pläne, jüdisches Leben in Deutschland zu fördern, berichten.

Das in einer ruhigen Wohngegend des Bezirks gelegene Wahlkreisbüro, das sogenannte „Café Wahlkreis“, war mit knapp 40 Zuhörern bis auf den letzten Platz besetzt. Zum Auftakt gab Felix Klein einen Überblick über die aktuelle Lage für Juden in Deutschland sowie im europäischen Ausland. Die Umfrageergebnisse der neuen Studie des Jüdischen Weltkongresses bestätigten die bekannten latent antisemitischen stereotypen Vorstellungen von über 20 % der Deutschen, offenbarten auch die weite Verbreitung von israelbezogenem Antisemitismus bei 40 % der Befragten. Klein wies auch auf den muslimischen Antisemitismus hin und auf die dramatische Lage der französischen Juden, die sich angesichts des Anstiegs antisemitischer Übergriffe gezwungen sehen, Zuflucht in Israel suchen. Klaus-Dieter Gröhler sprach – mit Blick auf die jüngsten Angriffe im Bezirk auf zwei Rabbiner durch mutmaßlich muslimische Täter – die unter Migranten weit verbreiteten und oft von Generation zu Generation weitergegebenen Ressentiments gegenüber Israel an. Die kulturelle Prägung der neuen und alten Zuwanderer aus

Staaten, in denen der Hass auf Israel zur Staatsdoktrin gehöre und der sich auch an entsprechenden Inhalten schon in Schulbüchern ablesen lasse, mache Intervention dringend nötig.

Fokus auf Bildung im Kampf gegen Antisemitismus

Wichtig war Klein und Gröhler die politische Bildung von Jugendlichen, so sei etwa ein „Deutsch-israelisches Jugendwerk“ in Planung, da müsse man „endlich“ vorankommen. Klein warnte noch davor, den Besuch einer KZ-Gedenkstätte vorschnell verpflichtend einzuführen, dieser sei „kein Allheilmittel“, eine gute Vorbereitung sei zudem unabdingbar. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, dass gerade in jüngster Zeit an das Schulfach Geschichte „die Axt angelegt“ worden wäre.

Auch die finanzielle Unterstützung von Projekten in den „palästinensischen“ Gebieten müsse genau geprüft werden, insbesondere wenn es um die Förderung von Bildungsprojekten und -materialien gehe. Einig war man sich des Weiteren in der Verurteilung der Boykott-Bewegung BDS, deren Ziel schließlich, in den Worten von BDS-Aktivisten, „die Beendigung der Kolonisation allen arabischen Landes“ sei, daher sei der Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und (der Mehrheit der Fraktion der) Grünen, „BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“, zu begrüßen.

Insgesamt stehen Felix Klein elf Mitarbeiter zur Seite und auch ressortübergreifende Gespräche z.B. mit dem Gesundheitsministerium zum Thema Schächten oder mit dem Verteidigungs-

ministerium zum Thema Seelsorge/Militärrabbiner gehören zu den Aufgaben – nicht immer gehe es ohne hartnäckige Überzeugungsarbeit.

Jüdisches Leben - hier und jetzt

Denn schließlich, so betonten Klein und Gröhler, gehe es auch darum, sich für die Belange der Deutschen jüdischen Glaubens im Hier und Jetzt einzusetzen, der offizielle Titel Kleins laute schließlich: „Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“. Gröhler wies auf die vielfältigen jüdischen Sozial- und Kultureinrichtungen und die vier Synagogen im Bezirk hin. Auch bei einem weiteren Aufgabengebiet waren sich die beiden Juristen einig, es gelte, Staatsanwaltschaften zu sensibilisieren und eine effektive Strafverfolgung zu ermöglichen. Dennoch sei es etwa im Fall des alljährlichen „Al-Quds-Marsches“ nicht einfach, ein Verbot durchzusetzen, eine Niederlage vor Gericht könnte die Gegenseite bestärken, Auflagen, wie sie vom Innenminister eingeführt wurden, seien bis jetzt der gangbare Weg. Im Hinblick auf den im letzten Moment verhinderten Auftritt zweier „palästinensischer“ Rapper mit ihren offen antisemitischen, von Vernichtungsfantasien durchtränkten Texten, sei es auch unverständlich, so Klein, warum die zuständige Auslandsvertretung überhaupt ein Visum erteilt habe.

Die Publikumsrunde – Ohne Kritik geht es nicht

Bei der anschließenden Publikumsrunde waren der Antisemitismus von Links und der Mitte ein Thema, auch die Rolle der Medien. Klein stimmte zu, „vermeintlich

neutrale Medien“, er erwähnte den RBB und die „Tagesschau“, bedürften ebenfalls einer Sensibilisierung, er rege die Schulung von Journalisten an. Generell sei eine Verrohung des Diskurses auszumachen, genannt wurde die AfD mit der Relativierung der NS-Verbrechen als „Vogelschiss“.

Dann verlagerte sich die Diskussion in Richtung Nahost-Konflikt mit besonderem Fokus auf Israels Politik. So wurde zum Teil leidenschaftlich dafür plädiert, Israel „ohne Angst“ „sachlich und neutral“ kritisieren zu können, ohne als Antisemit zu gelten. Klein schloss sich zwar der Kritik an der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem an, diese sei nicht „hilfreich“ gewesen, und betonte auch, es gebe keine 100-%ig scharfe Trennlinie, wenn es um legitime Kritik gehe. Zur Orientierung empfahl er den 3-D-Test für Antisemitismus von Natan Scharanski. Eine Linie sei aber in jedem Fall überschritten, wenn Israel als „Apartheidstaat“ oder als „rassistisches System“ bezeichnet würde. Scharf kritisierte er auch UN-Botschafter Heusgen und dessen Gleichsetzung von Hamas-Raketen mit israelischen Bulldozern. Einer der Anwesenden war jedoch der Meinung, dass die israelische Armee tatsächlich Häuser, in denen noch „palästinensische“ Zivilisten zugegen seien, „wegbulldozern“ würde.

Des Weiteren wurde eine Unschärfe des Begriffs „Antisemitismus“ beklagt, ein anderer kritisierte die Verwendung des Begriffs wegen des enthaltenen Worts „Semit“. Klein betonte jedoch, der Begriff sei etabliert, eine allgemeine Verständigung auf die spezifische Bedeutung sei gesichert. Anderen Gästen war es wichtig, auf weitere Minderheitengruppen hinzuweisen, Angriffe auf Roma oder „Antisemitismus“.

lamismus“ würden beispielsweise nicht diskutiert werden, Antisemitismus jedoch werde „publizistisch hochgejubelt“ – dafür gab es Applaus. Die Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus drohten leider verwischt zu werden bei dieser Diskussion um „andere Formen der Diskriminierung“.

Politische Bildung – Zweifelhafte Partner mit Verbindungen zum politischen Islam

Die Sprache kam noch auf die öffentliche Förderung und Einbindung von mindestens zweifelhaften Vereinen wie „Inssan“ oder „Islamic Relief“. Sie standen, zumindest zeitweise, unter Beobachtung des Verfassungsschutzes (VS) und werden der Nähe zur Muslimbruderschaft, und im Fall von „Islamic Relief“ (IR), der Terrorfinanzierung (Hamas) verdächtigt, IR ist daher in einigen europäischen Ländern auch verboten. Klein pflichtete bei, diese Vereine seien ihm auch schon bekannt. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) solle zudem verstärkt mit Blick auf BDS aufklären. Gröhler war auch sehr interessiert, zumal ihm auch die Mittelzuweisung der Gelder an die bpb mituntersteht.

Mit „Islamophobie“-Forschern in der Landeszentrale für politische Bildung beten?

Ausgerechnet die Bundes- und Landeszentralen haben in der Vergangenheit nämlich mit der Auswahl ihrer Partner

den Kampf gegen Antisemitismus eher untergraben. So wurde gerade Dr. Farid Hafez häufiger eingeladen, der Herausgeber des jährlich erscheinenden „Islamophobie-Berichts“, in Auftrag gegeben von einer personell der türkischen AKP nahestehenden Stiftung, SETA, von der EU mit 126.951 Euro finanziert – Frederik Schindler berichtete in der „Welt“ vom 24. Oktober. Hafez benutzte diese Einladungen auch schon, um den deutschen Verfassungsschutz zu desavouieren, der Moderator, Reinhard Fischer von der Berliner Landeszentrale, widersprach nicht, als Hafez den VS als islamfeindlich darstellte. Im Anschluss an die Veranstaltung im Jahr 2018 lud Fischer übrigens Teilnehmer und Publikum, weitere Vertreter des politischen Islams darunter, noch zum „Gebet, gerne wieder in Seminarraum Eins“ ein. Irritierend: Als zu einem anderen Zeitpunkt jemand bat, kurzfristig nur einen Flyer zum bevorstehenden, in der Nähe stattfindenden „Israel-Tag“ in der Landeszentrale auszulegen, verbat man sich das barsch mit Hinweis auf die Neutralität der Einrichtung.

Pikanterweise hat Hafez gleich zwei Co-Autoren, die, sogar mit Lehrauftrag, indirekt Werbung für BDS machen: Prof. Karim Fereidooni sowie Anna-Esther Younes. Fereidooni empfahl Lehramtsstudenten als „feministische muslimische Vorbilder“ ausgerechnet Kübra Gümüşay und Emine Aslan, einschlägig bekannte BDS-Sympathisantin. Younes hat, neben ihrer Unterstützung für verurteilte „pa-

lästinensische“ PFLP-„Kämpferinnen“, kürzlich versucht, lokal Einfluss auszuüben im „Parkrat“ des Görlitzer Parks in Kreuzberg, ein Brennpunkt, der durch grüne (Drogen-)Politik für Wirbel sorgt.

Schon 2014 beauftragte die bpb übrigens Hafez mit einem Erklärvideo, Titel „Wo endet Islamkritik und beginnt Islamfeindlichkeit?“. Darin führt Hafez vielleicht nicht zufällig den Rapper Lupe Fiasco auf, der bekannt wurde mit antisemitischen Texten. Betont harmlos heißt es: „Muslime sind so unterschiedlich: Sie können Boxer sein wie Muhammed Ali, sie können Rapper sein wie Lupe Fiasco oder auch Fußballspieler.“

Auch Zeynep Cetin, Projektleiterin bei „Inssan e.V.“, wurde im Juli 2019 von der Bundeszentrale mit der Durchführung eines Workshops beauftragt. Dabei wehrte doch der Präsident der bpb, Thomas Krüger, bei einer Veranstaltung der Ev. Akademie zum Thema Antisemitismus den Vorwurf ab, radikale Partner einzubinden („Das ist mir nicht bekannt“), um dann aber noch floskelhaft vor einem Abbruch des „Dialogs“ zu warnen. Da Gröhler regelmäßig mit Krüger zusammentrifft, wäre es angebracht, ihn auf die aus erwiesenermaßen mehr als einem „Dialog“ bestehenden Verbindungen zu diesen Vereinen anzusprechen.

Fälle von offenem Antisemitismus in Schulen und in der Öffentlichkeit

Das Thema Bildung griff auch eine ältere

Dame aus dem Publikum auf, sie wies auf tendenziöse deutsche Schulbücher hin und berichtete außerdem über zwei Fälle von extremem „Mobbing“ gegen jüdische Schüler an zwei Berliner Schulen. In einem Fall sei ein 7-Jähriger betroffen, der von einem älteren Mitschüler mit arabischsprachigem Elternteil wiederholt genötigt, auch geschlagen worden sei. Über ein Jahr habe die Schule weggeschaut, inzwischen sei der Beauftragte der Jüdischen Gemeinde, Sigi Königsberg, informiert. Sie berichtete auch von einem tätlichen Angriff auf eine Berlin-Besucherin aus Israel, ein Fahrkartenkontrolleur der BVG habe sie zudem mit „Du Jude!“ beschimpft. Nebenbei entschuldigte die Dame ihre Verspätung, die Terminwahl an einem jüdischen Feiertag habe die Teilnahme für Gläubige etwas erschwert. Gröhlers Bitte zu Beginn der Veranstaltung, diesen Planungsfehler zu entschuldigen, hatte sie verpasst – nun aber wiesen Teile des Publikums die Dame recht ungeduldig daraufhin: „Das wurde schon besprochen!“

So ging ein Abend mit anregenden Diskussionen zu Ende – und erlebte nur wenige Stunden später noch einen erschreckenden Abschluss: Gegen ein Uhr morgens wurden Anwohner vom Geräusch klirrender Scheiben aufgeschreckt, fünf Unbekannte auf Fahrrädern hatten sämtliche Scheiben des Bürgerbüros eingeschlagen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Positives aus der Provinz

Pro-Israelische Vereine vernetzen sich

Von Gerd Buurmann

Am 10. Oktober 2019 vernetzte der Ganey-Tikva-Verein israelfreundliche bürgerschaftliche Organisationen miteinander. Der stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Axel Bolte, berichtet von dem Treffen.

Das Positive vorweg: Es gibt tatsächlich Vereine, die sich mit der praktischen Pflege deutsch-israelischer Beziehungen befassen, und die nach eigenen Angaben noch keine gravierenden Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Sie scheinen jedoch eindeutig in der Minderheit zu sein, denn was am Donnerstag, den 10. Oktober 2019 im Historischen Ratssaal von Bergisch Gladbach im Rahmen von Kurzpräsentationen unterschiedlicher israelfreundlicher Organisationen ans Tageslicht kam, macht deutlich, dass es für „Wehret den Anfängen!“ schon lange zu spät ist.

Bittere Aktualität

Beginnen musste die ursprünglich als lockeres Kennenlernen geplante Runde mit einer Gedenkminute für die Opfer des Judenhassers von Halle. Eine junge Mutter berichtete bewegend von ihren Ängsten, als sie von der Attacke auf die Synagoge in Halle erfuhr, während ihre eigene Familie zum Jom-Kippur-Fest in der Synagoge in Köln war. Wie erschreckend normal und real die Bedrohung von jüdischem Leben, wie bestürzend normal und regelrecht zum Mainstream geworden antiisraelischer Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Milieus, wie akzeptiert und normal selbst die schamlosesten Überschreitungen aller Tabus im öffentlichen Diskurs mittlerweile sind, zeigt sich jedoch seit langem in den zahllosen Erfahrungen, von denen fast jeder zu berichten weiß, der es

nicht bei der ritualisierten Wiederholung von Lippenbekenntnissen belässt.

Wer Israelsolidarität praktiziert, wer konkreten israelbezogenen Antisemitismus beim Namen nennt, der weiß, dass er sich schnell als angefeindeter Außenseiter wiederfinden kann, in dieser unserer Gesellschaft, die doch flächendeckend von sich behauptet, aus erklärten Gegnern jeglichen Antisemitismus zu bestehen.

Was auf Einladung des Bergisch Gladbacher Ganey-Tikva-Vereins als regionaler Erfahrungsaustausch gedacht war, um sich beispielsweise bei Veranstaltungen oder Reisen abzustimmen und zu unterstützen, stieß bereits im Vorfeld auf überraschend großes Interesse. So meldeten sich neben zahlreichen Städtepartnerschaftsvereinen auch beispielsweise Arbeitsgruppen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Kulturschaffende, Aktivistengruppen und historisch orientierte Organisationen an.

Wie viele „Einzelfälle“ ergeben ein Muster?

Selbstverständlichkeiten aussparend, wurden in schneller, lebhafter Folge konkrete Erlebnisse zusammengetragen. Auszugsweise und in Stichworten:

- Schmähung eines renommierten Autors und Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der DIG durch die VHS (Aachen).

- Israelberichterstattung unter Betonung stereotyper Bildsprache und antisemitische Karikaturen (Freiburg).

- Unterstützung und Gewährleisten von BDS-Aktivitäten im schulischen Umfeld sowie massive Störung von DIG-Veranstaltung (Oldenburg).

- Versuch, das Wort „Israel“ aus einem Vereinsnamen zu tilgen (Ettenheim).



Das Treffen des Ganey-Tikva-Vereins in Bergisch Gladbach

- Diskriminierung und Mandatsentzug eines pro-israelischen Städtepartnerschaftsvereins durch den Bürgermeister mit der ausdrücklichen Begründung, Engagement gegen Antisemitismus sei nicht dessen Aufgabe (Bergisch Gladbach).

- Tötlicher Angriff auf Informationsstand (Siegen).

- Verbot von israelischen Flaggen bei einem Fußballspiel (Nähe Ettenheim).

Als eine von zahlreichen besorgniserregenden Parallelen fiel dabei auf, wie auch und vor allem von staatlichen Stellen Dämonisierung betrieben wird und sogar auf klassische antisemitische Stereotype zurückgegriffen wird

(„Überloyalität“, „radikale Israelpolitik“, „Tendenzbetrieb“, „Brunnen vergiften“).

Das weiter zu beobachten und zu thematisieren stellt nur eine von vielen auch im Nachgang entstandenen Ideen zum weiteren Vorgehen dar.

Beim geselligen Beieinander im Anschluss im Gasthaus am Bock herrschte äußerst lebhafter und konstruktiver Austausch. Die große Mehrheit der vertretenen Gruppen wünscht Fortsetzung und Vertiefung. Möglicherweise wird man die Kooperation institutionalisieren, um sich gemeinsam vernehmbares Gehör zu verschaffen. Es tut offensichtlich bitter Not.

Der 9. November – zwischen Mauerfall und Reichspogromnacht

Das Mauerfall-Jubiläum vor 30 Jahren ist getrübt durch die Erinnerung an Reichspogromnacht und Hitlerputsch.

Von Dr. Nikoline Hansen

Es ist einer der schwärzesten Tage in der deutschen Geschichte: Der 9. November 1938, der sich dieses Jahr zum 81. Mal jährt. Erst als „Reichskristallnacht“, später korrekterweise als Novemberpogrome, hat er Einzug in die deutschen Geschichtsbücher und die Gedenkkultur gehalten. Dabei war er nur der vorläufige Höhepunkt zur Durchsetzung einer Ideologie, deren Entstehen sich schon in den 20er Jahren abzeichnete und die den bereits im 19. Jahrhundert erstarkenden Antisemitismus in Form einer immer virulenter werdenden rassistischen Variante zur Ausgrenzung der Juden und Schaffung einer vermeintlichen arischen „Herrenrasse“ instrumentalisierte.

Es war eine perfide Variante des ursprünglich religiös und immer auch machtpolitisch motivierten Judenhasses, der in Europa schon zuvor zu Pogromen und Vertreibung geführt hatte. So wurde die Gewalt, die am 9. November 1938 gegen Juden und deren Geschäfte staatlich initiiert wurde, zu einem wichtigen Datum der Festigung der nationalsozialistischen Machtausübung, die mit der Machtübernahme der NSDAP 1933 begonnen hatte. Schon 1933 hatte es Berufsverbote, Ausschlüsse aus den Berufsvereinigungen und existenzbedrohende Diskriminierungen von Juden und anderen nicht-„arischen“ Bürgern gegeben. Mit den am 16. September 1935 im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Nürnberger Gesetzen erfolgte ein weiterer Einschnitt, der Juden das Leben in Deutschland erschwerte. Diese historische Abfolge zeigt, mit welcher Zielstrebigkeit die Nationalsozialisten den in weiten Teilen der Bevölkerung tief verwurzelten Antisemitismus ausnutzten, um ihre politische Ziele zu verfolgen. Die Zerstörung und der Boykott jüdischer Geschäfte, der am 9. November 1938 so eindrücklich als Staatsdoktrin auftrat, war ein Zeichen, das die jüdische Bevölkerung verstand und alle, die in der Lage waren das Land zu verlassen, ins Exil trieb. Mit diesem Ereignis war auch ein entscheidender Schritt des Erodiertens eines demokratischen Rechtsstaats zu einem Unrechtsregime erfolgt.

Der 9. November 1938 war kein zufällig gewählter Tag. Er bezog sich auf vorangegangene Ereignisse, die den 9. November in Deutschland zu einem besonderen Tag machen: 1918 war der Kaiser abgesetzt und die deutsche Republik ausgerufen worden, 1923 war der Putsch Hitlers in München gescheitert. Die parlamentarische Demokratie hatte damit noch weitere zehn Jahre gewonnen, ehe sie sich quasi friedlich selbst abschaffte.

Am 9. November 2019 begeht Deutschland auch einen weiteren Jahrestag: Vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer, eine der gravierenden Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Doch die Teilung Deutschlands in zwei Staaten ist auch nach 30 Jahren noch nicht überwunden. Die von vielen begrüßte, von manchen gefürchtete Einheit erfolgte eingebettet in ein europäisches Konzept gemeinsamen politischen Handelns. Der Zusammenbruch eines der beiden Staaten - der „demokratischen“ Diktatur - erfolgte friedlich. So ist heute von einer friedlichen Revolution die Rede, auch wenn es wohl in erster Linie der wirtschaftliche Zusammenbruch eines



Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 markierte den Zusammenbruch des Kommunismus in ganz Osteuropa

maroden Systems war. Bis heute sind die Folgen spürbar.

Gibt es also einen Anlass das Datum zu feiern? Nicht umsonst hat die Politik sich auf den 3. Oktober als nationalen Feiertag geeinigt. Der Tag, an dem die Mauer durchlässig wurde und die Menschen beider deutscher Staaten tatsächlich erstmals real einander ohne Passierscheine begegnen konnten, ist noch zu tief mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten im deutschen Bewusstsein verankert. Gerade im westlichen Teil der Republik, in der mit der sogenannten Umerziehung der Alliierten und einer umfangreichen Gedenkkultur in breiten Teilen der Bevölkerung eine ernsthafte Aufarbeitung der Vergangenheit stattfand, erschien der 9. November als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus nicht als ein Tag, der sich zum Feiern eignet. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich zu Verantwortung und entsprechendem Umgang mit den Folgen des Unrechtsregimes bekannt. Im anderen Teil der Republik hatte man die Nachfolge geleugnet und sich durch eine 180-Grad-Wende von ihr abgekehrt: Der Staat verstand sich als antifaschistisch. Dass er damit auf den Faschismus Bezug nahm wurde positiv bewertet, da er diesen ja ablehnte.

Die DDR ignorierte Antisemitismus

Nun ist es so, dass die Politik die Massen nicht immer mitnimmt. Der Antisemitismus war nach 1945 daher nicht verschwunden. In der Bundesrepublik Deutschland war er geächtet und verpönt, es wurden in zähen Prozessen Verhandlungen zur „Wiedergutmachung“ geführt; in der DDR wurde er einfach ignoriert: Juden gab es nicht. Entschädigung erhielten nur Antifaschisten, also regimetreue Bürger. Dies führte noch nach der Wiedervereinigung zu Ungerechtigkeiten, denn die von der DDR verfügten Entscheidungen

zu Rentenzahlungen wurden im Einigungsvertrag ungeprüft übernommen, sodass Verfolgte noch einmal leer ausgingen und Unrecht fortgeschrieben wurde. Den Antisemitismus hatten die Antifaschisten nicht bekämpft, sie hatten ihn schlichtweg ignoriert.

Eine spürbare Folge ist das Fehlen jüdischen Lebens gerade in Ostdeutschland, denn hier hatte es fast keine jüdischen Gemeinden mehr gegeben, Religion war im kommunistischen Regime unerwünscht. Wie sich später herausstellte, waren die



Zerstörte Synagoge an der Berliner Fasanenstraße

Vorbehalte durchaus berechtigt, denn die Kirche trug zur Stärkung des Widerstands und damit dem Fall der Machthaber in der DDR bei. Die Juden, die sich in der DDR niedergelassen hatten, waren in der Regel regimetreu und säkular, sie hatten kein Interesse am Wiederaufbau jüdischer Gemeinden und erhielten keine Entschädigungen für zerstörte Synagogen.

Die neuen Juden aus dem Osten waren großteils säkular

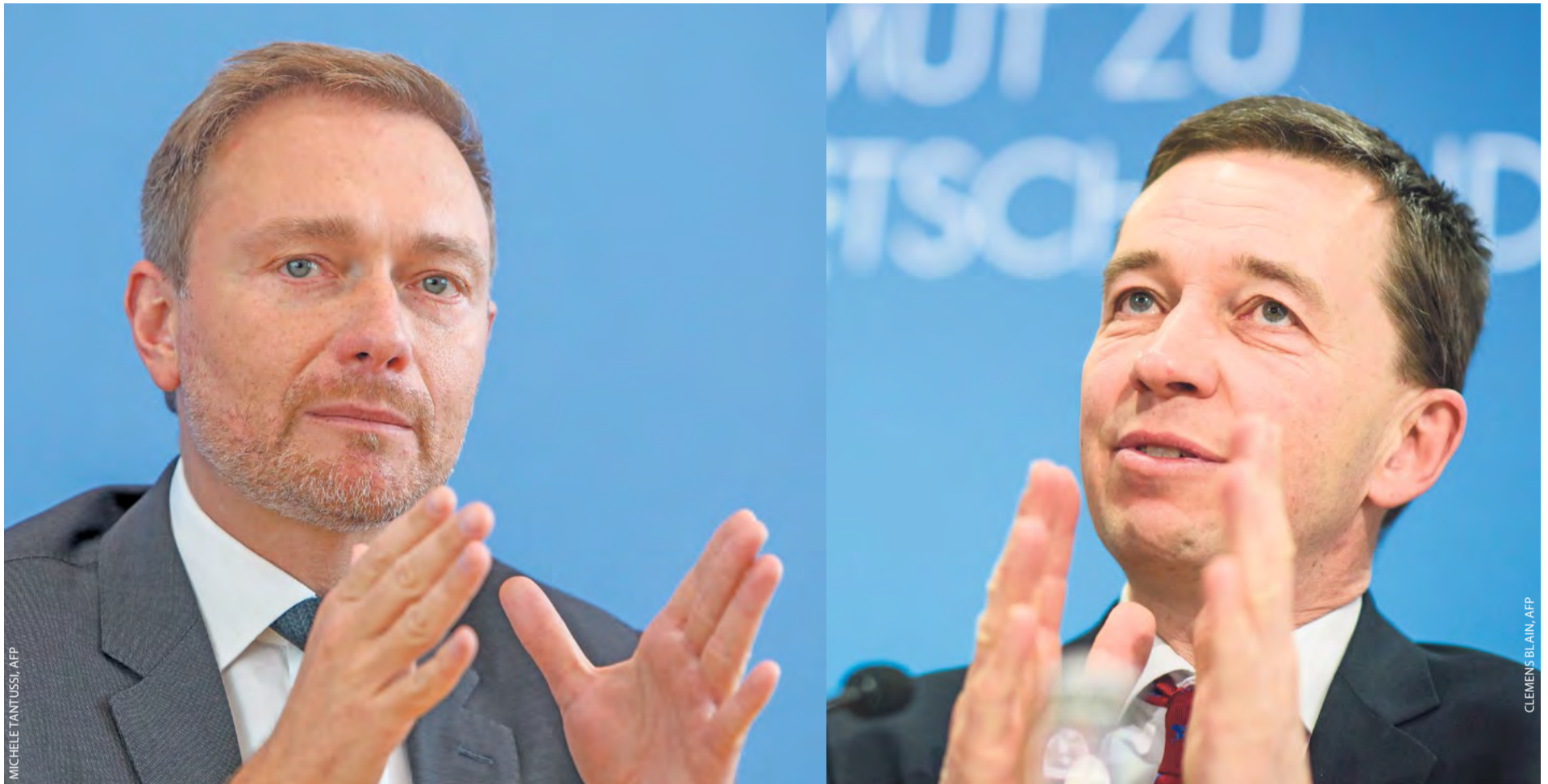
Erst mit den sogenannten Kontingentflüchtlings, russischen Juden, die das jüdische Leben in Deutschland nach 1991 wiederbeleben sollten, änderte sich das geringfügig. Denn auch nicht alle russischen Juden hatten ein Interesse daran,

ihre jüdische Religion intensiv zu leben, zumal sie oft nicht einmal mehr mit ihr vertraut waren. Das jüdische Leben im Osten wuchs deutlich langsamer als erwartet, zumal es keine staatlichen Hilfen für den Wiederaufbau der Synagogen und damit eines jüdischen Gemeindelebens gab. Auch staatlicher Schutz jüdischen Lebens liegt im Ermessen der Länder – der Anschlag von Halle hat das schmerzlich ins Bewusstsein gerufen und es bleibt zu hoffen, dass den politischen Sonntagsreden auch Taten folgen und dies geändert wird.

30 Jahre nach der Wende spüren wir so noch immer die Folgen der Teilung. Deutschland ist noch immer gespalten, und auch die Gefahren, die im 21. Jahrhundert, hundert Jahre nach der gescheiterten Demokratie der Weimarer Republik, der Demokratie im geeinten Deutschland drohen, sind im ehemaligen Osten andere als im Westen. Das Erstarken rechtsterroristischer Organisationen wie der NSU und der Reichsbürger besonders in den ostdeutschen Ländern ist dafür symptomatisch. Noch immer herrscht ein Misstrauen gegenüber dem Staat, oft fehlt ein Gefühl für aufrichtiges demokratisches Verhalten. Im Westen hat man sich andere Probleme zusätzlich ins Haus geholt: libanesischer oder „palästinensischer“ Clans terrorisieren ganze Gebiete und fügen dem alten Antisemitismus oftmals unter dem Deckmantel einer vermeintlich „legitimen Israelkritik“, die auch in der Politik der DDR verwurzelt war, neue Nahrung zu. Terror, auch und besonders gegen Juden, wird so wieder gesellschaftsfähig. Der Antisemitismus ist nicht verschwunden, er hat neue Nahrung erhalten, im Osten wie im Westen. Debatten und Diskussionen, die für eine funktionierende Demokratie lebenswichtig sind, werden hier wie da gerne mit Drohungen oder gar Gewalt erstickt: Geeint ist man lediglich in der Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Die Wiederkehr des linken Meinungsabsolutismus

Sowohl dem ehemaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière als auch dem FDP-Chef Christian Lindner und dem ehemaligen AfD-Politiker Bernd Lucke wurden Auftritte an Universitäten durch Linksextreme verunmöglicht.



FDP-Chef Christian Lindner und Ex-AfD-Politiker Bernd Lucke

Von Laila Mirzo

Was ist Meinungsfreiheit? Hat jeder ein Recht auf Meinungsfreiheit? Auch der politische Gegner? Die wortwörtliche Interpretation dieses, laut Artikel 5 des Grundgesetzes garantierten Grundrechts, wäre, die uneingeschränkte Freiheit das Gedachte auch öffentlich äußern zu dürfen. Die Realität aber zeigt, dass ein Grundrecht immer da seine Grenzen findet, wo es ein anderes Grundrecht zu beschneiden droht. Soweit so gut, aber die Meinungsfreiheit wird seit Jahren systematisch demontiert und die Abrissbirne heißt Political Correctness.

Filmförderung Hessen

In Deutschland toben erbitterte und verbitterte Kämpfe um das Meinungsmonopol, es hat sich ein Klima der Verunsicherung breitgemacht. Wer entgegen dem Meinungsstrom schwimmt, riskiert nicht länger nur eine Gegenmeinung – nein, heute wird der Meinungsanarchist mit Denunzierung und gesellschaftlicher Ächtung bestraft. Menschen mit nonkonformen Ansichten sind die Parias der Republik. Die heilige Kuh ist mal das Klima, mal die Einwanderungspolitik der Kanzlerin. Der Kontakt oder nur die Nähe zu den „Unberührbaren“ kann dem eigenen gesellschaftlichen Status schaden. Dies musste auch Hans Joachim Mendig am eigenen Leib fühlen: Der Chef der hessischen Filmförderung „HessenFilm und Medien GmbH“ hatte sich zusammen mit dem AfD-Vorsitzenden und EU-Abgeordneten Jörg Meuthen fotografieren lassen und wurde dafür fallengelassen. Grund dafür soll ein möglicher „Imageschaden für das Land und HessenFilm“ und die „Ankündigung vieler Filmschaffender, nicht mehr mit HessenFilm zusammenarbeiten zu wollen“ gewesen sein. Hessens grüne Kultusministerin Angela Dorn half bei der „Entsorgung“.

Wer sich mit Andersdenkenden solida-

risiert, hat sich für die falsche Seite entschieden und muss die volle Bandbreite der Konsequenzen tragen. Der Verlust des Freundeskreises, des Arbeitsplatzes oder der Wohnung sind da keine Seltenheit mehr. Schließlich muss man Haltung zeigen. Doch wie sieht eine „korrekte Haltung“ heutzutage aus?

Vielleicht sollten wir uns den genauen Wortlaut des Artikel 5, Absatz 1, des Grundgesetzes nochmals in Erinnerung rufen:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

FDP-Chef Lindner

Laut Gesetzestext regelt das Recht der Meinungsfreiheit also das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Der Staat muss dem Souverän sein Recht auf Meinungsfreiheit gewähren. Doch wie weit geht das? Muss der Staat das Recht des Einzelnen auf Meinungsfreiheit ebenso gegenüber anderen Bürgern garantieren und notfalls auch durchsetzen? Dies hoffte zumindest FDP-Chef Christian Lindner, als er sich bei der grünen Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank über die Absage seines Redebeitrags an der Universität Hamburg beschwerte. Sein Auftritt im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der liberalen Hochschulgruppe LHG Hamburg war ihm von der Uni-Präsidentin verboten worden. Lindner forderte in einem Brief die Wissenschaftssenatorin unmissverständlich auf, mit der universitären Selbstverwaltung „das Gespräch zu suchen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die Universität Hamburg wieder zum Ort des lebendigen politischen Meinungsaustauschs werden kann“.

Der Auftritt Sahra Wagenknechts war kein Problem

In den Räumen der Hochschule seien Veranstaltungen mit parteipolitischer Ausrichtung untersagt, so die offizielle Begründung der Universität. Die Tatsache aber, dass Sahra Wagenknecht, ihres Zeichens Linke-Fraktionschefin, durchaus an einer Diskussionsveranstaltung in den Räumlichkeiten der Universität teilnehmen kann und hier plötzlich keine Abschlussbedingungen vorliegen, legt nahe, was auch Christian Lindner ausspricht: „Es verdichtet sich der Eindruck, dass Frau Fegebank nur die Meinungen toleriert, die ihrer eigenen entsprechen“.

Die Zeit, in welcher die Universität als Hort des Diskurses und der Debatte galt, scheint zu verrinnen. Denn der politisch korrekte Zeitgeist ist einen Schritt weiter. Die nächste Stufe der Evolution ist erreicht: Debatte war gestern, heute ist Konsens.

Wer nicht in Teufels Küche landen will, hält sich an diesen Konsens. Und wer das vergisst, wird nachdrücklich daran erinnert. Besonders an der Uni Hamburg pflegt man eine solche „Erinnerungskultur“.

AFD-Gründer Bernd Lucke

Wenn ein Professor für Makroökonomie seine Vorlesungen gar nicht, oder nur unter massivem Polizeischutz halten kann, ist etwas gehörig schiefgelaufen, möchte man meinen. Wenn es sich nämlich bei besagtem Professor um Bernd Lucke, den Mitbegründer der AfD, handelt, dann ist Krawall legitim, ja ein Akt des zivilen Ungehorsams.

Was war passiert? Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) hatte zu einer Demonstration gegen die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit Luckes aufgerufen. So konnte die erste Vorlesung des Wirtschaftswissenschaftsprofessors durch Buh-Rufe erfolgreich sabotiert werden. Zudem kam es zu Rangeleien zwischen den Studenten, Lucke wurde als „Nazi-Schwein“ beschimpft und sogar körperlich bedrängt. Bei der

zweiten Vorlesung wurde man dann noch deutlicher: Schwarz verummte Aktivistinnen aus dem linksextremen Milieu verschafften sich gewaltsam Zutritt zum Hörsaal. Sie skandierten lauthals: „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“.

Ex-Innenminister Thomas de Maizière (CDU)

Haltung haben auch etwa 100 Demonstranten der Gruppe „Basisdemokratische Linke“ in Göttingen bewiesen, als sie eine Lesung des früheren Innen- und Verteidigungsministers Thomas de Maizière beim Göttinger Literaturherbst verhinderten. Ihr Vorwurf: Als Innenminister (2013-2018) sei de Maizière für den Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei mitverantwortlich und deswegen heute Mitschuld an der Militäroffensive der Türkei in Nordsyrien. Die unangemeldete Aktion hatte etwa 300 Zuhörer an der Teilnahme an der eigentlich ausverkauften Veranstaltung gehindert. Dafür war es scheinbar notwendig den Geschäftsführer des Literaturherbstes, Johannes-Peter Herberhold, zu attackieren und ihm seine Kleidung zu zerreißen. Herberhold erklärte, die Veranstaltungsreihe sei seit 28 Jahren „ein Fest der Kunst, des Wissens und der Meinungsfreiheit“. Das war es wohl die längste Zeit, denn der Kehraus der Meinungsfreiheit wurde eingeläutet. Fatalerweise sind allzu oft wir selbst willfähige Helfershelfer.

„Eine Zensur findet nicht statt“ sagt das Grundgesetz. Dabei zensieren wir uns doch schon längst selbst. Denkverbote haben wir auf der imaginären Karte unseres Bewusstseins mit Schlagbäumen abgegrenzt. Denn wer das Falsche denkt, spricht auch das Falsche aus. Und wer das Falsche hört, könnte ja das Falsche denken und gar aussprechen. Auf einem Schlag könnten wir wieder eine Debatte haben. Aber Debatte war ja gestern, heute ist Konsens.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Leider ist auch jetzt, Wochen nach der Wahl in Thüringen von einem neuen Anfang und der unverzichtbaren personellen Erneuerung nichts zu sehen. Die ihren rot-totalitären und Israel-feindlichen Kern nur mangelhaft verdeckenden Linken von der „ehemaligen“ kommunistischen Flüchtlings-Erschießungs-Partei wurden in kaum nachvollziehbarer Weise von ihren Opfern und deren Nachfahren sogar noch Stimmen-gestärkt.

Neue Farbenlehre in Thüringen

Jetzt soll zu deren Machterhalt mit lachhaften und gänzlich untauglichen politischen Farbspielen wie etwa „rot-rot-grün-gelb“ oder ersatzweise -schwarz, ganz wie im Swingerclub fast jeder mit jedem können, egal ob das politisch je zusammengepasst hat oder jemals zusammenpassen wird. Hauptsache knapp ein Viertel der Wähler – zumeist ehemalige CDU- und SPD-Wähler, jetzt nach etablierter Diktion natürlich alles Nazis – wird von der Regierungsverantwortung weggehalten. Welch eine böseartig verallgemeinernde Diffamierung vormalig eigener Anhänger und welch eine ganz und gar unerträgliche Relativierung des wirklichen Nazi-Schreckens!

Statt ihr Scheitern einzugestehen, versuchen die politischen Totalversager der etablierten GroKo-Parteien ohne jedes Gefühl der Peinlichkeit mit nahezu jeder grotesken Koalitionsakrobatik ihren Machterhalt zu zementieren und dem Wähler vorzugaukeln, dass damit zum Wohle unseres Landes und unserer Demokratie etwas zusammenwachsen kann, was nicht einmal im Ansatz zusammengehört.

Die zusammengestauchte CDU/CSU und die zu Recht fast völlig pulverisierte SPD sehen sich ganz offensichtlich und Talk-Show-verkündet weiter berufen, ihre Politik fortzusetzen und rätseln – ja, sie rätseln tatsächlich – wie und wieso der irregeleitete Wähler sie so sehr missverstehen konnte und ihnen so übel mitgespielt hat, obwohl sie doch das Beste sind, was dem Erstarken der links- und rechts-extremen Ränder sowie dem Gedeihen vor allem muslimischer Gewalt und islamischen Judenhasses in diesem Lande passieren konnte.

Krieg gegen die eigene Wirtschaft

Dazu kämpfen sie mit einem für die Prosperität unseres Landes fatalen Krieg gegen unsere Autoindustrie und für Klima-alibisierte Systemumkehrungen unseres freiheitlichen und bislang überaus attraktiven und erfolgreichen Lifestyles zu einem Sozialismus 2.0. Sie kämpfen für politische Enteignungen und für die Zerstörung der Prosperität des noch vor kurzem boomenden Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Vom Klima-Missionarisierungs-Gedanken durchseelt schützen sie uns gleichzeitig alle, sogar auch die Mehrheit, die erkennbar ohne Flugscham auskommt und gar nicht geschützt werden will, mit Bevormundung und Verboten vor dem nur für sie und die Wohlstandsverwöhnten jugendlichen Jünger Gretas erkennbar unmittelbar bevorstehenden sicheren Klimatod, sehen aber keinerlei Anlass und wissen auch nicht, was sie angesichts des täglich deutlicher und deutlicher zu Tage tretenden bundesweiten Sicherheits-Desasters in unserem Lande zu unserem Schutz vor der täglichen zumeist islamischen Messergewalt auf unseren Straßen tun sollten.

Dies umso weniger, als doch ohnehin völlig klar ist, dass an dem ganzen hier entstandenen Schlemasel (jiddisch für Debakel) in unseren für keinen und



Dass der CDU-Politiker Mike Mohring mit der Flüchtlingserschießungs-Partei, der umbenannten SED, überhaupt Koalitionsgespräche in Erwägung zog, sagt viel über den heutigen Zustand der Partei Helmut Kohls aus.

niemanden mehr sicheren öffentlichen Räumen und an dem wachsenden islamischen Judenhass – wie doch auch die Anne Wills, Klebers, Slomkas und all die anderen ideologisierten, unentwegt Talk-Show-herumgereichten Schulmeister der Nation genauestens wissen, ohnehin nur die mittlerweile Millionen zählenden Rechts-Wähler schuld sind.

Das belegen gerade auch die ungleichen Reaktionen unserer Politik und unserer Ordnungskräfte auf zwei aus unterschiedlicher Richtung begangene, in beiden Fällen von unversöhnlichem Judenhass motivierte grausame Mord-Anschläge – im Fall der Synagoge in Halle schrecklicher Weise sogar mit tödlichem Ausgang für zwei zufällige nichtjüdische Passanten seitens eines rechtsradikalen Mordschützen, im Fall der Synagoge in Berlin Oranienburger Straße seitens eines islamischen Messerattentäters.

Genau hier beginnt schon das Problem der Glaubwürdigkeit des nur nach der widerwärtigen feigen Tat von Halle plötzlich allzu plakativ um unser jüdisches Wohl besorgten Chors der gegenwärtigen hiesigen Funktionselite aus Politik und ihren nachgeschalteten Erziehungs- und Gesinnungsmedien.

Wie sagte Herr Steinmeier doch gleich: Ein derartiger Angriff ist nicht mehr vorstellbar in unserer Republik. Er hätte viel an Kreditabilität gewonnen, wenn er richtigerweise gesagt hätte, dass er in den 14 Jahren der Regierung dieser Kanzlerin und besonders den Regierungsjahren der „Gar nicht mehr GroKo“ leider wieder nur allzu häufig – und zwar von hauptsächlich islamischer Seite – vorstellbar geworden ist.

Reaktiver Rechtsruck oder neue Mitte?

Statt dieses Problem wahrhaftig, beherzt und wirksam anzugehen, lenkt man uns ab mit sinnfreien Klima-Kabinetten, Klima-Humbug und Extinction-Rebellions von der wirklichen, zum nicht geringen Teil geduldeten islamogenen Auslöschung unseres säkularen demokratischen Rechtsstaates. Gleichzeitig versucht man alles, aber auch alles, was man zumeist selbst verursacht hat – so auch den reaktiv entstandenen Rechtsruck – den nach rechts verorteten Kritikern der gegenwärtigen

suizidalen Politik in die Schuhe.

Was kann man aber auch von einem etabliert-politischen Betroffenheits-Aufgebot erwarten, das das unmittelbare Freilassen des islamischen Messerattentäter ohne großen Einwand hinnimmt und über die bedrohliche Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Staat lamentiert, die es selbst, vor allem mit gelebter einseitiger Anbiederung an islamische Judenfeinde geschaffen hat.

Israel-Dämonisierung – weltweit, in der UNO, und hier, Iran-Unterstützung, Terror-Finanzierung, Kumpanei mit blutrünstigen islamischen Panislamisten à la Rouhani und Erdogan, Hisbollah-Duldung, Staatsempfänge in Berlin für Israel- und Judenhasser – die Liste ist endlos.

Der „vergessene“ moslemische Attentäter

Ebenso wie die peinlich unglaubwürdigen plötzlichen Judenfreunde wie etwa die Ikone der Israel-feindlichen Doppelzüngigkeit, Frau Sawsan Chebli, die plötzlich und medienwirksam den Weg neben Frau Merkel in die Oranienburger Straße gefunden hat, während diese dort Solidarität mit den Juden in Halle plakatiert, aber kein Wort äußert über den soeben freigelassenen islamischen Messerattentäter auf genau die Berliner Synagoge, vor der sie sich medienwirksam eingefunden hat.

Es kann auch nicht hilfreich für die wirklich notwendige und überfällige Besserung der prekären Bedrohungslage für die hiesigen Juden von rechter und von linker Seite sein, wenn sich ihre hiesigen Vertreter nebst prominenten Medienleuten gegen jedes tägliche Erleben der Juden in unserem Lande obsessiv und einseitig nur gegen rechts stellen und den Islam und den mit ihm – additiv zu dem tradierten gesellschaftlichen Antisemitismus – importierten gewalttätigen Judenhass mit keiner Silbe erwähnen.

Allen sinnentleerten und kaum noch erträglichen x-fach replizierten „Jetzt-aber-wirklich-nie-wieder!“-Floskeln zum Trotz, wird sich an der zusehends unhaltbarer werdenden Lage der Juden in Deutschland solange nichts positiv ändern, solange das Meinungs-Monopol und die Deutungshoheit der GroKo-linken Machteliten dazu genutzt wird, ne-

ben aller berechtigten Wut auf rechtsextreme Antisemiten den linken und sehr gewalttätigen islamischen Judenhass auszublenden. Wer Antisemit ist, und wer nicht, entscheidet nur noch die Opportunität und politische Raison des linken politischen Regierungsbündnisses. Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit werden von der etablierten Politik nur noch angeprangert, wenn sie gegen den politischen Gegner instrumentalisiert werden können und dem vorherrschenden Islam-Appesement-Kurs nicht im Wege stehen.

In der GroKo regt sich kaum Widerstand

Es gibt nur wenig in unserer noch in der Vor-Merkel-Zeit so freiheitlichen und auch für Juden lebens- und lebenswerten Bundesrepublik, was schlimmer sein könnte als diese borniert-arrogante, mit wachsendem Misserfolg sogar noch steigende Einsichtslosigkeit der etablierten Zerstörer unseres Staates – außer vielleicht der fassungslos machende Umstand, dass kaum jemand aus der Schar der Posten-Nutznieser und servilen politischen und medialen Ministern dieser von allen guten Geistern verlassenen Geisterfahrt, unserer vom Wähler viel zu lange an der Macht belassenen Politik den Mut hat, ihr zu widersprechen.

Dabei ist jetzt schon klar, dass die neue, von der etablierten Politik bereits propagierte politische Farbenlehre in Thüringen unter dieser GroKo keinerlei Änderung der bisherigen fatalen Entwicklung erwarten lässt. Nicht in der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht in West-Europa, das – wie die Wahlen der sich gegen das deutsche Missmanagement unter Merkel wehrenden Völker in Osteuropa und Österreich belegen – nur noch weiter auseinanderdriften wird.

Merkels Politik stärkt die extremen Ränder

Auch hier ist festzuhalten, dass Frau Merkel mit ihrer bei gesunder Vernunft nicht nachvollziehbaren, bevormundenden und einsam entschiedenen Grenzöffnungspolitik für massive und unkontrollierte, hauptsächlich islamische Einwanderung zusammen mit ihrer linken Allparteien-Entourage die Hauptverantwortung trägt für den größten po-

litischen Rechtsruck in dieser Republik, aber auch in Europa seit Ende des zweiten Weltkrieges.

Dass dieser, häufig auch mit ewig gestrigen antisemitischen Stereotypen durchsetzte, nach seiner Wiedererweckung nur schwer wieder umkehrbare Rechtsruck als Reaktion auf die Angstmachende Islam-generierte Sicherheitsbedrohung unseres öffentlichen Lebens unvermeidbar folgen würde, war leicht abzusehen. Dies war schon seit Jahren Gegenstand von durch den Verfasser auch an dieser Stelle häufig und frühzeitig geäußerten Befürchtungen.

Vor diesem Hintergrund ist die linke Verteufelung der neuen hiesigen Opposition, die konzertierte Verweigerung der ihr zustehenden parlamentarischen Ämter und die Negativierung ausländischer Politiker, wie etwa des österreichischen Wahlsiegers Sebastian Kurz angesichts mangelnder und sogar verweigerter effektiver eigener Lösungsansätze zumindest extrem heuchlerisch.

Gerade die europäischen Juden, leid-geprüft wie ihre Familien sind – meine Eltern beispielsweise waren die einzigen Überlebenden ihrer von Hitlers Schergen in Majdanek gemuehtelten Familien – sollten unter keinen Umständen dem allzu durchsichtigen und keinesfalls der Sorge um die Juden geltenden Narrativ der erkennbar ausschließlich um ihre politischen Pfründe besorgten, bisher gut etablierten und vom Staat hochbesoldeten linken Islam-Appeaser aufsitzen.

Kein Zweifel, die mit jedem weiteren Versagen unserer etablierten Politik erstarkende neue Opposition ist mit ihren keinesfalls zu übersehenden, deutlich rechtslastigen und gestrig-völkischen Problemen ganz sicher weder auf Juden maßgeschneidert noch deren Wunschkind. Aber das ist leider alles, was diese Republik heute zu bieten hat – mehr nicht. Und das ist beschämenderweise immer noch viel, viel mehr als die etablierten linkslastigen und Islam-affinen Judenhass-Dulder uns Juden zubilligen.

Berlin ist nicht Weimar und die neue Opposition ist nicht die NSDAP – sie ist weder eine sozialistische noch eine Mordpartei. Trotz aller dortigen unfraglich vorhandenen Antisemiten. Diese gibt es leider auch in den anderen, den etablierten Parteien mehr als genug – nur besser getarnt unter dem allzu transparenten Deckmantel der alle positiven Fakten über Israel negierenden, vermeintlich wohlgemeinten Kritik unter Freunden, auf die man getrost und gern verzichten kann.

Wenig nachvollziehbar ist daher auch die übertriebenen hysterische Reaktion eines Teils der von unserem politischen Establishment zur untauglichen Legitimation seines Versagens gern missbrauchter, sich allzu leichtfertig als jüdisches Alibi für den, den Juden in unserem Lande massiv abträglichen politischen Fehlkurs verdingender jüdischer Funktionäre.

Die islamischen „Juden-ins-Gas“-Rufe von 2014 bleiben unvergessen.

Da scheint offensichtlich entgangen zu sein, dass die unentwegt das hiesige politische Handeln beherrschende, verlogene Anfeindung und Delegitimierung Israels ebenso wie die ungeniert, Polizei-eskortiert und ungeahndet auf unseren Straßen von Muslimen gegröhlten „Juden-ins-Gas“-Rufe keinesfalls von der neuen Opposition verschuldet sind, sondern das Ergebnis unserer linken Pseudo-Gutmenschen-Führung sind und ihrer von kaum verhohlenen antijüdischem Vorbehalt durchsetzten, bedenkenlosen Einlass-Politik für blanken und mörderischen islamischen Judenhass.

Trotz entsprechender Stimmungsma-

che durch Politik und linke Regierungs-Medien – geht es den allermeisten aus der ehemaligen Mitte abgewanderten Wählern in Wirklichkeit nicht um Fremdenfeindlichkeit und schon gar nicht um Rassismus, wie es uns die linken Pseudo-Gutmenschmedien und unsere linken Islam-Anbiederungspolitiker anlasten wollen. Nicht Feindlichkeit gegen Fremde, sondern die Abwehr feindlicher und rassistischer Fremder, wie sie die hinter einem schlechten Religionsplagiat getarnte Weltbeherrschungs-Ideologie des Islam repräsentiert, ist ein berechtigtes Anliegen des Selbsterhalts und der Selbstachtung.

Nahezu überall, wo dem Islam unbeschränkt Einlass und Entfaltung gewährt wurde, wurden wie mannigfaltige Beispiele in Afrika, Asien, Kleinasien und Europa belegen, die ursprünglichen Ethnien und Religionen unterdrückt, entrechtet, vertrieben oder sogar ermordet. Da, wo der Islam in der Minderheit ist, nutzt er die Schwäche der demokratischen Systeme für selbstbezogene Toleranz und erhebliche Minderheitsrechte, da wo er herrscht, entstehen faschistische und rassistische Systeme, in denen Minderheitsrechte nicht gewährt werden und nicht-islamische Minderheiten gänzlich verschwinden.

Nur 81 Jahre nach dem 9. November 1938, nach den brennenden Synagogen und dem Mord-Pogrom gegen jüdische Menschen in unserem Lande, verlassen Juden Deutschland und Europa nicht wegen Herrn Gauland und schon gar nicht wegen Herrn Meuthen, Frau Weidel oder Frau von Storch.

Jüdischen Schülern wird der Besuch öffentlicher Schulen verunmöglicht.

Sie tun es allem voran wegen des wachsend unerträglicher werdenden Judenfeindlichen Klimas unserer sich dank der Kanzlerin und ihrer politischen Entourage immer mehr islamischer Rechtsverachtung ergebenden Republik. Juden betreten Islam-dominierte No-Go-Areas in unseren Städten nur unter einem Verleugnungs-Mimikry ihrer jüdischen Identität oder unter dem wachsenden, von unserer Politik weitgehend tatenlos hingenommenen Risiko von Beleidigungen

„ Antisemitismus wird von der etablierten Politik nur noch angeprangert, wenn er gegen den politischen Gegner instrumentalisiert werden kann. “

und/oder körperlichen Angriffen.

Jüdische Schüler werden aus deutschen Schulen mit relevantem Anteil muslimischer Schüler ohne wirklichen Schutz oder Abhilfe durch Schulleitung, Elternbeirat oder Schulbehörde hinausgeprügelt. Abhilfe ist da von der – wie von eigenen Vertretern öffentlich eingeräumt – gelegentlich auch schon mal von islamischen Gang-Mitgliedern Teil-unterwanderten Polizei kaum noch zu erwarten.

Das alles ist Deutschland nach 14 Jahren Merkel-Regierung und langjähriger Beteiligung der sozialistischen Partei SPD.

Dazu haben unsere etablierten Islam-Einlassparteien keine Nazis und auch keine AfD gebraucht. Das haben sie gemeinsam mit der öffentlich-rechtlichen linken Israel-Dämonisierungs-Journaille ganz allein geschafft.

Maas, Gabriel, Schulz und Steinmeier gegen Israel

Der gegenwärtige deutsche Außenminister hofiert das Mord-Regime im Iran



An den arabisch-antisemitischen Demonstrationen in Deutschland nimmt unsere Politik kaum Anstoß.

und unterstützt in den meisten Fällen Israel-feindliche Resolutionen des UNO-Diktatorenclubs, und wird dafür auch noch in diesem Monat mit dem Toleranzpreis ausgezeichnet von dem längst zur Leugnung der historischen jüdischen Identität der uralten, ewigen und ungeteilten Hauptstadt des jüdischen Volkes Jerusalem degenerierten Jüdischen Museums, einer diesen Namen kaum noch verdienenden Stiftung öffentlichen Rechts.

Der ehemalige Außenminister und SPD-Chef Gabriel nennt Olympia-Terror-Abbas gar seinen persönlichen Freund, F.-W. Steinmeier, immerhin noch rechtzeitig vor dem verdient anhaltenden Niedergang seiner ehemaligen durch und durch Israel-feindlichen sozialistischen Partei in sein Amt hineinproporzter Präsident dieses Staates, verneigt sich vor dem toten Judenmörder und Terroristen

Ist es doch unsere Kanzlerin und ist es ihr Verdienst und das ihrer politischen Entourage, dass die gegenwärtig schnell zunehmende Abwanderung von Juden aus Deutschland endlich wieder zu einer zahlenmäßig nennenswerten Aliyah (Einwanderung) nach Israel geführt hat. Von derartigen Erfolgswahlen konnte die ZOD (Zionistische Organisation Deutschland) in all den Jahrzehnten ihrer Nachkriegs-Bemühungen in diesem Lande nur träumen.

Eine Fortsetzung dieser von unserer bisherigen, sich wohl auch in Thüringen wieder verantwortungslos mit Hilfe einer mit dem sowjetischen Totalitarismus eigentlich abgeschafften, dort wiedererstarkten Linken von Legislaturperiode zu Legislaturperiode handelnden etablierten Politik verschuldeten Zerstörung unserer Lebenswelt, ist im Gegensatz zu den hier mit Hingabe gepöppelten hysterischen Aussagen der „Zeugen Gretas“ das wirkliche Unrecht gegenüber unseren Kindern und unserer Zukunft in Freiheit und Demokratie.

Und das ist erst der Anfang. Es besteht große Aussicht, dass Deutschland dank der heutigen Politik doch noch judenrein wird. Wir schaffen das.

Nur gut, dass trotz der hier bezeichnenderweise mit großer Häme kommentierten Regierungsbildungsschwierigkeiten und trotz der hier kaum berichteten regelmäßigen unprovokierten Mord-Raketen-Beschüssen aus Gaza der freiheitliche jüdische Staat – nicht zuletzt auch dank der bisherigen Regierung Netanjahu eine weltweite prosperierende Erfolgsgeschichte ist für alle seine Bürger, jüdisch und nichtjüdisch. Er ist die einzige wirkliche westliche Demokratie im gesamten Nahen Osten mit allen erdenklichen Rechten für alle Mitglieder seine polyethnischen und polyreligiösen Gesellschaft, und wird es mit wachsender weltweiter Anerkennung für immer bleiben.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern, unseren Freunden und uns allen wünschen wir für das angebrochene jüdische Jahr 5780 alles erdenklich Gute.

Dr. Rafael Korenzecher
i.A. Simon Akstinat

Die Bundeskanzlerin als Helferin der Aliyah

Henryk Broder fragt zu Recht – wofür? Und ich glaube, ich habe die Antwort:

Niederbayern: Jüdin wird vor ihren Kindern mit Stein beworfen

Selbst in der tiefsten deutschen Provinz zieht der neue deutsche Alltag des arabischen Antisemitismus ein.

Von Michal Kornblum

Kennen Sie Massing? Ich für meinen Teil kannte Massing bisher nicht – eine beschauliche Marktgemeinde im niederbayrischen Landkreis Rottal-Inn.

Sie fragen sich bestimmt, warum ich von einem „4000-Leute-Kaff“ irgendwo in Bayern erzähle. In dieser sicherlich idyllischen Gemeinde wurde am 2. Oktober eine junge Mutter, die mit ihren beiden Söhnen spazieren ging, von einem Mann mit einem Stein beworfen. Grund für diesen Vorfall war, dass die junge Frau Jüdin ist und ihre Söhne auf Hebräisch angesprochen hat, was dem als arabischstämmig beschriebenen Mann nicht passte und er sich aufgrund dessen offenbar gezwungen sah, die Frau zuerst als „Yahud“ (arabisch für „Jude“, häufig als Schimpfwort) zu beleidigen und ihr dann vor ihren Kindern einen Stein an den Kopf zu werfen. Die Frau wurde leicht verletzt, die Kinder wurden „nur“ mit eindrucksvollen Erinnerungen geprägt. Der Mann ist bisher noch nicht von der Polizei gefunden worden.

Wie kommt es, dass solch ein (jedenfalls in meinen Augen) gravierender Vorfall nicht bundesweit größere mediale Kreise zieht? Eine schreckliche, gewalttätige antisemitische Tat, bei der Kinder in Gefahr gebracht wurden und die ewigmahnenden „Wehret den Anfängen“-Politiker schweigen? Nur einige Medien berichten – meist im Lokalteil – von diesem Vorfall? Wie kann das sein?

Die Antwort darauf ist leider ebenso simpel wie erschreckend: Es ist inzwi-

schen Normalität geworden. Es ist normal, dass ein Mensch auf Grund seines jüdischen Glaubens oder seines möglicherweise israelischen Hintergrunds 2019 in Deutschland auf offener Straße angefeindet, beleidigt und sogar körperlich angegriffen wird. Es ist keine Meldung wert und höchstens von lokalem Interesse.

Kein „rechter“ Täter

Dazu kommt natürlich, dass die Realität und die Fakten unseren Politikern ein Dorn im Auge sind. Der muslimische Antisemitismus ist ein Tabuthema. Mediale aufgegriffen wird er offenbar nur, wenn es richtig blutig zur Sache geht, etwas im toleranten und weltoffenen Berlin geschieht, oder der Geschädigte eine Person von besonderem öffentlichem Interesse, wie z.B. ein Rabbiner, ist. Solche Lappalien irgendwo in Bayern sind da nicht weiter erwähnenswert.

Würde der Angreifer aus einem rechten Milieu stammen, so hätten sich schon unzählige Politiker öffentlich geäußert, es gäbe eine „Nie wieder!“-Demonstration und unsere politische Crème de la Crème sowie alle Besucher wären mit Kippa zum Festakt zum Tag der deutschen Einheit in Kiel erschienen, und hätten herzerreißende Reden geschwungen, dass jüdisches Leben in Deutschland geschützt werden müsse.

Haben sie aber nicht. Und es war kein „rechter“ Täter. Und nein, es war auch kein Einzelfall. Es war ein arabischer Mann – wie es immer wieder vorkommt. Diese Realität müssen auch unsere Politiker akzeptieren, wenn sie ernsthaftes



Der Marktplatz des bayerischen Örtchens in Messing wurde zum Tatort.

Interesse daran hegen, die Antisemitismusproblematik in Deutschland anzugehen.

Wie fortgeschritten dieses Thema 2019 ist, sehen wir an der Gleichgültigkeit gegenüber solchen Vorfällen. Es ist normal, alltäglich und nicht berichtenswert, so dass es nur noch besondere und spektakuläre Straftaten in die Schlagzeilen schaffen, quasi „Antisemitismus Premium“.

Liebe Politiker, liebe Redakteure, ich

lehne euer Verständnis von Normalität ab. Jeder Vorfall dieser Art, auch im allerkleinsten Dorf, auch gegenüber einer Frau und auch bei „falschem“ Täter, darf nicht normal sein, ist zu verurteilen und gehört in unser gesellschaftliches Bewusstsein.

Michal Kornblum, 22, ist Studentin aus Lübeck. Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Jugend- und Schülerblog Apollo-News.

Uwe Becker ist neuer DIG-Präsident

Die DIG fordert ein Einfrieren der Finanzhilfen an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ und Schüleraustausche mit Israel.

Von Dr. Nikoline Hansen

Auf der Mitgliederversammlung der insgesamt 53 Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurde am 27. Oktober in Magdeburg Uwe Becker als Nachfolger von Hellmut Königshaus gewählt, der aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidierte. Uwe Becker ist Bürgermeister von Frankfurt am Main und Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus. Als Präsident der Freunde der Tel Aviv University hat er bereits eine intensive Verbindung zum Staat Israel und konnte sich mit einer eindrucksvollen Rede gegen seine Mitbewerberin Michaela Engelmeier durchsetzen, die dem neu gewählten Präsidium nun als Vizepräsidentin angehört. Dem Präsidium als Vizepräsidenten gehören unter anderen auch die MdB Dr. Marcus Faber (FDP) aus Sachsen-Anhalt sowie Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) aus Bremen an.

Bereits am Vortag hatte die Helmholtz-Gemeinschaft, vertreten durch den Präsidenten Prof. Dr. Otmar Wiestler, die Ernst-Cramer-Medaille erhalten, mit der die Deutsch-Israelische Gesellschaft den besonderen Einsatz für deutsch-israelische Beziehungen ehrt. Erster Preissträ-

ger war 2013 der inzwischen verstorbene israelische Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Schimon Peres. Mit der Helmholtz-Gemeinschaft wurde eine große deutsche Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet, die die wissenschaftlichen Beziehungen zu Israel in besonderem Maße intensiviert und zu diesem Zweck auch ein eigenes Büro in Tel Aviv betreibt.

Das deutsche Abstimmungsverhalten bei der UNO

Neben der personellen Neuaufstellung verabschiedete die Mitgliederversammlung eindeutige Stellungnahmen in einer zentralen Magdeburger Erklärung mit klaren Forderungen an die Bundesregierung, darunter Einfrieren der Finanzhilfen an die „Palästinensische Autonomiebehörde“, Verbot der terroristischen Hisbollah in Deutschland und Sanktionen gegenüber dem iranischen Mullah-Regime. Eine weitere Forderung war, das Abstimmverhalten Deutschlands bei Beschlüssen der Vereinten Nationen zu ändern. Dazu sagte Becker: „Statt sich bei israelkritischen Resolutionen zu enthalten, muss sich Deutschland klar und solidarisch verhalten und alle Bestrebungen ablehnen, Israel fortlaufend einseitig an den Pranger zu stellen.“ Ebenso forderte die Hauptversammlung eine klare Abwehr der Kritik

des UN-Hochkommissars am BDS-Beschluss des Bundestages.

Weiter betonte Becker: „Wir leben in einer Zeit der wohl größten gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland und Europa. Wir sehen ein Auseinandergehen unserer Gesellschaft und ein Anwachsen des Antisemitismus von der extremen Rechten über den eher linksintellektuell geprägten Antizionismus bis hin zu einer Judenfeindlichkeit aus Kulturkreisen, in denen schon Kinder darin erzogen werden, Juden zu hassen. In all diesen Schattierungen spielt der israelbezogene Judenhass eine besondere Rolle. Israel ist der einzige demokratische Rechtsstaat im Nahen Osten, ein Land der Vielfalt und Buntheit und der einzige Ort in dieser Region, wo Christen, Juden, Muslime und nicht-religiöse Menschen ihr Leben bei allen gesellschaftlichen Konflikten, die es auch in Israel gibt, frei gestalten können. Dieses Bild gilt es, den Menschen in unserem Land zu vermitteln und etwa über einen verstärkten Jugendaustausch gerade auch die junge Generation das echte Israel erfahren zu lassen.“



Uwe Becker, Bürgermeister von Frankfurt

Jom Kippur in Halle: Nur eine Holztür rettete die Gemeinde vor einem Massaker.

Der rechtsradikale Schütze Stephan B. scheiterte mit seinen Attentatsplänen und ermordete zwei nicht-jüdische Zufallsoffer.

Von Yannik Edelmann

Im Moment scheinen Anschläge auf Gottehäuser wieder schwer in Mode zu kommen. Während es in Christchurch zwei Moscheen traf und in Sri Lanka betende Christen, versuchte ein Deutscher in Halle sich Zugang zu einer Synagoge zu verschaffen und ein Blutbad anzurichten. Juden an Jom Kippur anzugreifen, scheint auf Antisemiten eine magische Anziehungskraft auszuüben.

Doch manchmal geschehen auch in heiligen Hallen Wunder, denn der Täter schaffte es nicht, die Tür aufzuschließen. Das aufwendig geplante Massaker mit Extra-Live-Stream ins Internet scheiterte nicht an einem wachsamen Polizisten, sondern an einer soliden Tür.

Wir werden zum Glück nie erfahren, welche mörderischen und grausamen Szenen sich in der Synagoge sonst abgespielt hätten. Dass der Täter – Stephan Balliet – keine Skrupel kannte, bewies er kurze Zeit später, als er eine Frau auf der Straße von hinten erschoss und in einem Dönerladen einen jungen Mann tötete.

Seine Motivation dazu schrieb er in ein Pamphlet, das er auf einen File-Hoster hochlud.

Diese Angewohnheit scheint rechtsextremen Attentätern fast zwanghaft eigen zu sein. Manche dieser Abhandlungen kommen auf tausend Seiten und natürlich darf in diesen die jüdische Weltverschwörung nicht fehlen.

In Stephan Balliets Weltsicht zum Beispiel sind die Juden schuld an der Masseneinwanderung nach Deutschland. Muslimische Massenmörder haben es da einfacher. Da reicht es aus, einen Blick auf den Koran im Beisein eines Imams geworfen zu haben und „Allahu Akbar“ rufen zu können. Die antisemitische Einstellung ist meist schon vorhanden und muss nicht erst durch eine Radikalisierung im Internet erworben werden.

Dieser Anschlag löste in mir aber nicht nur Entsetzen, sondern auch eine Kette von Fragen aus. Warum war die Synagoge von Halle nicht bewacht? In Berlin steht vor jeder jüdischen Einrichtung ein Polizist. Sind Politiker also der Meinung, dass nur in



Trauernde vor der Synagoge Halle.

Berlin Juden gefährdet sind? Und wer sind die Gefährder in Berlin, wenn die Rechtsradikalen doch in der ostdeutschen Provinz hocken? Oder gibt es außerhalb der Hauptstadt nicht genug Polizisten?

Warum pilgerte Angela Merkel nach dem Halle-Attentat sofort in die Neue Synagoge in Berlin, während das Messer-Attentat eines vermutlichen Syrers kurz vorher von ihr unbeachtet blieb? Für die Opfer des Breitscheidplatzes brauchte die Kanzlerin hingegen ein ganzes Jahr, bis sie diesen ihre Anteilnahme aussprach.

Warum wurde der muslimische Messer-Attentäter auf ebenjene Synagoge, die Angela Merkel in Berlin nach dem Attentat in Halle besuchte, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt? Warum haben die Behörden mittlerweile seine Spur verloren?

Warum haben die Medien nach dem Halle-Attentat ihr Interesse an dem LKW-Attentat in Limburg verloren? War Halle in den Augen der Medien gewissermaßen ein „hilfreiches“ Verbrechen, damit man von

muslimischen oder linken Terror-Anschlägen erfolgreich ablenken kann? In Leipzig verübten Linksradikale fast zur selben Zeit mehrere Brand-Anschläge.

Erregt es in einer deutschen Stadt mittlerweile kein Aufsehen, wenn eine Person mit Stahlhelm und Gewehr durch die Straßen läuft?

Kommt es zu einem neuen Typus von rechtsradikalen Tätern, die sich in der Abgeschiedenheit der Gamer-Szene entwickeln, und sich als völkische Einzelkämpfer verstehen – die auch kein Problem damit haben, im Wege stehende Deutsche zu töten? So wie man sich in einem Ego-Shooter-Spiel mal kurz unideologisch und ganz pragmatisch den Weg freischießt?

Ist es nicht auch beängstigend, dass Stephan Balliet sich seine Waffen über 3D-Drucker selbst herstellte? Auch wenn sich diese teilweise als nicht sehr zuverlässig erwiesen, so konnte er doch damit zwei Menschen erschießen.

Steht uns also eine Selbstbewaffnung ins Haus, die wir nicht mehr kontrollieren können?

Oder werden die Politiker als Reaktion auf diesen Anschlag aus Hilflosigkeit und als Beweis, dass sie nicht untätig sind, eine Verschärfung des Waffenrechtes für Sportschützen beschließen?

Ach, und die Politiker. Wie ehrlich ist das Entsetzen zum Beispiel einer Claudia Roth über diesen Anschlag, wenn man fast im selben Atemzug iranischen Politikern freundschaftlich die Hand schüttelt? Also genau jenen Personen, die nur zu gerne jüdische Israelis wieder ins Meer zurücktreiben wollen.

Aber vielleicht ist ein Politiker nur so lange ein Freund Israels, wie der Judenhass vom politischen Gegner stammt. Vielleicht ist diese Empörung nur politisches Theater und ein wirkliches Interesse an einem blühenden Leben einer jüdischen Kultur in Deutschland gar nicht existent.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Herzlichen Glückwunsch, Herr Premierminister!

Benjamin Netanjahu ist 70 geworden.

Von Alexandra Margalith

Dieser Tage feierte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seinen 70. Geburtstag - und ist damit beinahe so alt wie das Land, das er regiert.

An wenigen Politikern dieser Erde scheinen sich die Geister unserer Zeit mehr zu scheiden als an „Bibi“, wie man ihn in Israel nennt. Grund genug einem Mann zu gratulieren, dessen Lebenslauf sowie Schalten und Walten gefühlt mindestens viermal in der Woche durch die Presse gehen.

Daher hier nur eine kurze Zusammenfassung dessen, was zur Person Netanjahu ohnehin allgemein bekannt sein dürfte:

Netanjahus Vater war Professor für jüdische Geschichte und Herausgeber der „Encyclopaedia Hebraica“. Seine Mutter war Hausfrau.

Da bereits der Vater als Hardliner galt, und Probleme mit der israelischen Linken und deren Politik hatte, brach die Familie Netanjahu die Zelte in Tel Aviv, wo Bibi 1949 geboren wurde, bereits in dessen Kindheit ab, und wanderte nach Cheltenham (Pennsylvania) in den USA aus.

Nach seinem Abschluss an der dortigen High School kehrte Bibi Netanjahu nach Israel zurück, um seinen Militärdienst abzuleisten. Er diente - streckenweise zusammen mit seinem älteren Bruder Jonathan - in der Eliteeinheit der „Sayeret Matkal“, wo er an einer Reihe von streng geheimen Einsätzen teilnahm, deren Einzelheiten bis heute nicht veröffentlicht werden durften.

Im Anschluss an seinen Militärdienst zog es Netanjahu wieder in die USA. Er studierte Architektur am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und machte seinen Master in Management.

Tod des Bruders

Anschließend war er als Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group tätig und begann dort, was eine steile Karriere hätte werden können.

Jedoch wurden im Jahre 1976 all seine Pläne über den Haufen geworfen.

Sein Bruder Jonathan war Einsatzleiter bei der Befreiung der Geiseln in Entebbe (Uganda) und kam bei diesem Einsatz ums Leben. Im Gedenken an ihn gründet die Familie Netanjahu in der Folge einen Verein gegen Terrorismus, bei dessen Veranstaltungen der sprachgewandte Bibi immer wieder als Redner auf sich aufmerksam machte.

Während einer dieser Veranstaltungen traf er auf Mosche Ahrends, den damaligen israelischen Botschafter in den USA, und dieser bot ihm an den Posten seines Stellvertreters zu übernehmen.

Die politische Karriere Benjamin Netanjahus begann somit zunächst in der Diplomatie. Als er dann auch mit gerade mal 35 Jahren zum israelischen UN-Botschafter ernannt wurde, wurde er auch zum internationalen medialen Shootingstar. In akzentfreiem Englisch erklärte er vor den Kameras der Welt, wie man von Israel lernen könne den Terrorismus zu bekämpfen.

1988 kehrte Netanjahu nach Israel zurück. Mosche Ahrends, zu diesem Zeitpunkt Außenminister, ernannte den frisch für den Likud in die Knesset eingezogenen Politiker erneut zu seinem Stellvertreter.



Israels Regierungschef mit seiner Familie.

Ab diesem Zeitpunkt wurde Benjamin Netanjahu zum integralen Bestandteil der israelischen Politik, mal in der Regierung, dann in der Opposition und dann wieder in der Regierung, aber immer im Rampenlicht.

Insbesondere während des ersten Kriegs der USA gegen Saddam Hussein und den Irak, als die Scud-Raketen in Israel einschlugen, war Bibi ein Dauergast bei

Ehe verheiratet ist und die ihm selbst bei Auslandsbesuchen kaum von der Seite weicht, war selbst bereits Gegenstand der verschiedensten kleineren und größeren Skandale.

Geheime Heirat

Umso kurioser, dass gerade die Hochzeit dieser beiden beinahe im Geheimen stattfand.



Die Gebrüder Netanjahu: Jonathan und Benjamin

CNN und sein Gesicht flimmerte nicht nur in den USA in die Wohnzimmer.

Eben dieses Rampenlicht strahlt auch auf Netanjahus Familie ab.

Sein Sohn Yair macht im In- und Ausland immer häufiger mit diversen Beiträgen auf Facebook und Twitter von sich reden, und das nicht immer positiv. Und seine Frau Sara, mit welcher er in zweiter

25 (ja, es waren tatsächlich für israelische Verhältnisse eigentlich undenkbar fünf- und zwanzig!) Gästen gehörte auch der damalige Premierminister Jitzhak Schamir.

Ein paar Jahre zuvor war Benjamin Netanjahu, damals noch stellvertretender Außenminister, in der Dezemberausgabe 1989 der israelischen Frauenzeitschrift „At“ zum „Mann mit dem größten Sex-appeal“ gewählt worden. Vielleicht hatte man damals auch deshalb keinen großen Wirbel um die Hochzeit machen wollen? Kurioserweise war es übrigens Schimon Peres, der in der gleichen Ausgabe zum idealen Partner erkoren worden war.

Viel ist in den letzten Jahrzehnten über Bibi Netanjahu gesagt worden. Er ist eine Figur, die polarisiert wie nur wenige andere. Man ist sich insgesamt aber relativ einig darüber, dass er in Krisensituationen regelmäßig über sich hinauswächst. Nur behaupten nicht wenige, dass er auch Meister darin sei, eben diese Krisensituationen regelmäßig selbst herbeizuführen.

Man kann über ihn und seine Politik, seine Integrität und seine Rechtschaffenheit streiten. Man tut dies auch ausgiebig. Aber um mit den Worten des damaligen Oberbefehlshabers, Motta Gur, als Reaktion auf störende Zwischenrufe während einer Rede von Bibi Netanjahu in seiner Zeit als stellvertretender Außenminister zu schließen:

„Ich erinnere mich an Bibi, auf dem Hermon(Berg), in kurzem Hemd mit kurzen Ärmeln, der einen extrem wichtigen Einsatz ausführt, über den ich bis heute keine Details veröffentlichen darf. Und allein aufgrund dieses Einsatzes, den er erfolgreich durchführen konnte, bitte ich darum, ihm mit dem angemessenen Respekt zu begegnen und ihm zu gestatten, seine Rede zu beenden.“

Susanne, die Lügnerin

Die „taz“-Korrespondentin Susanne Knaul verlässt nach 30 Jahren endlich Israel.

Von Chaim Noll

Nach 30 Jahren Hiersein verlässt die Korrespondentin der Berliner Tageszeitung „taz“, Susanne Knaul, ihre einstige Wahlheimat Israel. Natürlich nicht ohne einen „Blick zurück“. Der Text ist persönlich gehalten, sie beschreibt ihre wechselhafte Beziehung zu diesem Land und bringt sie auf die Formel: „Es war Liebe“.

Bei einer so hoffnungsvollen Überschrift überliest man erste Falschheiten noch mit Schulterzucken. Etwa: „Israels Rechte startete eine Hetzkampagne gegen Rabin (...) Mit federführend war Benjamin Netanjahu, der sich inzwischen in der Hierarchie der Likud-Partei hocharbeitete, und über den ich nach meinem anfänglichen Eindruck zunehmend schlechter dachte. Radikale Rabbiner verhängten das Din Rodef, ein altes jüdisches Gesetz, mit dem sie Rabin zum Abschuss freigaben.“

Die üblichen Verzerrungen. Das Din Rodef wurde nicht „verhängt“ und Rabin von keinem einzigen „radikalen Rabbiner“ in Israel „zum Abschuss“ freigegeben. Beim Din Rodef handelt es sich um eine alte, gänzlich außer Gebrauch geratene halachische Regelung, die an einigen Jeshivot diskutiert wurde. Wie dort so ziemlich alles diskutiert wird. Zwischen solchen exegetischen Debatten und dem Mord an Rabin bestand kein nachweisbarer Zusammenhang. Die von deutschen Medien behauptete „Beeinflussung“ des Mörders, eines Jura-Studenten an der Bar-Ilan-Universität, durch fundamentalistische Rabbiner blieb Spekulation. Auch



Die deutsche Journalistin Susanne Knaul

Netanjahu, damals Vorsitzender der führenden Oppositionspartei, kann schwerlich mit dem Attentat in Verbindung gebracht werden: Seine Angriffe gegen den Regierungschef, meist im Parlament vorgetragen, bewegten sich im Rahmen der verbalen Auseinandersetzungen, die in Mehr-Parteien-Demokratien üblich sind.

Dieser Satz ist eine glatte Lüge

Doch Susanne Knaul benutzt ihre Aversion gegen Netanjahu, um ihre Abwendung von Israel zu rechtfertigen. „Netanjahu führt dieses wunderbare Land systematisch in den Abgrund“, schreibt sie. „Er macht mir den Abschied leichter.“ Angesichts Israels wirtschaftlicher Blüte, Bevölkerungsentwicklung, der relativen Wohlhabenheit seiner Einwohner (nach UN-Statistiken pro Kopf größer als die der Deutschen) lohnt es kaum, auf das Gerede vom „Abgrund“ einzugehen. Trauriger ist: Frau Knaul hat in Israel

einen inzwischen 19-jährigen Sohn, Tom, der hier wie alle Kinder zur Schule ging, das Abitur ablegte und viel Spaß hatte. Doch auch er muss als Legitimation für ihre Verbitterung erhalten: „Selbst, wenn er wollte, könnte Tom als Sohn einer Schickse, einer nichtjüdischen Frau, nicht im Judenstaat studieren oder arbeiten.“

Hier nun wird es zu blöd, denn dieser Satz ist eine glatte Lüge. Hunderttausende Kinder nichtjüdischer Frauen studieren und arbeiten in Israel. Darunter zehntausende Araber beiderlei Geschlechts, allesamt nichtjüdisch. Von der runden Million russischer Einwanderer sind mehrere hunderttausend im rabbinisch-halachischen Sinn nichtjüdisch, da sie keine jüdische Mutter haben – selbstverständlich dürfen sie studieren und arbeiten. Auch die Kinder christlicher Einwohner, Korrespondenten, Diplomaten, zeitweilig oder dauerhaft hier lebender Ausländer, dürfen selbstverständlich an den Universitäten und Colleges des „Judenstaates“ lernen. Dazu tausende junge Leute, die extra wegen ihres Studiums nach Israel kommen. Ich habe 20 Jahre lang ausländische, zumeist nichtjüdische Studenten an der Universität in Beer Scheva unterrichtet und betreut.

Dass dieser Satz eine Lüge ist, weiß jeder, der sich auch nur drei Monate in Isra-

el aufgehalten hat. Susanne Knaul hat es auf 30 Jahre gebracht, ohne einen nichtjüdischen Studenten zu treffen. Offenbar hat sie die höheren Bildungseinrichtungen gemieden. Vermutlich, um sich ihre Ignoranz unbeschadet zu erhalten. Zugleich stellt sich die Frage: Für wie dumm und uninformativ hält sie die LeserInnen der „taz“? Denen zur Ehre sei erwähnt, dass sie den hoffentlich letzten Nonsens von Frau Knaul nicht unwidersprochen hinnahm. Einigen war die Enttäuschung anzumerken: Immerhin hatte sich Susanne Knaul einst um Kompetenz bemüht, Hebräisch und Arabisch gelernt, an verschiedenen Orten des Landes gelebt und wirklich den hiesigen Alltag kennengelernt.

Auch mir schien sie einst weniger tendenziös, weniger borniert als Inge Günther, die sprachlos machende Berichte für „Frankfurt Rundschau“ und „Berliner Zeitung“ verzapfte, oder die Damen vom „Spiegel“, Ulrike Putz, Juliane von Mittelstaedt, Nicola Abé und wie sie hießen, deren Inkompetenz – beginnend mit ihrer Unkenntnis der Landessprachen – unter hiesigen Experten sprichwörtlich ist. „Es war Liebe“, überschrieb Susanne Knaul ihren Text. Wie kommt es, dass schließlich bei deutschen Journalisten doch die Liebe zur Unwahrheit obsiegt? Warum setzt sich im deutschen Medienbetrieb am Ende das Muster Relotius durch, das Für-dumm-Verkaufen der Leser, die Fabrikation, die finstere Lüge? Und welche Wirkung verspricht man sich davon – außer nachhaltig den eigenen Ruf zu ruinieren?

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60
• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

[@jrundschau](https://twitter.com/jrundschau)

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Als die Politik der israelischen „Linken“ noch von gesundem Menschenverstand geprägt war

Die ersten Siedlungen in Judäa und Samaria wurden von der Arbeiterpartei genehmigt.

Von Oliver Vrankovic

Im Herzen von Ofra in Samaria steht ein Baum, der bei Gründung der Siedlung vom damaligen Verteidigungsminister Schimon Peres gepflanzt wurde. Nach dem Tod von Schimon Peres am 28. September 2016 wurde ein Bild des Ereignisses zu seinem Gedenken verteilt.

Der Welt als Fürsprecher einer „Zwei-Staaten-Lösung“ in Erinnerung, war Schimon Peres eine Schlüsselfigur für die Entstehung der ersten israelischen Siedlungen in Samaria.

Die Erklärung des Rates der jüdischen Gemeinden in Judäa und Samaria nach seinem Tod fasst diese Komplexität ziemlich gut zusammen. Der Rat erinnerte an den großen Beitrag von Schimon Peres zum Aufbau der israelischen Sicherheitsinfrastruktur und an seinen „wesentlichen Beitrag zur jüdischen Besiedlung in Samaria“: „Er war einer der Gründer und Wegbereiter des Staates, und trotz verschiedener Streitigkeiten im Laufe der Jahre werden wir uns an seine konsequente Unterstützung der Besiedlung als Verteidigungsminister erinnern, dem wir den Durchbruch in Samaria verdanken und die Errichtung der Siedlungen Ofra und Kedumim, und die Grundlagen für den Aufbau und die Festigung weiterer Kommunen.“

Als Mitglieder der national-religiösen Siedlerbewegung Gush Emunim 1975 versuchten, einen Außenposten am verlassenen Bahnhof in Sebastia in Samaria zu errichten, bekamen sie im Dezember des Jahres Besuch von Schimon Peres.

Benny Katzover, einer der frühen Gush Emunim-Mitglieder erinnerte sich nach Peres Tod in der Ha'aretz an dessen Ankunft in Sebastia. Nachdem die Siedler zuvor achtmal von der Armee vom verlassenen Bahnhof entfernt wurden, hofften sie, dass die Ankunft des Verteidigungsministers eine Art Vereinbarung bedeuten würde.

Katzover berichtete, dass sie überrascht waren von Peres zu hören, dass er von der Regierung geschickt wurde, um sie zu entfernen.

In einem Interview mit „Kanal 2“ erinnerte sich Peres an die Begegnung: „Ich kam und sie begrüßten mich mit Freude und Applaus. Ich sagte ihnen: Ihr irrt euch. Ich bin nicht gekommen, um euch glücklich zu machen, ich bin gekommen, um euch zu bitten, von hier zu gehen.“

Peres verließ das Gelände, rief aber kurze Zeit später die Anführer von Gush Emunim, Moshe Levinger, Hanan Porat und Amnon Weiss in sein Büro in Tel Aviv, wo der Sebastia-Kompromiss vereinbart wurde, nach dem die Siedler sich im Militärlager von Kadum, südwestlich von Nablus, niederlassen konnten.

Als Levinger vom Treffen mit Peres zurückkehrte verkündete er, dass dieser sich mit der ersten jüdischen Siedlung in Samaria einverstanden erklärt habe.

In der „Jerusalem Post“ erinnerte sich Daniella Weiss, die Frau von Amnon Weiss, an einen regnerischen Wintertag im Jahr 1976 als Peres in das Militärlager von Kadum in Samaria gekommen war, in dem 30 Familien lebten.

Weiss erinnerte sich, wie die Siedler den Verteidigungsminister in ihre Schule brachten und sie selbst ihm einen Blumenstrauß überreichte.



Die Führung der israelischen Sozialdemokraten feiert 1977 einen Wahlerfolg

Sebastia als Wendepunkt

Zu der Zeit, so Weiss, schien jeder Schritt nach vorne wie ein Sieg. Für sie und die Siedlungsbewegung im Allgemeinen war Sebastia der Wendepunkt, an dem klar wurde, dass es sich um eine mächtige Bewegung handelte, die nicht ignoriert werden konnte. Aus Kadum wurde die Siedlung Kedumim.

Als der Likud 1977 in Israel an die Macht kam, gab es 22 Siedlungen in Judäa und Samaria, in denen 6.000 Siedler lebten.

Mit der Zeit aber wurde Peres für viele Siedler zum erbitterten politischen Rivale, insbesondere nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im Jahre 1993.

Peres wies in seinen späten Jahren die Signifikanz seiner Entscheidungen für das Siedlungswerk zurück, erkannte aber an, dass er als Verteidigungsminister an der Errichtung einiger der ersten Kommunen in Samaria beteiligt war.

In einer Reihe von Interviews, die er in späteren Jahren gab, sagte Peres, seine Unterstützung für die frühen Siedlungen habe mit den Sicherheitsbedürfnissen der damaligen Zeit zu tun gehabt und mit seinem Wunsch, ein geeintes Jerusalem zu bewahren.

„Ich habe eine Reihe von Siedlungen speziell um Jerusalem initiiert, um sie zu stärken. Eine von ihnen war Ofra“, erklärte er in besagtem Interview mit „Kanal 2“.

Peres steht in einer ganzen Reihe von Linkszionisten, die dem Siedlungswerk den Weg geebnet haben. Die Gründer der ersten Siedlung überhaupt, eines Kibbuz auf den Golanhöhen, waren Anhänger von Yitzhak Tabenkin und seiner Partei Ahdut Ha'avodah (Einheit der Arbeit), die damals eine wichtige Fraktion der zionistischen Linken war. Tabenkin betrachtete die Kibbuzim, als Mittel, um

den Sozialismus aufzubauen und sah darüber hinaus, dass die jüdische Heimat – das Land Israel – weit über die Grenzen des Mandatsgebietes Palästinas von vor 1948 hinausreichte. Die noch engeren Grenzen des unabhängigen Israel waren für ihn noch weniger zufriedenstellend. Die Kämpfe hatten im Juni 1967 kaum ein Ende gefunden, als Tabenkin eine massive Besiedlung des neueroberten Landes antrat.

Einer von Tabenkins Schülern war Yigal Allon. Während Allon für die Abgabe der am dichtesten besiedelten Gebiete an Jordanien war, bestand er als Minister in Levi Eshkols Regierung auf Siedlungen in Gebieten, die er gemäß dem nach ihm benannten Allon-Plan annektieren wollte – den größten Teil des Jordantals, Ostjerusalem und Gusch Etzion.

Allons lebenslanger Rivale, Verteidigungsminister Mosche Dayan, plädierte dafür, israelische Städte genau in den Gebieten zu errichten, die Allon aufgeben wollte. Er schlug seinerseits vor, den Arabern in den Gebieten eingeschränkte Autonomie zu gewähren. Sein Ziel bestand darin, die israelische Herrschaft in Judäa und Samaria aufrechtzuerhalten, ohne den dort lebenden Arabern die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Dayans jüngerer Verbündeter Schimon Peres teilte diese Ideen.

Die Siedlungen waren breiter Konsens

Eshkol selbst hatte nach dem Sechs-Tage-Krieg zwei unmittelbare Prioritäten: den Bau jüdischer Viertel im annektierten Ostjerusalem und die Rückführung der Juden an die wenigen Orte in Judäa und Samaria, in denen sie vor 1948 gelebt hatten. Als nach einem Zusammenschluss 1968 Eshkol, Dayan und Allon alle in der Arbeiterpartei waren, wurde nicht darüber gestritten, ob in den 1967

eroberten Gebieten Siedlungen entstehen sollten, sondern nur wo diese entstehen sollten. Eshkol tendierte dabei zu dem Ansatz von Allon, wie später auch Golda Meir und Jitzhak Rabin. Die Differenzen zwischen der Arbeiterpartei und der national-religiösen Siedlerbewegung Gush Emunim bezogen sich gleichfalls nicht auf die grundsätzliche Frage, ob gesiedelt werden sollte, sondern lediglich über die genauen Örtlichkeiten. Und hier stand Schimon Peres Gush Emunim näher als Rabin.

Dies zeigte sich bei der Gründung von Kedumim und auch zuvor bei der Gründung von Ofra im April/Mai 1975, bei der sich Gush Emunim gleichfalls durchsetzte. Die Arbeiterpartei sprach sich gegen eine Siedlung inmitten dichtbesiedelter „palästinensischer“ Gebiete aus.

Ofra wurde auf dem Gelände einer verlassenen jordanischen Militärbasis errichtet, nachdem Peres den Arbeitern der Radarstation auf dem Berg Ba'al Hatzor erlaubte, dort zu übernachten. Bald brachten die Arbeiter ihre Familien und hissten die israelische Flagge, und das obwohl Ofra vom damaligen Premierminister Jitzhak Rabin abgelehnt wurde. Weil er eine Spaltung der Arbeiterpartei befürchtete, lies Rabin Peres gewähren.

In einem Interview 2012 für „Al Jazeera“ mit David Frost erklärte er: „Wir sahen uns 40 Millionen Arabern gegenüber. Wir hatten kaum eine Armee. Die Araber hatten sieben Armeen. Wir haben alle unsere Siedlungen genutzt, um uns zu verteidigen [...] In diesem speziellen Fall von Ofra wollten wir eine Radarstation in der Nähe von Jerusalem haben, und so haben wir eine Siedlung um die Radarstation errichtet, um diese zu verteidigen.“

Bei der Gründung pflanzte Peres einen Baum im Herzen der Siedlung.

Der Schekel ist stark wie nie zuvor

Das Neueste zur Wirtschaft und Technik Israels

Von Michael Selutin

Israels wirtschaftliche Stärke nimmt immer mehr zu, was u.a. am Wechselkurs des Schekels zu anderen Währungen zu erkennen ist. Der Schekel steigt gegen den US-Dollar, das Pfund und den Euro bereits seit einigen Jahren, und gegen den Euro ist er vor einigen Wochen unter die wichtige Marke von 4:1 gefallen. Ein Euro ist heute also weniger als vier Schekel wert und der Trend zeigt weiter nach unten. Auch die Briten und Amerikaner müssen mehr bezahlen, wenn sie in Israel Urlaub machen, während sich israelische Touristen im Ausland über die günstigen Preise freuen können.

Es ist keine Überraschung, dass die europäischen Währungen Euro und Pfund seit Jahren schwächeln, da die EZB ihren Zinssatz auf null gesenkt hat und das Pfund aufgrund des sich hinziehenden Brexits geschwächt ist. Dass aber der US-Dollar ebenfalls so sehr an Wert verliert, ist merkwürdig. Die amerikanischen Zinsen sind mit 2,25 % vergleichsweise hoch und die Wirtschaft ist gesund, was eigentlich für einen starken Dollar spricht, während der Zinssatz in Israel bei nur 0,25 % liegt. Es ist also die wirtschaftliche Stärke, die den Schekel nach oben treibt.

Was Israel als „Start-Up-Nation“ so stark macht, ist vor allem die hohe Anzahl an neuen Technologieunternehmen. Diese werden oft für mehrere Milliarden Dollar an große, internationale Firmen verkauft, wie es bei Mobileye der Fall war. Dieses Unternehmen aus Jerusalem stellt Sicherheitsprodukte für Autos her, die man sich in sein Gefährt installieren kann und wodurch die Wahrscheinlichkeit von Unfällen deutlich gesenkt wird. Vor etwa zwei Jahren kaufte der amerikanische Chiphersteller Intel diese israelische Firma für 15,3 Milliarden Dollar. Intel erhofft sich, durch diese Akquise im Bereich der autonomen Autos ein wichtiger Player zu werden.

Zehnter Platz im Innovationsindex

In diesem Jahr schaffte Israel den Sprung in die Top Ten der innovativsten Länder der Welt, nachdem es im letzten Jahr noch auf den 11., und im Jahr zuvor auf den 17. Platz kam. Die Cornell-Universität in den USA, die INSEAD School of Business und die UN-Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization – WIPO) haben diesen Innovationsindex aus 80 verschiedenen Indikatoren zusammengestellt. Zu den Bereichen, in denen Israel besonders stark abschnitt, gehörten die Kooperation zwischen Industrie und höheren Bildungseinrichtungen wie Universitäten (zweiter Platz weltweit), ausländische Investitionen in Forschung und Entwicklung (dritter Platz) und Anteil der Frauen in hochqualifizierten Berufen (dritter Platz). Israel kam weiterhin auf den ersten Platz in den Bereichen Investition in Forschung und Entwicklung, Forschungstalent, Wikipedia-Einträge, Entwicklung von Apps und Exporten von High-Tech-Services. Allerdings schnitt Israel in den Bereichen Infrastruktur und Investitionen des Staats in seine Studenten relativ schlecht ab.

Tourismus auf Rekordniveau

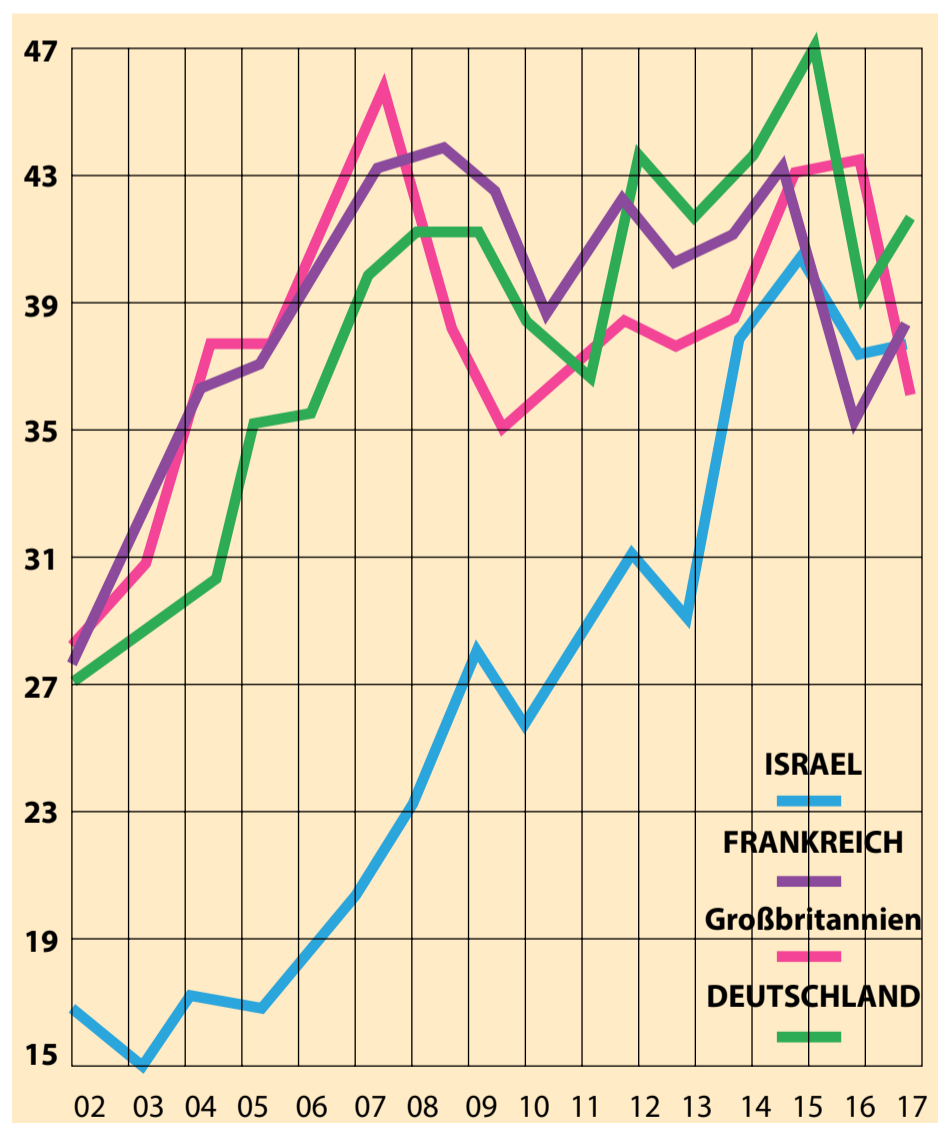
Ein weiterer wichtiger Bereich der israelischen Wirtschaft ist der Tourismussektor, der 2018 ein Rekordjahr hatte und auch in diesem Jahr auf ein neues Rekordergebnis



Israelische Banknoten

zuläuft. 2018 kamen 4.120.800 Besucher ins Heilige Land. Im ersten Quartal 2019 kamen bereits 1,14 Millionen Touristen ins Land, was 14 Prozent mehr ist als im gleichen Quartal vor einem Jahr. Die ausländischen Besucher spülten etwa sechs

Touristen im letzten Jahr waren Christen, 22 Prozent waren Juden, 12,1 Prozent gehörten nach eigenen Angaben keiner Glaubensrichtung an und 1,8 Prozent waren Moslems. Gerade im Bereich der moslemischen Touristen hat Israel großes



Vergleich des BIP pro Kopf seit 2002: Israel erreichte 38.127 US-Dollar, überholte Frankreich und Großbritannien.

Milliarden Euro in die israelische Wirtschaft, wobei interessant ist, dass etwa 40 Prozent von ihnen nicht zum ersten Mal ins Land kamen. Israel ist also kein Reiseziel, das man einmal abhakt und nicht wiederkommt, sondern ein Land, in das man sich verlieben kann und wieder besuchen möchte. Etwa 61 Prozent der

Wachstumspotential, da sich die Beziehungen zu vielen arabischen Staaten zurzeit verbessern.

Tikun Olam

Die Welt zu einem besseren Ort machen ist ein wichtiger Teil des jüdischen Glaubenssystems, der sich auch in der israeli-

schen Wirtschaft widerspiegelt. Tikun Olam könnte als „Verbesserung/Reparierung der Welt“ übersetzt werden, und es gibt kaum einen Lebensbereich, den israelische Tüftler nicht zu verbessern versuchen. Dabei geht es nicht nur um Medizintechnik, wo zum Beispiel die israelische Firma ReWalk gehbehinderten Menschen dazu verholpen hat, mit Roboterbeinen wieder aufrecht zu gehen. Es sind vor allem alltägliche Herausforderungen, die von Israelis immer wieder hinterfragt werden und für die sie neue, revolutionäre Lösungen anbieten. So haben Forscher der Universität von Tel Aviv Plastik entwickelt, das nicht wie bisher aus fossilen Elementen hergestellt wird, sondern von Mikroorganismen, die sich von Algen ernähren und deswegen biologisch abbaubar sind. Diese Entwicklung könnte die Verschmutzung der Meere und einen großen Teil der Müllberge auf dem Festland deutlich senken.

High-Tech mit Cannabis

Die Heilwirkungen der Cannabispflanze sind umstritten, aber sie versprechen hohe Gewinne für Unternehmen und relativ günstige Medizin für Patienten. Ob chronische Rückenschmerzen, oder Parkinson, Cannabis soll entzündungshemmende, antibakterielle und schmerzstillende Eigenschaften haben. Der CBD-Stoff, den die Pflanze produziert, kann sogar bei Tieren angewendet werden und die israelische Firma Weedly testet zurzeit den Effekt dieses Stoffes auf Pferde. CBD hat ähnliche Eigenschaften wie das THC, das high macht – der Unterschied ist, dass CBD eben nicht high macht und deswegen eingenommen werden kann, ohne dass der Patient (oder das Pferd) psychedelische Folgen erwarten muss. Nachdem Medizin auf Basis von Cannabis jahrzehntelang verpönt war, erlebt es heute weltweit eine Renaissance, an der Israel einen großen Anteil hat.

Spaß muss sein

Kreativität ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die Israelis besitzen und sie lässt sich vielleicht am besten im Bereich der Computerspiele ausleben, wo israelische Firmen zu den Marktführern weltweit gehören. Auch hier begannen viele Spielhersteller als kleine Start-Ups, um dann für Milliarden aufgekauft zu werden. So etwa Playtika, das vor etwa zwei Jahren von einem chinesischen Konsortium für 4,4 Milliarden US-Dollar gekauft wurde. Playtika entwickelt neben klassischen Online-Casinos vor allem Spiele für Mobilgeräte, die meistens kostenlos sind, aber durch sogenannte Mikrokäufe in den Spielen riesige Umsätze generieren. So kann man zum Beispiel im Spiel „Pirate Kings“ seine Pirateninsel verschönern, indem man nur einige Cent zahlt, aber wenn man schon eine schöne Insel hat, muss dann das Piratenschiff so schrecklich abgenutzt aussehen? Ein weiterer kreativer israelischer Spieleentwickler ist TabTale, der mit seinem Spiel „Run Sausage Run“ weltweit bekannt wurde. Hier läuft der Spieler als Wurst durch eine gefährliche Welt voller heißer Platten, Äxte und Messer, die die erschrockene Wurst angreifen. Es ist ein klassisches Jump-and-Run-Spiel wie Super Mario, aber um daraus eine schlabbrige Wurst zu machen, die im Zombie-Modus durch die Küche watschelt, braucht man schon die legendäre israelische Chuzpa.

Israels Polizisten hoch zu Ross

Die Reiterstaffel der israelischen Polizei ist nicht veraltet, sondern erfüllt Aufgaben, die niemand sonst leisten kann

Von Peter Lukimson

Zuweilen sind sie in den Fernsehnachrichten zu sehen, diese Jungs im Bravourritt auf ihren hochgewachsenen Rappen, drohend überragen sie die Menschenmasse, die Teilnehmer irgendeiner Demonstration. Heutzutage, wo der Polizei etliche Mittel zur Bekämpfung von Massenunruhen zur Verfügung stehen, könnte man sie als antiquiert betrachten, ein Tribut an die alte Vorstellung, ein berittener Polizist verbreite allein durch sein Erscheinen Respekt und Achtung.

Atavismus? Keineswegs!

Noam Baschari, Polizist der Reiterstaffel, ist überzeugt:

„Wir und die Pferde – unsere Partner – haben eine Arbeit zu erledigen, die niemand sonst machen kann, ohne uns wäre es viel, viel schwieriger. Denken Sie nur an den Sommer, als die äthiopischen Juden in Tel Aviv vor dem Einkaufszentrum „Asrieli“ demonstrierten. Jemand hat ein Auto angezündet, es galt, das Feuer schnellstmöglich zu löschen, sonst wären die Folgen unabweisbar gewesen. Die Feuerwehr kam jedoch an das brennende Auto nicht heran – zu dicht war die Menschenmenge. Nicht, dass die Leute etwas gegen die Löscharbeiten gehabt hätten: Die einen wussten nicht, was dort geschah, die anderen wussten nicht, was von ihnen erwartet wurde. Nicht einmal die Polizisten eines SEK konnten den Gang für die Feuerwehr freiräumen; dann aber kamen wir ins Spiel. Es genügte das Erscheinen der berittenen Polizei: Leute traten auseinander, der Weg für die Feuerwehr wurde frei.“

Oder neulich ein anderer Fall: Ein älterer kranker Mann wurde vermisst, er verschwand von Zuhause und an der Suche nach ihm waren auch wir beteiligt. Er wurde schließlich in einem Moorgebiet entdeckt. Für seine Rettung wären Fachleute mit speziellen Rettungsgeräten erforderlich – das hätte Stunden gedauert. Als Reiter war ich in ein paar Minuten bei ihm.“

Die Suche nach vermissten Kindern und älteren Menschen ist eine der wichtigsten Komponenten der Arbeit einer polizeilichen Ritterstaffel, insbesondere wenn es sich um die Bevölkerung auf dem Lande handelt.

Dana Chasan, die Koordinatorin der Truppe, erzählt:

„Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum gerade Reiterstaffeln für die Suche nach Vermissten eingesetzt werden. Zum einen können wir in der Tat problemlos dorthin gelangen, wo weder ein Auto noch ein Motorrad hinkommt. Zum anderen hätte man, wenn die Suche auf Motorrädern ablaufen würde, wegen des lärmenden Motors keine Hilferufe hören können! Ein berittener Polizist hingegen führt eine Suche weitgehend geräuschlos durch. Ganz zu schweigen davon, dass man als Reiter das Gelände wunderbar einsehen kann.“

Über unseren Demo-Dienst hat man nicht selten falsche Vorstellungen. Menschen zu verscheuchen, mit Knüppeln auf sie einzuschlagen – das tun wir nie! Unsere Aufgabe ist es, warnend und vorbeugend zu agieren. Dabei lautet die Anweisung: Den unmittelbaren Kontakt mit den Demonstranten zu meiden – was aber nicht immer gelingt. Außerdem patrouillieren wir auf vielen Massenveranstaltungen wie beispielsweise in Stadien während der Fußballspiele: Wenn plötzlich Pferde erscheinen, hilft es sofort, die Menschenmassen zu organisieren und ein Gedränge zu verhindern.“

Pferde helfen kranken Kindern

Dana Chasan fing schon als Teenager an zu reiten, Pferde sind ihre große Liebe, sie be-



Eine Reiterstaffel in Tel Aviv

stimmen ihr Schicksal: In der Reiterstaffel der Polizei dient sie bereits seit knapp 20 Jahren, eigentlich schon seit ihrer Einberufung. Äußerlich ist sie ein typischer Jockey aus den Romanen von Dick Francis: Kleingewachsen, schmal – kaum zu glauben, dass sie schon so viele Dienstjahre hinter sich hat und die Mutter zweier Schülerinnen ist.

„Alle hier bei uns sehen jünger aus, als sie sind – wenn man mit den Pferden arbeitet, altert man langsamer. Vielleicht verfügen diese Tiere über starke übersinnliche Kräf-

tere Arbeit, einige qualifizieren sich nicht dafür.“

Auf die Frage, ob es vorgekommen sei, dass ein Pferd dem Reiter nicht gehorcht und einfach auf die Menschen losrennt, sagt Dana, dass sie solche Fälle nicht kenne und sich sicher sei, dass so etwas auch nicht vorkommen werde.

„Weil wir unsere Polizisten sehr gut vorbereiten, es gibt ein ständiges Training. Die Pferde werden sorgfältig ausgesucht und haben entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen hinter-

tion ausgestellt; das geschieht auch mit jenen Tieren, welche bereits ausgedient haben.“

Dieses Gespräch findet in Beer Ya'akov statt, auf der Reiterstaffel-Basis der Polizei des Zentralbezirks Israels, das ist das neue Zuhause der Truppe. Die geräumigen, sehr gepflegten Pferdeställe beherbergen etwa 20 von insgesamt 70 Pferden, die die berittene Polizei in Israel besitzt.

Es fällt einem sehr schwer, dem Wunsch nicht nachzugeben, diese prächtigen schwarzen Geschöpfe zu streicheln... Sie sind wunderschön, als würden sie von berühmten Skizzen von Rubens und der alten holländischen Meister stammen.

Steinwürfe auf Pferde

Wie reagieren sie, wenn Demonstranten Steine werfen? Kam es in der Vergangenheit dazu, dass die Pferde während der Ausschreitungen verletzt wurden? Noam Baschari schüttelt den Kopf: „Wie gesagt, unsere Pferde sind darauf trainiert, in jeder Situation Ruhe zu bewahren. Hier hängt sehr viel vom Menschen ab, denn das Pferd ist extrem empfänglich für die feinsten Veränderungen in der emotionalen Lage des Reiters. Und wir sind immer ruhig: Was auch immer geschieht, wir wissen, dass es lediglich unsere Arbeit ist, welche es auf beste Art und Weise zu erledigen gilt. Was die Steine und andere Gefahren angeht, so passiert so etwas erstens extrem selten, und zweitens tragen unsere Schutzbefohlenen eine spezielle Ausrüstung, die nicht nur vor Steinen einen zuverlässigen Schutz bietet.“

Dana Chasan fügt hinzu: „Pferde sind erstaunlich kluge, empathische Wesen mit einem hervorragenden Erinnerungsvermögen, jedes ist ein Individuum. Es ist nie langweilig mit ihnen. Und treue Freunde sind sie auch. Meistens ist es so, dass jeder Polizist ein ‚eigenes‘ Pferd hat, das er auch pflegt. Es entsteht eine innige Beziehung. Aber trainiert sind die Tiere so, dass jedes von ihnen auch jedem Polizisten gehorchen würde.“

Zum Abschied komme ich zu einem der Pferde, um es zu berühren, mit der Hand über den Pferdenacken zu fahren und mein Gesicht an seine liebe Schnauze zu drücken. Ja, offenbar existiert sie, diese metaphysische Verbindung zwischen Mensch und Pferd, weil wir uns zueinander hingezogen fühlen...

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina



Der Polizist Noam Baschari

te, die dem Menschen guttun?.. Es ist kein Zufall, dass Pferde bei der Arbeit mit kranken Kindern eingesetzt werden.“

Dana erzählt: „Meine Biographie ist eher eine Ausnahme hier. Wir alle sind in erster Linie Polizisten, und in die Reiterstaffel werden normalerweise nur diejenigen aufgenommen, die bereits ein paar Jahre in anderen Polizei-Truppen gearbeitet haben. Der Grund: Das Reiten kann man fast jedem beibringen, für die Polizeiarbeit ist dennoch nicht jeder geeignet – es sind besondere menschliche Eigenschaften, Kenntnisse und Lebenserfahrung erforderlich. Mit anderen Worten, aus einem Jockey einen guten berittenen Polizisten zu machen ist um einiges schwieriger, als aus einem guten Polizisten einen berittenen. Selbstverständlich landen die Neulinge zunächst in einem Spezialkurs, wo sie sich unter anderem mit Tierpsychologie beschäftigen. Nicht jeder eignet sich für un-

sich. Alle unsere Tiere sind Friesenpferde, das ist eine alte niederländische Pferderasse. Sie wurde nicht fürs Rennen gezüchtet, sondern für verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten. Dies sind in der Regel sehr ruhige Tiere, die gehorchen und nicht ängstlich sind. Zumeist ist es nämlich Angst, die zu Ausnahmesituationen führt: Wenn das Pferd in Panik gerät, wird es unberechenbar.“

Unsere Pferde für die Reiterstaffel werden direkt in Holland eingekauft, eine spezielle Delegation wird dorthin beordert: Veterinäre, Tierpsychologen und andere Fachleute sind dabei. Sie überprüfen sorgfältig die Gesundheit jedes einzelnen Pferdes, aber auch den Charakter – ob das Tier seinem Gemüht nach für die polizeiliche Arbeit geeignet ist. Denn, wie jeder Mensch, haben auch die Tiere ihren eigenen Charakter, und es kann passieren, dass sich erst in Israel herausstellt, dass dieses oder jenes Pferd für den Dienst überhaupt nicht geeignet ist. Solche Pferde werden auf einer Auk-

Das Haus der jüdischen Musik

Ein Interview mit Eliah Sakakushev-von Bismarck, dem neuen Leiter der Villa Seligmann, dem Haus für jüdische Musik in Hannover.

Eine „Schnittstelle zwischen Geschichte und Gegenwart – zwischen Sakralem und Weltlichem“ – so bezeichnet sich die Villa Seligmann in Eigenangabe auf ihrer Webseite. Speerspitze der blühenden musikalischen Oase am Hannover Stadtwald „Eilenriede“ ist Eliah Sakakushev-von Bismarck. 2019 bietet ein reich geschmücktes Programm, aus insgesamt 19 Ländern kommen renommierte Künstler, Kantoren und Kulturschaffende, um bei 20 Veranstaltungen Kenner und Liebhaber des jüdischen Musikerbes in das imposante Gebäude zu locken. Unter Kronleuchtern und zwischen holzgetäfelten Wänden werden Konzerte, Lieder- und Sonatenabende, musikalische Lesungen, Ausstellungen und Gartenfeste dargeboten.

Der neue Leiter der „Villa Seligmann“ ist der 40-jährige gebürtige Bulgare Eliah Sakakushev-von Bismarck – der sechs Sprachen beherrscht – und die Nachfolge von Andor Izsák antritt. Seit seinem sechsten Lebensjahr spielt er Cello, das er in Wien und Mannheim studierte. Während seines Studiums lernte er seine Frau kennen, die Geigerin Caroline von Bismarck, die der Familie des berühmten Reichskanzlers entstammt.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU hatte die Gelegenheit, Herrn Sakakushev-von Bismarck zu interviewen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Sakakushev-von Bismarck, Sie sind neuer Künstlerischer Direktor der Villa Seligmann – was ist Ihre Vision für die Villa und die Stiftung?

Sakakushev-von Bismarck: Als Haus für jüdische Musik und Ort der Begegnung gibt die Villa Seligmann nunmehr ein Zeugnis der gelebten jüdischen Kultur ab. Es gilt, das Haus mit kreativen und modernen Veranstaltungsformaten zu öffnen und zu füllen. Im musikalischen Sinne befassen wir uns kritisch mit der Frage, was die jüdische Musik ausmacht und zeigen die Gesamtbreite, geografisch, kulturell und geschichtlich. Damit umfassen wir eine Zeitspanne vom sephardischen Mittelalter bis in die Moderne der „Neuen Welt“. Eine ganz wichtige Aufgabe ist die Vermittlung und die Jugendarbeit. In kreativen Partnerschaften mit Schulen schaffen wir Begegnungen zwischen den Generationen, beleuchten Hintergründe und versuchen jüdisches Leben auch jenseits der Schoah verständlicher und irgendwo auch selbstverständlicher zu machen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was hat Sie nach Hannover geführt?

Sakakushev-von Bismarck: Die Berufung an die Villa Seligmann und sicherlich auch ein wenig Neugier, den Nordwesten Deutschlands kennenzulernen. Nach nunmehr einem Jahr in Hannover würde ich mich gern als einen Hannoveraner bezeichnen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie haben Sie das Programm für das Jahr 2019/2020 zusammengestellt? Auf was können sich die Zuhörer freuen?

Sakakushev-von Bismarck: Das Programm 2020 wird in den kommenden Wochen veröffentlicht. Es wird ein offenes Format haben, damit unsere neue Ausrichtung der spontanen Begegnung und des offenen Diskurses einen passenden Rahmen bekommt. Es wird natürlich viel hochkarätige Musik geben, schillernde Interpreten, breit angelegte Thematik, spannende Entdeckungen. Wir wagen den Schritt in die zeitge-



Sakakushev-von Bismarck vor interessiertem Publikum.

nössische Musik und beschäftigen uns damit, wie die aktuellen Themen aus Gesellschaft und Politik den modernen Geist bewegen. Auch die unerschöpflichen biblischen Sujets bleiben nach wie vor eine Inspirationsquelle. Die Villa Seligmann wird der Austragungsort verschiedener Konferenzen und Tagungen werden. Die Literaturformate werden weiterentwickelt. Mit musikalischen Lesungen, literarischen Kompositionen sowie Literaturtheater, aber auch mit unseren beliebten Salongesprächen und Podiumsdiskussionen fördern wir den intellektuellen Austausch zwischen Publikum, Künstlern und Vertretern der Kulturszene. Wir wollen das Haus von verschiedenen Perspektiven zeigen und ermöglichen unseren Besuchern, die spannende Geschichte der Villa Seligmann in monatlichen Führungen für sich eigens zu entdecken.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wodurch zeichnet sich das jüdische Kulturerbe vor allem aus; und wie bringen Sie das in der Villa Seligmann zum Ausdruck?

Sakakushev-von Bismarck: Das Judentum steht ja auf drei „Säulen“ fest im Leben: die Religion mit den Schriften, der Liturgie und dem jüdischen Kalender; das Volk mit dem Lebenszyklus, der Diaspora und dem kollektiven Gedächtnis; und natürlich das Land – Eretz Israel und Jerusalem. So ist das jüdische Kulturerbe all das, was dieses Dreieck beschließt. Dimensioniert durch die Jahrtausende kontinuierliche Geschich-

te und die geografische Ausbreitung jüdischen Lebens ist dieses Erbe global, vielschichtig und sehr facettenreich. Es ist eine ungeheuer spannende und komplexe Aufgabe, diesem Kulturerbe möglichst objektiv und vermittelnd Ausdruck zu verleihen. Dafür reicht der abstrakte Ausdruck der Musik nicht aus. Sprache und Intellekt sind genauso wichtig, sowie der offene Gedankenaustausch. Für all dies bietet die Villa Seligmann den perfekten Rahmen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Jüdische Musik – ein globales Phänomen?

Sakakushev-von Bismarck: Als Träger des jüdischen Kulturerbes ist die jüdische Musik ein ebenso komplexer Begriff, der im Inneren des „Säulendreiecks“ schwebt. Bei der Musik spielt die sogenannte „interkulturelle Identität“ bzw. die länder- und kulturübergreifende Identitätsbildung eine Schlüsselrolle. Durch Vertreibungen, Immigration und die Diaspora ist das Phänomen der Akkulturation – die Übernahme und der Zusammenfluss von Elementen der lokalen Musikkultur – gelebte Praxis. Jüdische Musik kann man auch als die Verzahnung von jüdischer Kultur, Studien und Musik verstehen. Dadurch ist sie eine Kultur der (Wieder-) Entdeckungen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Welche Rückmeldungen haben Sie bisher bekommen?

Sakakushev-von Bismarck: Durchweg positive. Die Öffnung des Hauses, das

breite abwechslungsreiche Kulturangebot, die neuen Veranstaltungsformate sowie die aktive Auseinandersetzung mit den Inhalten haben großen Zuspruch bei unserem Publikum und in der öffentlichen Wahrnehmung gefunden. Es kommen immer mehr neue Gesichter in die Villa, auch jüngere Menschen. Die zahlreichen Kooperationen mit anderen Kulturakteuren und Veranstaltern bringen eine enorme Bereicherung und verstärken die Resonanz unserer Inhalte. Die Villa Seligmann rückt immer mehr in die Mitte der Gesellschaft. Unserem Ziel, eine zentrale Netzwerkstelle für jüdische Musik und Kultur zu werden, kommen wir immer näher. Dabei werden wir heute mehr denn je ideell und finanziell unterstützt. Neben unseren privaten Förderern und der Trägerschaft der Siegmund-Seligmann-Stiftung und der Siegmund-Seligmann-Gesellschaft wird unsere Arbeit durch die Niedersächsische Landesregierung sowie eine wachsende Anzahl an Projektförderern unterstützt. Die Zusammenarbeit mit der Region und der Landeshauptstadt Hannover wird immer enger.

Ich habe ein gutes Gefühl für die Zukunft der Villa Seligmann und bin der Ansicht, dass ich mich am richtigen Ort zur richtigen Zeit befinde.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Sakakushev-von Bismarck, herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Jan Bentz.

Ein „Hallelujah“ auf Leonard Cohen

Ein musikalisch-literarisches Projekt



FABRICE COFFRINI, AFP

Leonard Cohen im Jahr 2015.

Von Theodor Joseph

Der Berliner Zentralrat der Juden hat in den Jahren 2018/19 (5778/5780) eine Veranstaltung in sein Kulturprogramm aufgenommen, die sich dem Leben und Werk des kanadischen Singer-Songwriters und Schriftstellers Leonard Cohen widmet – ein musikalisch-literarisches Projekt. Die jüdischen Gemeinden können hier aus einem reichhaltigen Kulturangebot schöpfen und Veranstaltungen buchen. An dem Programm „Ein ‚Hallelujah‘ auf Leonard Cohen“ sind beteiligt die US-amerikanische Sängerin und Kantorin Susan Borofsky, der ukrainische Pianist Yaromyr Bozhenko sowie Dr. Joseph Heid, der die Konzerte moderiert, aus Werken Cohens rezipiert.

Susan Borofsky ist ausgebildete Sängerin und Schauspielerin, Master of Fine Arts der University of Michigan und der University of Southern California, Preisträgerin der Manhattan Association of Cabaret, und hatte in der Vergangenheit Engagements am Theater am Broadway und an der New York City Opera. Sie leitet den liberalen Gottesdienst in der jüdischen Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen sowie im Düsseldorfer Nelly-Sachs-Haus und lebt in Düsseldorf.

Yaromyr Bozhenko ist Absolvent der Staatlichen Musikakademie in Lwiw und der Folkwang-Hochschule Essen. Er ist Preisträger der Jungen Pianisten (Charkiw, Ukraine 1992) und des Internationalen Klavier-Preiswettbewerbs „Arthur Rubinstein in Memoriam“

(Bydgoszcz, Polen 1998).

Joseph Heid ist Historiker, Literaturwissenschaftler und Publizist, hat zahlreiche Veröffentlichungen zur deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte verfasst.

Die Idee für das Projekt „Ein ‚Hallelujah‘ auf Leonard Cohen“ entstand kurz nach dem Tod Cohens. Die drei Beteiligten wollten von der üblichen Konzertform abgehen und den vielseitig begabten Künstler – den Songwriter, Dichter, Musiker und Maler – Leonard Cohen in all seinem Schaffen und in seiner faszinierenden Persönlichkeit in einem neuen Format präsentieren.

Der am 21. September 1934 in Montreal geborene kanadische Songpoet Leonard Cohen starb am 7. November 2016 in Los Angeles. Cohen wuchs in einem ausgesprochen jüdischen Milieu auf, bewegte sich zeitlebens auf jüdischen Wegen – als Mensch und als Künstler. Seit den 60er Jahren stand er gleichberechtigt neben den beiden anderen großen jüdischen Songwritern des Jahrhunderts – Bob Dylan und Paul Simon. Musikalisch wurde er selten im gleichen Atemzug genannt, als Persönlichkeit aber überstrahlte er beide. Leonard Cohen war zweifellos einer der ganz Großen der poetischen Popmusik. Seine Songs changieren zwischen amourös und religiös.

Als Musiker schuf Leonard Cohen melancholisch gefärbte, poetische Lieder, die von zahlreichen Künstlern übernommen wurden. Zu seinen bekanntesten Liedern zählen Suzanne; So

Long, Marianne; Sisters of Mercy. In seinen Liedern thematisiert Cohen unter anderem Liebe, Religion, Tod und Vergänglichkeit. Mit seinen Stücken wie Hallelujahh – einer der meist gecoverten Songs überhaupt –, oder First We Take Manhattan, schrieb er Musikgeschichte. Inhaltlich blieb er seinen gewichtigen Themen treu, sang mit Grabstimme über Lust und Liebe.

Start in der Essener Synagoge

Die Konzertreihe begann am 25. Februar 2018 in der Alten Synagoge in Essen und war ein großer Erfolg. Die Veranstalter mussten irgendwann das imposante im Jugendstil und Art déco gestaltete Gebäude, das seit einigen Jahren als Museum dient, schließen, weil die Aufnahmefähigkeit des Hauses erschöpft war und über 400 Besucher sich bereits außerhalb der Stuhlreihen in den Seitengängen drängten.

Auch bei den nachfolgenden Konzerten – u.a. in Krefeld, Herford, Offenbach, Regensburg, Pforzheim, Magdeburg, Gelsenkirchen – war der Zuspruch ähnlich groß wie in Essen, auch wenn die jeweiligen Gemeindegottesdienste nicht die Kapazität der Alten Synagoge in Essen erreichten.

Leonard Cohen war Jude durch und durch. Wer Cohen oder Kohn, Kagan oder Kogon heißt, stammt der Überlieferung nach von den Kohanim ab, den Priestern im alten Jerusalemer Tempel. Cohens Familie war Teil einer Art jüdischen Adels im englischsprachigen Westmount in Montreal, wo er

aufgewachsen ist. Es kam ihm nie in den Sinn, sich seines Nachnamens zu schämen oder ihn zu ändern. Einmal beteuerte er: „Ich habe mich meiner jüdischen Herkunft nie geschämt, und in jeder Krise Israels werde ich da sein. Ich habe mich dem Überleben des jüdischen Volkes verschrieben“. Dafür hatte er sich einer gegen den Staat Israel gerichteten Boykott-Bewegung zu erwehren.

Frontbesuch in Israel

Sieben Jahre nachdem Cohen gegen den Vietnamkrieg auf der Bühne gestanden hatte, zog es den Dichter unversehens selbst an die Front: Als ambulanter Truppenbetreuer während des kompletten Jom-Kippur-Krieges im Jahre 1973 gab er bis zu acht Konzerte täglich vor den Zahal-Truppen, teilweise sogar während der Gefechte. Er hatte sich ohne Plan spontan ins Flugzeug gesetzt in der Absicht, die ägyptischen Kugeln aufzuhalten. Er habe „als Jude den Juden“ helfen wollen. Ein historisches Foto zeigt ihn im offenen khakifarbenen Hemd unter israelischen Soldaten, gleich neben General Ariel Scharon.

In dieser Zeit tourte Cohen wiederholt um die ganze Welt, trat immer wieder in Israel und vor der israelischen Armee auf und begriff sich selbst als Soldat. Cohen hat sich mehrfach für eine friedliche israelisch-„palästinensische“ Koexistenz ausgesprochen.

Leonard Cohen war, wie Bob Dylan – der Literatur-Nobelpreisträger des Jahres 2016 – ein Mann der vielen Gesich-

ter und er wäre ein ebenso würdiger, wenn nicht der geeignetere Literatur-Nobelpreisträger gewesen.

Der erste Song des Konzerts ist zugleich Cohens erster Welterfolg aus dem Jahre 1967/68, ein Lied, das eine ganze Generation ins Herz traf, das berührte – Suzanne. Ein Song, der nichts von seiner Einzigartigkeit verloren hat, eben weil er gut ist, ein Song, der bleibt: „Suzanne takes you down to her place near the river/You can spend the night beside her...“ Dieser Song passte einfach. Leonard Cohens Melancholie, seine sonore Stimme. Dem konnte man sich nicht so recht entziehen. Nicht Ende der 1960er – und danach auch nie wieder. Er schrieb seine Songs, wie er einmal bemerkte, weil er nicht anders konnte, „um die Frauen rumzukriegen“. Erst später schrieb er Songs, um Geld zu verdienen.

Über „Songs from Leonard Cohen“, sein Debüt-Album, urteilte Suzanne Vega 2009 so: „Ich habe mich einfach in sein erstes Album verliebt. Es war, als wäre er ein Freund von mir. Ich habe ihn mir in meinem Zimmer angehört und er war wie eine leise Stimme, die zu mir gehört. Wenn man damals jemanden kennenlernen wollte, sagte man: ‚Magst du Leonard Cohen?‘ Und wenn derjenige dann fragte: ‚Wer?‘, dann wusste man, dass das Ganze keine Zukunft hat“.

Ein Pop-Rabbiner?

Zu Israel hatte Leonard Cohen eine besondere Beziehung, es war eine tiefe emotionale, vielleicht auch religiöse Bindung, die ihn beherrschte und es ist interessant, dass er in Europa anders auftrat als in Israel. 2009 bei einem Konzert bei Tel Aviv, sprach er, der Abkömmling Aarons, am Ende über die Zuschauer den Priestersegen „Birkat Cohanim“, den hebräischen Segensspruch „Baruch ata adonaj, elojenu melech ha-olam“ und das Publikum antwortete mit „Amen“. Das alles passt zu seinem Namen „Cohen“. Vor einem jüdischen Publikum sah er sich als eine Art Pop-Priester.

Rabbi Mordecai Finley meinte über Leonard Cohen: „Er könnte ein großer Lehrer des Judentums sein. Wenn er einen anderen Weg eingeschlagen und Rabbiner geworden wäre, dann hätte es in seiner Macht gestanden, zu einem der größten unserer Generation zu werden“.

Bob Dylan sagte einmal zu Leonard Cohen, er habe das Gefühl, dass sich seine Songs allmählich „zu Gebeten entwickelten“. Auf keinen Song traf das mehr zu als auf „If It Be Your Will“. Es war „ein altes Gebet“, meinte Leonard Cohen, „das über mich kam, damit ich es umschrieb“. Ein berührender Song, intim und zerbrechlich: „Ist es Dein Wunsch, dass eine Stimme wahr spreche,/Singe ich zu Dir von diesen Hügeln./Von diesen Hügeln/Aller Lobpreis erklinge/Wenn Du wünschst, dass ich singe.“ Hat man je in der populären Musik einen solchen Text gehört?

Drei Jahre lang arbeitete er an „Hallelujah“

Schlusslied und Höhepunkt des Konzerts ist Cohens „Hallelujah“. Darauf hat das Publikum gewartet und spätestens bei diesem Song legen die Zuhörer ihre Zurückhaltung ab – der Saal singt mit. Jeder kennt das Lied, zumindest seinen Refrain, und niemand kann sich seiner einzigartigen Faszination entziehen. Cohen hat geschlagene drei Jahre an diesem Lied gearbeitet, für das er am Ende insgesamt 80 Verse schrieb. Die Zeilen füllten zwei Notizbücher. Eine Baustelle. Schließlich gab er seinem



Susan Borofsky, der ukrainische Pianist Yaromyr Bozhenko, Dr. Joseph Heid

Lied den Titel: „Hallelujah“.

Es existieren zahlreiche Cover-Versionen anderer Musiker, mehr als 300 Aufnahmen von „Hallelujah“ durch andere Musiker sind bekannt. Bob Dylan war der erste, der bei einem Auftritt 1988 in Cohens Heimatstadt Montreal das Stück seines Freundes in sein Repertoire aufnahm. Niemand sonst hatte zunächst eine Idee von diesem Lied. Für Bob Dylan jedenfalls war es sofort ein interessanter Song, 15 Jahre, bevor alle Anderen nachzogen. Eine faszinierende Fußnote zu dieser Geschichte.

„Hallelujah“ ist voller religiöser Bezüge – alttestamentarischer, biblischer. Das Lied beginnt so: „Ich habe gehört, es gibt einen geheimen Akkord, den David gespielt hat. Und er hat dem Herrgott gefallen. Aber Du interessierst dich nicht wirklich für Musik, oder?“

Und die erste Antwort kommt von Leonard Cohens damaliger Plattenfirma „Columbia Records“. Columbia lehnt „Hallelujah“ ab! Das Album erscheint erst ein Jahr später auf einem anderen, kleinen Label quasi unter Anschluss der Öffentlichkeit. Wunder dauern manchmal etwas länger. In diesem Fall vergehen Jahre, Jahre, in denen das Stück die Entwicklungsphasen eines Schmetterlings erlebte – Larve, Puppe und dann die volle Entfaltung.

„Hallelujah“ ist heute einer der am häufigsten aufgenommenen Songs in der Geschichte der Pop-Musik, Parade Nummer für stimmstarke Kandidaten in Casting-Shows. Eine Musik, die sowohl bei Hochzeiten als auch bei Beerdigungen gespielt wird. Universale Magie in C-Dur!

Leonard Cohen äußerte sich bezüglich der zahlreichen Interpretationen in einem Interview im Jahr 2009: „Es ist ein guter Song, aber er wird von zu vielen Leuten gesungen.“ Allerdings mache sich ein leichtes Gefühl von Genugtuung in seinem Herzen breit, wenn er sich daran erinnere, dass seine ame-

rikanische Plattenfirma den Song nicht veröffentlichen wollte: „Sie dachten, er sei nicht gut genug.“

Bereit für den Tod

In einem großen Portrait im New Yorker zeigte sich Cohen kurz vor Veröffentlichung des Albums „You Want It Darker“ als äußerst bereit zu gehen. Die göttliche Stimme, die ihn sonst immer ermahne, dass er gerade wieder einmal alles vermassele, muntere ihn jetzt nur auf, noch die letzten Dinge zu erledigen. Nach diesen Worten über seinen scheinbar nahenden Tod sagte er wenig später, dass er mindestens 120 Jahre alt werden möchte, wie von Gott in der Thora vorgesehen.

Er war also für den letzten Weg vorbereitet, als er auf seinem letzten Album – zum Teil aufgenommen in der Montrealer Synagoge „Shaar HaShamayim“ – das hebräische „Hineni, hineni“ haucht – „I am ready, my Lord!“. Das kann den Hörer nicht kalt lassen.

„Magnified, sanctified be thy holy name“, singt er auf „You Want It Darker“. Es sind dies die ersten Worte des Kaddisch, des jüdischen Trauer- und Totengebets, das kein Wort über Verlust verliert, sondern nur die Herrlichkeit Gottes preist. Jissgadal wejisskadasch, schmehe raboh: verherrlicht und geheiligt werde Sein großer Name in der Welt, die Er erschaffen nach Seinem Willen.

Mit „You Want It Darker“ schuf Cohen ein dunkel glänzendes Spätwerk, sein musikalisches Testament, Lieder zum endgültigen Abschied – sein persönliches Kaddisch. Als Begleitsänger trat der orthodoxe Synagogenchor Shaar HaShamayim auf, der einst von seinem Vater und Großvater geleitet worden war. In dieser Synagoge saß der Enkel Leonard jeden Schabbes und an jedem Feiertag in der dritten Reihe.

Es kann eigentlich keinen Zweifel daran geben, dass der Song auch sein letzter Versuch war, sich dem Thema der

Schoah zu nähern – „a million candles burning for the help that never came“. Das ewige Ringen jüdischer Theologie, nach der Schoah trotzdem noch an HaSchem zu glauben, wird hier durch Wut und Vorwürfe aufgelöst. Cohen besingt hier den Heil verheißenden und zugleich Heilung verweigernden jüdischen Gott. Er wusste, dass es sein letztes Album werden würde – und behielt recht.

Die jüdische Welt, und nicht nur sie, trauert um den kanadischen Songpoeten Leonard Cohen, der am 7. November 2016 in Los Angeles starb. Er wurde, wie es seiner Tradition entspricht, auf dem jüdischen Friedhof seiner Geburtsstadt Montreal, Shaar HaShamayim Congregation Cemetery, beigesetzt bevor sein Tod in der Welt bekannt wurde. Jedoch ist Leonard Cohen nicht 2016, sondern als Eliezer ben Nathan – unter diesem Namen wurde er zur Thora gerufen – am 6. Tag des Monats Cheschwan nach dem mosaïschen Kalender des Jahres 5777 von der Welt gegangen. Er wurde als Jude geboren und ist im Alter von 82 als Jude gestorben.

Im Jüdischen Gemeindezentrum Paderborn am 15. September 2019 war das Leonard-Cohen-Konzert schon sehr speziell. Etwa eine halbe Stunde vor Konzertbeginn drängten sich die Gäste in der Synagoge, die zugleich als Gemeindefestsaal fungiert. Sehr bald war auch das Treppenhaus gefüllt und schließlich versuchten ebenso viele Menschen dem Gedränge zu entkommen wie andere, die in den Vortragsaal hinein wollten. Viele, auf den Treppenstufen des Gemeindezentrums sitzend, konnten das Konzert visuell gar nicht verfolgen und mussten allein mit dem Hören Vorlieb nehmen. Leonard Cohen hat ganz offensichtlich auch drei Jahre nach seinem Tod nichts von seiner Einzigartigkeit als Musiker und Poet verloren. Leonard Cohen war eben zweifellos einer der ganz Großen der poetischen Popmusik.

Die vergessenen Geschwister des Jiddischen

Die weniger bekannten jüdischen Dialekte aus Arabien und Persien

Von Anastasia Iosseliani

Als an der jüdischen Kultur interessierte Menschen wird Ihnen, liebe Leser, Jiddisch, der mittelhochdeutsche Dialekt der Aschkenasim, bekannt sein und auch Ladino, das Judäo-Spanisch der Separden, dürfte Ihnen ein Begriff sein. Aber haben Sie schon mal von Haketia, Buhuri und Juhuri gehört?

Haketia ist Judäo-Arabisch aus dem Maghreb, das einst in Staaten wie Tunesien, Marokko, Algerien und in den spanischen Enklaven von Ceuta und Melilla gesprochen wurde. Der Name Haketia kommt wahrscheinlich vom arabischen Wort für «Geplauder». Buhuri und Juhuri hingegen sind Judäo-Persische Dialekte, die im Iran, in Zentralasien und im Kaukasus von den dortigen Juden gesprochen und mit hebräischen Lettern geschrieben wurden.

Heute wird Haketia, das das Ladino beeinflusst hat, kaum mehr gesprochen und ist, weil diese Sprache primär eine gesprochene Sprache war und keine Schrifttradition hatte, im Begriff auszusterben. Zwar benutzen junge Juden in Madrid Haketia manchmal umgangssprachlich und einige Musiker machen Lieder, in denen Haketia vorkommt, aber das reicht leider nicht, um diese Sprache zu retten. Den judäo-persischen Dialekten Buhuri und Juhuri geht es – im Vergleich zu Haketia – etwas besser, da beide eine schriftliche Tradition haben und von weltweit etwa 100.000 Menschen gesprochen werden, von denen die Mehrheit, etwa 70.000, in Israel lebt. Aber sowohl Haketia, wie auch die beiden judäo-persischen Dialekte stehen im Schatten des Jiddischen und werden langsam, aber sicher eingehen, wenn man sich nicht ihrer annimmt. Denn zurzeit kümmern sich primär nur private Initiativen, wie etwa «Voces de Haketia» von Alicia Sisso-Raz, um den Erhalt und die Dokumentation von Haketia, Buhuri und Juhuri.



"Jüdisches Fest in Tetuan" (Alfred Dehodencq, 1865)

Jiddisch und Ladino sind viel bekannter

Während es in unseren Breitengraden unzählige Veranstaltungen über das Jiddische gibt, bei denen gejiddelt und gefidelt wird, und schon fast eine Stereotypisierung der Aschkenasim als Klezmer-Musikanten aus dem Shtetl à la Tewje der Milchmann zu beobachten ist. Auch Ladino dringt immer mehr ins öffentliche Bewusstsein, primär dank Musikern wie Yasmin Levy und Can Bonomo, die die Kultur und Sprache der Juden Izmir, Istanbuls und Thessalonikis aufleben lassen. Währenddessen fristen Buhuri, Juhuri und Haketia ein geradezu stiefmütterlicheres Dasein. Dies hat natürlich

auch damit zu tun, dass Buhuri, Juhuri und Haketia Sprachen sind, die von den Juden Nord-Afrikas, des Kaukasus und Zentralasiens gesprochen wurden – in Gemeinden also, die mit Ausnahme derjenigen des Kaukasus, aufgrund der Vertreibung der Juden aus Staaten mit islamischer Mehrheitsbevölkerung im 20. Jahrhundert so nicht mehr existieren.

Beim Kaukasus kommt zudem die Politik der Russifizierung während der Sowjetzeit hinzu. Zwar gibt es seit dem Zerfall der Sowjetunion Versuche Juhuri wiederzubeleben (erst kürzlich brachte die STMEGI-Stiftung das erste Lehrmittel für Juhuri auf den Markt), aber aufgrund der extremen Verstreuung der Diaspora in Staaten wie Aserbaidschan, Israel und den USA ist der Erhalt dieser Sprache sehr schwierig. Während für das Jiddische gilt «Totgesagte leben länger», sind Haketia, Buhuri und Juhuri dabei zu verschwinden – was jammerschade wäre, denn mit ihnen würde ein Stück Kultur der Juden aus dem Maghreb, Zentralasien und dem Kaukasus sterben.

Wie kann man die orientalisch-jüdischen Sprachen retten?

Um dies zu verhindern, müsste man den bis jetzt vergessenen und stiefmütterlich behandelten, orientalischen Geschwistern des Jiddischen endlich die gleiche Aufmerksamkeit zukommen lassen wie dem Jiddischen, und zum Beispiel Kulturwochen veranstalten. Dort könnte beispielsweise «Muzika Mizrahit», israelischer Oriental-Pop, vorgetragen werden, dessen prominenteste Interpreten kaukasische Juden wie Sarit Hadad und Omer Adam sind, und Hummus und Baghlava serviert werden. Damit könnten Haketia, Buhuri und Juhuri möglicherweise einen Weg ins öffentliche

Bewusstsein finden und so Ressourcen freigesetzt werden, die dafür sorgen, dass diese Sprachen erhalten werden können.

Zwar haben deutschsprachige Länder und Städte mit Ausnahme der Hansestadt Hamburg, die sogar einen sephardischen Friedhof hat, keine orientalisch-jüdische Tradition, aber durch die Veränderungen des 20. Jahrhunderts hat zum Beispiel Wien eine vergleichsweise riesige bucharisch-jüdische und georgisch-jüdische Gemeinde bekommen. Als Folge der Islamischen Revolution von 1979 sind viele persische Juden nach Hamburg und Wien geflohen.

Die Sprachen der orientalischen Juden und deren reiche Kultur sind es wert, bewahrt und wertgeschätzt zu werden wie das Jiddische der Aschkenasim. Denn sowohl Jiddisch wie auch Ladino und die Sprachen der orientalischen Juden gehören zum kulturellen Erbe des jüdischen Volkes. Deshalb sollte es unser aller Anliegen sein dieses Erbe, zu dem eben nicht nur Jiddisch, Gefilte Fisch und Klezmer gehören, zu bewahren. In Belgien gibt es zurzeit eine Ausstellung im marokkanischen Museum, die sich den Juden des Maghreb und ihrer Sprachen und Kultur widmet. Eine solche Veranstaltung in einem Museum in einem deutschsprachigen Land wäre ein guter Anfang.

Die jüdische Kultur in ihrer Ganzheit, mit dem Jiddischen der Aschkenasim und dem Haketia, dem Ladino, dem Buhuri und dem Juhuri der Separden und Mizrahim zu porträtieren, würde helfen gegen Vorurteil anzukämpfen, wonach Juden Eindringlinge, Fremdkörper und «wurzellose Kosmopoliten» in verschiedenen Weltgegenden seien, sondern würde aufzeigen, dass es eine jüdische Präsenz vor dem Aufkommen des Christentums und des Islams in der Mittelmeerregion, in Zentralasien und im Kaukasus gab, und Juden daher weder in der Levante, noch im Kaukasus, noch im Alpenraum Eindringlinge, Fremdkörper und «wurzellose Kosmopoliten» sind oder waren.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Camp Bitnua in Eilat

Das weltweit größte Volkstanzcamp für israelische Folklore

Von Matti Goldschmidt

Ganz neu ist die Idee einer Volkstanzveranstaltung über mehrere Tage und inbegriffener Übernachtung nicht: Denn was die israelische Tanzfolklore angeht, so hatte der in Wien gebürtige Fred Berk bereits 1961 mit seinem „Camp Blue Star“ in North Carolina begonnen, 1978 zumindest in Europa gefolgt von Maurice Stone und „Machol Europa“. 2009 schließlich begann der Choreograph und Tanzmeister Gadi Biton mit einer israelischen Version. Dass es dazu erst so relativ spät kam, liegt vor allem an der Tatsache, dass man in Israel, ganz im Gegensatz zum Ausland, praktisch täglich landaus, landein einen Volkstanzabend besuchen kann – eine auf mehrere Tage gelegte konzertierte Tanzveranstaltung schien bis dato kaum notwendig.

Trotzdem sollte mit einem neuen Versuch begonnen werden, denn reine Wochenenden (Freitag/Samstag) hatte bereits Moshe Telem, in erster Linie Landwirt, seit Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts im Kibbuz Sdoh Yam nahe Caesarea auf die Beine gestellt. So begann man vor elf Jahren mit den entsprechenden Vorbereitungen, wobei dem Organisationsteam weniger ein reines Tanzen im Blickfeld lag: Durch Konzerte im Bereich des Pops, aber auch der Folklore, sollte das Ganze über die damals zweieinhalb Tage aufgelockert werden. Rund 650 Interessierte folgten diesem ersten Aufruf.

Besucher aus aller Welt

2019 war es schließlich wieder soweit: Zwischenzeitlich wurde die Veranstaltung um einen Tag aufgestockt und dem Aufruf für den 23.–26. Oktober, das mittlerweile elfte Mal, folgten nach Angaben der Organisatoren an die 3.000 Teilnehmer. Darunter befanden sich auch knapp über 100 aus dem Ausland, etwa aus Australien, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Österreich, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Uruguay oder den USA. Alleine aus dieser Länderaufstellung ist ersichtlich, dass der israelische Volkstanz längst zu einem weltweiten Phänomen angewachsen ist.

Tänzerische Unterstützung erhielt das Festival durch insgesamt 28 Tanzmeister; aus Platzgründen sollen nur diese hier namentlich genannt sein, die über das Israelische Tanzhaus bereits in München oder Pappenheim wirkten und somit auch in Deutschland bekannter sein dürften: Michael Barzelai, Gadi Biton, Eran Biton, Yaron Carmel, Dror Davidi, Yaron Elfasy, Hila Mukdasi, Avner Naim, Tamir Scherzer, Yig'al Trikki und Yankele Ziv. Wie mir Gadi Biton erzählte, ist der personelle wie auch infrastrukturelle Aufwand für die Showproduktionen um einiges höher zu bewerten als für den Volkstanz selber, darin läge wesentlich mehr Arbeit – wenn auch Letzteres, namentlich der Volkstanz, das eigentliche Ziel der Veranstaltung sei.

So wird auf sechs Tanzflächen parallel getanzt, wobei die größte dieser Tanzflächen eine Fläche von 1.200 m² hat und tagsüber überdacht ist, um die Tanzaktivitäten vor der Sonne zu schützen; Ende Oktober gibt es in Eilat nämlich weiterhin sommerliche Temperaturen von gut über 30° C. Die zweitgrößte Tanzfläche mit immerhin noch 800 m² befindet sich, vom Hotelkomplex isoliert, in einer provisorischen Halle mit Klimaanlage. Alle



Tanzaufführung der Tanzmeister (links: Yaron Carmel)

Tanzflächen sind mit Holzplatten derart versehen, dass daraus ein Schwingboden entstand. Tänzerisch ist somit praktisch für alle gesorgt. Auch wenn das Gros der Teilnehmenden eher als fortgeschritten einzustufen ist, gibt es Klassen nicht nur für Anfänger und sogenannte Mittlere, sondern auch für ausschließlich Frauen, die aus religiösen Gründen lieber unter sich bleiben wollen. Wie überall in Israel wird auch hier ein spezielles Augenmerk auf Rollstuhlfahrer gelegt, für die ebenfalls (natürlich eigene) Tanzkurse vorgesehen sind.

Themen-Tänze und Popstars

Die einzelnen Tanzeinheiten sind in der Regel thematisch gegliedert, etwa in Horatänze oder die traditionellen, ursprünglich arabischen Debkas. Eine kleinere Tanzfläche ist ausschließlich für Tänze aus der Gründerzeit des Staates Israel vorgesehen, „Nostalgia“ genannt. Natürlich konnten nicht alle Teilnehmer im Hotel Sport, dem Zentrum der Veranstaltung übernachten. So wurden auch die benachbarten Hotels belegt, etwa Laguna, Rivera, Royal Garden und King Shlomo, die allesamt der Hotelkette Isrotel angehören. Durchschnittlich bezahlen die Teilnehmer für das Gesamtpaket rund 2.500 israelische Sheckel (ILS), also in etwa € 650. Das Gesamtbudget der Veranstaltung, so Biton, belaufe sich auf ILS 5 Million (oder € 1,28 Mio.); öffentliche Gelder stünden keine zur Verfügung.

Die für Bitnua eingeladenen Popstars stellen eigentlich ein „Who's who“ der

israelischen Unterhaltungsmusikszene dar. So trat 2019 als Erstes Ariel Zilber auf, ein Urgestein des israelischen Pops und Mitbegründer der Rockband „Tamuz“, 1974 mit Shalom Chanoch. Am



Gadi Biton, Veranstalter des Tanzcamps „Bitnua“

Donnerstag folgte Moshe Peretz, der Schwarm israelischer Teenager, Träger mehrerer Gold- und Platinplatten. Das erste Konzert am Freitag wurde von Boaz Sharabi gehalten, der in seiner langen Karriere über 30 Nummer-Eins-Schlager vorweisen kann. Für das Schabbat-Konzert kam der Schauspieler und Sänger Yehoram Gaon auf die Bühne. Wegen seiner Muttersprache Ladino ist

er insbesondere bei orientalischen Juden beliebt. Die rund 3.000 Zuschauer, ob jung oder älter, sangen durchwegs jedes einzelne seiner Lieder mit. Als er vor seinem Auftritt nachfragte, ob es das eine oder andere Lied von ihm gäbe, auf das auch getanzt würde, erhielt er die zumindest für Gaon selbst überraschende Antwort, dass man auf fast alle seine Lieder tanze. Blieben noch einige andere Popgrößen aus den Vorjahren zu erwähnen wie Rita, Idan Raichel, Eyal Golan oder Shlomi Shabbath.

Zu all dem hatten die Organisatoren dieses Jahr insgesamt sieben Aufführungsgruppen eingeladen, die mittags zur „pool party“ oder abends vor den Popkonzerten ihre Choreographien vorstellten. Außer die reine Übernachtung selbst wurden auch hier sämtliche Ausgaben wie Transport, Diäten und Eintritt zu den Tanzaktivitäten von Bitnua übernommen. So wurde das tägliche Programm auf angenehme Art aufgelockert. Es ist in jedem Fall beeindruckend gewesen, noch nach Mitternacht über tausend Tänzer auf der Haupttanzfläche beobachten zu können, und am letzten Abend gab es tatsächlich die

Möglichkeit – zumindest für die ganz Hartgesottenen – bis sechs Uhr morgens durchzutanzten. Wie mir Yaron Carmel, der Koordinator des tänzerischen Programmes, erklärte, begänne man bereits am Tage nach Ende der Veranstaltung für das kommende Jahr zu planen. Womit im Jahre 2020, immer nach Ende des Laubhüttenfestes, das Dutzend von Bitnua voll sein dürfte.

Vernichtungswille ist keine „Kritik“

In einem neuen Sammelband beleuchten mehrere Autoren die Aspekte des Antisemitismus in Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung seiner islamischen Variante.

Von Karl Pfeifer

Viele tausende Bücher wurden über die Geschichte des Antisemitismus insbesondere in Deutschland und Österreich publiziert. Dieses von Olaf Glöckner und Günther Jikeli herausgegebene Sammelwerk unterscheidet sich von den meisten, denn es setzt sich mit „Antisemitismus in Deutschland heute“ auseinander.

Es vergeht fast kein Tag, ohne dass es zu einem oder mehreren antijüdischen Vorfällen in Deutschland kommt. Es gibt Antisemitismusbeauftragte und viele zum Fenster hinausgesprochene Reden. Doch wenig geschieht, um Abhilfe zu schaffen.

Wer sich in Deutschland als Jude zu erkennen gibt, dem droht an gewissen Orten physische Gewalt. Natürlich ist der Antisemitismus kein lediglich deutsches Problem, sondern auch ein europäisches und zunehmend auch eines der USA.

Jerome Lombard schildert in seinem Beitrag das „Antisemitische Mobbing an deutschen Schulen“. Nachdem solch ein Fall bekannt wurde, hatte der regierende Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD) diesen als „hoffentlich nur ein Einzelfall“ hingestellt. „Systematische Verharmlosung“ der Judenfeindschaft in deutschen Klassenzimmern ist festzustellen und nur wenige Fälle werden von den Medien berichtet. Doch es regt sich Widerstand, zum Beispiel haben sich neun jüdische Anwälte aus Berlin zu einem Team zusammengesetzt, um Abhilfe zu schaffen.

Auch die Tätigkeit der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ wird geschildert.

Lombard beanstandet die falsche Zurechnung in der Kriminalstatistik. Laut einer Studie, im Auftrag des von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, gaben 80 Prozent aller Opfer antisemitischer Übergriffe an, dass die Täter der gegen sie verübten Gewalttaten einen muslimischen Hintergrund hatten. „Die zu erstellende Statistik zu antisemitischem Mobbing an Schulen sollte die Wahrnehmung der Betroffenen von vornherein mit einbeziehen und vor allem auch Vorfälle erfassen, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen. Eine solche Statistik signalisiert den Betroffenen einerseits, dass die Politik ihre Ängste wahrnimmt. Andererseits könnte sie es den bereits existierenden Initiativen und Projekten erleichtern, konkrete Maßnahmen gegen Antisemitismus an den deutschen Schulen zu entwickeln.“

„Aktueller Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien“ ist das Thema mit dem sich Kai Schubert auseinandersetzt und er macht auf eine Diskrepanz aufmerksam: Juden „als solche abzuwerten oder auch nur mit Klischees und Stereotypen belegen zu wollen, würden die jeweiligen Leitungsetagen und Redaktionen empört von sich weisen. Andererseits nimmt ein nicht unbedeutender Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland offenbar wahr, dass genau dies schon längst passiert.“ Schubert belegt dies mit einer vom Innenministerium herausgegebene Untersuchung.

Freilich neigen Journalisten dazu,



Antisemitismus primär als ein historisches Phänomen zu beachten mit dem sie nichts am Hut hätten. Doch in der oben erwähnten Untersuchung äußerten Befragte mit hoher Schulbildung 15 Prozent Zustimmung zu israelbezogenen antisemitischen Aussagen. Schubert zeigt Beispiele von Antisemitismus in den Medien der demokratischen „Mitte“ im 21. Jahrhundert, antisemitische Karikaturen in der „Süddeutschen Zeitung“, setzt sich mit Günter Grass' „Gedicht“ sowie mit der „Augstein-Debatte“ auseinander und schildert die Abwehrstrategien gegen Kritik an Antisemitismus. „Die Vehemenz, mit der bereits der Gedanke, die die Diskussion auslösende Äußerung hätte etwas mit Antisemitismus zu tun, abgewehrt wird, zeugt davon, dass man häufig nicht willens und/oder in der Lage ist, modernisierte Formen der Judenfeindlichkeit wahrzunehmen.“

Günther Jikeli erklärt warum Antisemitismus sowohl in muslimischen Ländern als auch unter Muslimen in Europa heute besonders stark verbreitet ist. Er beschreibt auch islamische Organisationen, in deren Moscheen Juden Hass offen propagiert wird. „Allerdings sind die

islamischen Organisationen nicht repräsentativ in Deutschland, auch wenn sie dies oft vorgeben. Gerade säkulare Muslime fühlen sich oft von keiner der derzeit die Mehrheit der Moscheen betreibenden Organisation vertreten.“

Jikeli belegt mit Umfragen in europäischen Ländern, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen wesentlich stärker verbreitet sind als unter Nicht-Muslimen. Immerhin wurden in den verschiedenen Umfragen seit 2003 insgesamt etwa 50.000 Menschen befragt, darunter 15.000 Muslime. Dieser Antisemitismus hat nichts mit „Kritik“ an Israel zu tun, wenn so oft „die Israelis“ – oft auch „die Juden“ – beschuldigt werden aus Bosheit nicht-jüdische Kinder zu töten. Manche Muslime rechtfertigen nicht einmal ihren Hass auf Juden, unter ihnen sind die Ablehnung alles Jüdischen und der Hass auf Juden zur Selbstverständlichkeit geworden, die sehr schnell in Gewalt umschlagen kann.

In ihrem Beitrag weist Monika Schwarz-Friesel auf „die Furcht von Jüdinnen und Juden vor antisemitischen Übergriffen“ hin, die nicht unerheblich ist. „Warum berührt dies so wenige Nicht-Juden? Warum werden diese

Ergebnisse kurz zur Kenntnis genommen und dann ad acta gelegt? Warum halten viele Personen und Institutionen an dem für die Gesellschaft euphemistischen Bild fest, der „Feind stehe vor allem rechts“ und ansonsten habe man „aus der Vergangenheit die Lehren gezogen“?

Als Beispiel schildert sie die irrationale Reaktion von Arte und WDR auf den Film Ausgewählt und ausgegrenzt. Der Hass auf Juden in Europa (2017). Schwarz-Friesel geht auf diesen und die antijüdischen Emotionen ein, die mitunter aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Sie resümiert: „Antisemitismus ist keine Menschenfeindlichkeit, sondern ausschließlich Judenfeindschaft. Antisemiten, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung oder ideologischen Einstellung, haben das Ziel, Juden aus der Welt zu entfernen oder ihnen ihre jüdische Identität zu nehmen“ und sie fragt „Wann wird die deutsche Gesellschaft die Augen für die Realität öffnen und damit einen ersten rationalen Schritt in Richtung Bekämpfung tun?“

Im Sammelwerk sind auch enthalten Gideon Botsch „Rechtsextremismus und ‚Neuer Antisemitismus‘“; Samuel Salzborn „Antisemitismus und Antiimperialismus – Ein Problemaufriss“; Stephan Grigat „Bei alten Freunden – Islamischer Antisemitismus, deutsche Iran-Politik und die Bedrohung Israels“; Olaf Glöckner „Kampf um die ‚Brit Mila‘ – Deutschlands Beschneidungsdebatte 2012 und europäische Reaktionen“; Matthias Becker und Hagen Tröschke „Antisemitismus im Internet. Erscheinungsformen, Spezifika, Bekämpfung“; Daniel Poensgen und Benjamin Steinitz „Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar

machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldernetzwerkes RIAS“; Levi Salomon und Jona Fedders „Alles nur ‚Hysterie‘? Perspektiven der jüdischen Communities auf den wachsenden Antisemitismus“; Sergey Lagodinsky „Durch Bildung toleranter? Zu kontroversen Debatten um antisemitische Vorurteile unter deutschen Studierenden.“

Das Buch wird ergänzt durch eine Bibliographie, Beschreibung der Autoren und ein Personenregister.

Dieses 264 Seiten umfassende Sammelwerk beeindruckt durch Tiefgang und couragierte Auseinandersetzung mit einer Realität, die viele nicht wahrhaben wollen. Mancher Befund kann erschrecken, aber die Beispiele resoluter Gegenwehr könnten und sollen Behörden und Zivilgesellschaft zur Aktivität ermuntern.

Olaf Glöckner,
Günther Jikeli (HRSG.):
Das neue Unbehagen –
Antisemitismus in Deutschland heute.
Georg Olms Verlag,
Hildesheim, Zürich, New York
2019

Von Riesser bis Walser: Die Paulskirche und die Juden.

In der berühmten Frankfurter Kirche wurde der Grundstein für die Gleichberechtigung der Juden Deutschlands gelegt.

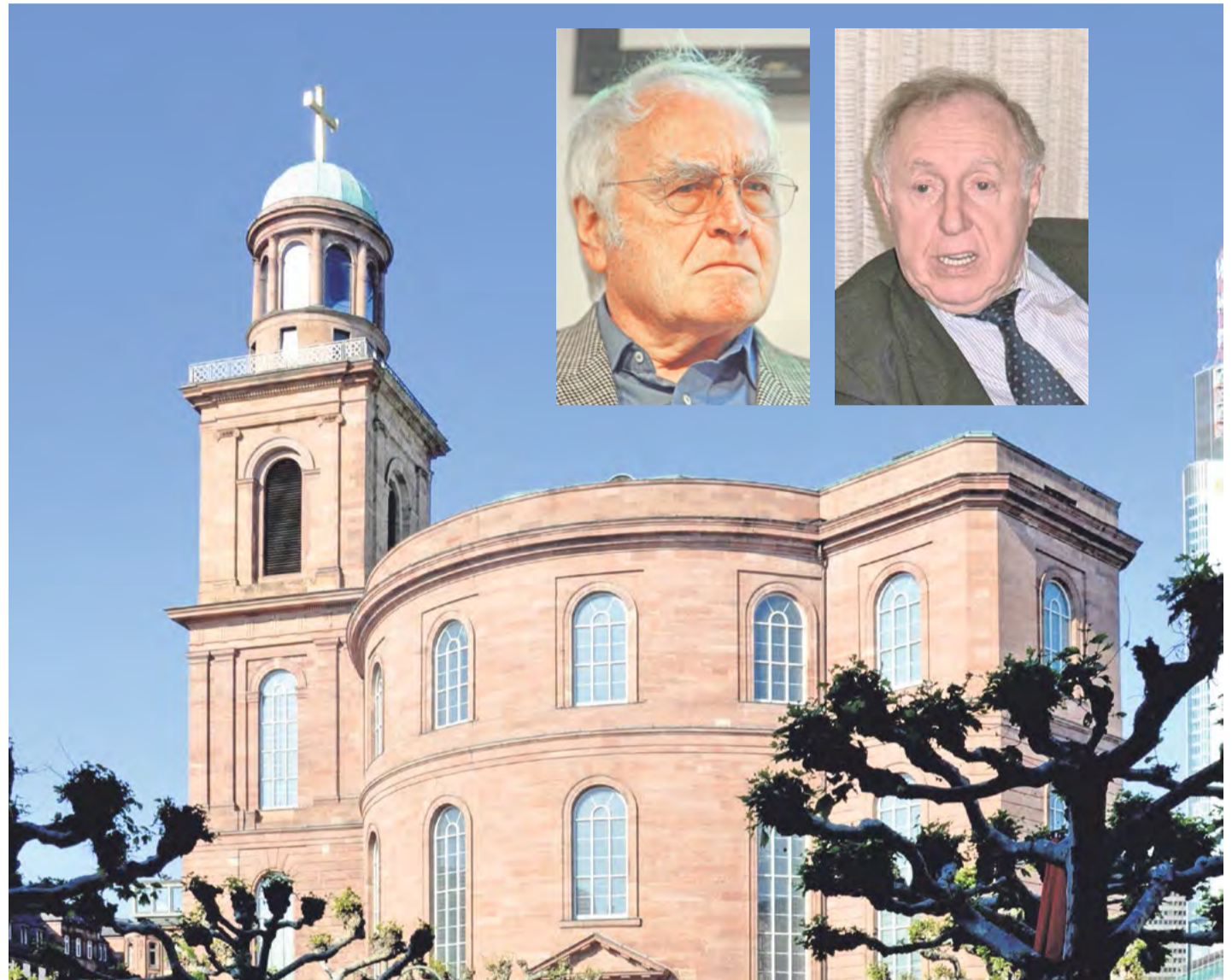
Von Dr. Elvira Grözinger

Im Mai 2019 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 70 Jahre alt. Zugleich jährte sich im laufenden Jahr die Verabschiedung der Weimarer Verfassung zum 100. Mal, weshalb auch an die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 erinnert werden sollte, die in der Paulskirche tagte. Die Paulskirche ist die unbestreitbare Keimzelle, ja das Symbol der Freiheit, Einheit und Demokratie auf deutschem Boden und gleichzeitig mit der Emanzipationsbewegung der Juden eng verbunden.

Darauf hinzuweisen, gilt gerade heute, wo Juden wieder angegriffen werden, ob von extremen Rechten, Linken oder Muslimen. Denn der Antisemitismus ist keineswegs allein ein Problem der Rechtsextremen in unserem Land. Deshalb muss unser demokratischer Rechtsstaat wehrhafter sein und sich öfter am Grundgesetz orientieren, das wegen der nationalsozialistischen Diktatur die Würde eines jeden Menschen für unantastbar erklärt. In Artikel 1 des Grundgesetzes ist diese verankert und sie „zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Der im GG verankerte Rechtsstaat versagt heute leider nicht selten bei der Erfüllung seiner Pflichten. Die Juden in Deutschland fühlen sich ungeschützt und benachteiligt, trotz verbaler Zusicherungen seitens der Politik und trotz der seit nunmehr zwei Jahren wachsenden Zahl an Antisemitismusbeauftragten. Dass die gleichen Probleme auch schon in der Paulskirche zur Sprache kamen, zeugt von einem ungelösten Problem und sozialem Sprengstoff, denn die Juden als Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft sind ein Seismograph für den Zustand dieser und zeigen an, ob diese Gesellschaft einem Vulkan gleich ruhig oder eruptiv ist.

Das Jahr der Revolutionen 1848/1849, als die bleierne Metternich-Ära zu Ende gegangen war und europaweit sich die Völker gegen die Despoten erhoben, war auch für die Juden wichtig, denn sie verbanden damit die Hoffnung auf die Emanzipation. In Frankreich und im Deutschen Bund sowie in Österreich, Ungarn, Oberitalien, Böhmen und im geteilten Polen (Provinz Posen, Galizien, Rumänien) gingen die Völker unter der Losung der Französischen Revolution von 1789 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auf die Barrikaden im Kampf für nationale Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und für bürgerliche Rechte. Die Nationalversammlung in der Paulskirche war das Ergebnis der Märzrevolution, das Ur-Parlament auf deutschem Boden, und sie scheiterte mit der Niederlage der Revolutionäre. Dennoch gingen von ihr Impulse aus, die bis heute unsere Demokratie prägen.

Die Lage in den europäischen Ländern und in Deutschland hat sich damals zugespitzt. In einer sozioökonomischen Krise der 1840er Jahre gab es wegen Missernten im deutschen Bund über 200 Hungerunruhen. Während der Revolution gab es antijüdische Ausschreitungen an vielen Orten, so z. B. auch im Odenwald, nahe Frankfurt a. M. oder in Baden. Der seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts wachsende Nationalismus schloss die Juden nicht ein, sondern aus.



Paulskirche in Frankfurt: Martin Walser (links) und Ignatz Bubis

Gabriel Riesser, eigentlich Katzenellenbogen

Die Verfassung, die während des Revolutionsjahres erarbeitet wurde, sah eine vollkommene Gleichstellung der Juden vor. Mit dem Scheitern der Revolution erlitt leider auch die Emanzipation einen Rückschlag und es dauerte bis 1869/71, bis diese erfolgte. In der Paulskirche spielte der Jude Gabriel Riesser (ursprünglich Katzenellenbogen, geb. 1806 in Hamburg, verst. 1863 ebendort) eine zentrale Rolle. Aus einer Rabbinerfamilie stammend, studierte er Jura in Kiel und Heidelberg, wo er 1826 summa cum laude promovierte. Da er ungetauft blieb, ließ man ihn nicht als Anwalt zu. Seither kämpfte Riesser publizistisch für die Emanzipation der Juden in Preußen und ganz Deutschland, was ihm landesweit Beachtung verschaffte.

Der erste jüdische Richter Deutschlands

Aufgrund einer Ausnahmegenehmigung konnte er einer der beiden „israelitischen“ Notare in Hamburg werden. Im März 1848 wurde der Liberale Riesser Abgeordneter im Frankfurter Vorparlament und später als Abgeordneter für das Herzogtum Lauenburg in den Verfassungsausschuss und zweimal zum Vizepräsidenten der Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Riesser musste gegen antisemitische Mitglieder des Gremiums vorgehen, derer Wortführer Moritz Mohl und Wilhelm Marr waren. Er war maßgeblich an der Verabschiedung des § 146 der Paulskirchenverfassung beteiligt: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rech-

te weder bedingt noch beschränkt.“ Als Mitglied der Kaiserdeputation bot er im April 1849 Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone an, die dieser jedoch ablehnte. Aus Enttäuschung darüber erklärte Riesser im Mai 1849 seinen Austritt aus der Versammlung und betätigte sich politisch für den Liberalismus, war von 1859 bis 1862 Mitglied und vorübergehend Vorsitzender der Hamburgischen Bürgerschaft (nachdem er durch die Frankfurter Reichsverfassung als Jude Hamburger Bürger geworden war). In Hamburg wurde er 1859 Obergerichtsrat und damit der erste jüdische Richter Deutschlands.

Riesser war der prominenteste, aber nicht der einzige Jude in der Nationalversammlung. Dort und anschließend in dem kurzlebigen Rumpfparlament in Stuttgart gab es sieben jüdische Vertreter (bei 1 % der Bevölkerung) von insgesamt 809 Abgeordneten. Er erlebte die Gleichstellung der Juden, für die er so lange stritt, nicht mehr. Für unser Grundgesetz hat er aber die Voraussetzungen geschaffen.

Die Paulskirche ist seit 1948 keine Kirche mehr, sondern eine politische Stätte des Gedenkens. Dort wird auch seit 1950 alljährlich der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, eine international renommierte Auszeichnung für Personen, „die in hervorragendem Maße vornehmlich durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens“ beigetragen haben. Unter den Preisträgern sind auch zahlreiche Juden – der zweite Preisträger überhaupt war Martin Buber, unter anderen wurde 1965 Nelly Sachs ausgezeichnet, Ernst Bloch (1967), 1972 bekam ihn Janusz Korczak, posthum,

da der Ausnahmepädagoge 1942 seine Zöglinge, die jüdischen Waisenkinder, in die Gaskammern von Treblinka begleitete, auch die israelischen Schriftsteller Amos Oz (1992) und David Grossman (2010) sowie der Historiker Fritz Stern sind auf der langen Preisträgerliste. Das demokratische Deutschland schien mit sich im Reinen zu sein, die Vergangenheit mustergültig überwältigt zu haben.

Martin Walser gegen Ignatz Bubis

Doch dann kam 1998 der gefeierte Schriftsteller Martin Walser an die Reihe und sorgte für einen antisemitischen Eklat, den ersten dieser Art seit der Frankfurter Nationalversammlung. Seine Dankesrede enthielt alle Versatzstücke dessen, was man heute den AfD-Politikern wie Björn Höcke vorwirft, nämlich Geschichtsklitterung, Relativierung deutscher Schuld am Zweiten Weltkrieg und millionenfachem Mord an europäischen Juden. Walser sagte dort u.a. „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung“. Von 120 geladenen Gästen war Ignatz Bubis der einzige, der sich zu Recht empörte und Walser einen „geistigen Brandstifter“ nannte, was zu der berühmten Debatte zwischen den beiden führte, die als der „erste Antisemitismusstreit der Berliner Republik bezeichnet wurde.“ Walser stellte die Zuständigkeit der Juden, sich in deutsche Angelegenheiten einzumischen in Frage. Seine skandalöse und bedrohliche Rede bewies, der Antisemitismus existiert auch in der (oberen) Mitte unserer Gesellschaft.

Die Gestrandeten der Schoah: Jüdische „Displaced Persons“

Ein Neubeginn im Nachkriegsdeutschland

Von Dana Nowak (Israelnetz)

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Millionen Menschen aus ihrer Heimat herausgerissen und konnten nicht mehr zurück – sogenannte Displaced Persons. Unter ihnen waren Hunderttausende Juden, die die Gräueltaten der Schoah überlebt hatten. Ausgerechnet in Deutschland begann für viele von ihnen ein neues Leben.

„Das bin ich. Und hier ist mein Zwilingsbruder“, ruft ein grauhaariger älterer Herr überrascht aus und zeigt auf eine Ausstellungstafel mit alten Schwarz-Weiß-Fotos. Dann umarmt er freudig und bewegt zwei Frauen. Alle haben Tränen in den Augen.

Es sind berührende Szenen, die sich am Abend des 22. September in der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt abspielen. Der Mann ist Yossi Zinger aus Israel. Er ist eines von zehn sogenannten Eichstätt-Babies, die in diesen Tagen in der bayerischen Kleinstadt zu Besuch sind.

In den Reisepässen der Israelis ist als Geburtsort Eichstätt vermerkt. Jahrzehnte lang wussten diese Menschen nicht, was es damit auf sich hat. Sie wurden zwar in Friedenszeiten geboren, doch ihre Eltern kommen aus einer Zeit des Krieges und haben die Gräueltaten des Holocaust überlebt. Nach dem Krieg waren sie sogenannte Displaced Persons – Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges verschleppt oder deportiert wurden, und sich nach der Befreiung durch die Alliierten außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer wiederfanden.

Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Überlebende von Konzentrationslagern waren betroffen, Juden und Nichtjuden – vor allem aus Osteuropa. Für die vorübergehende Unterbringung dieser Menschen, die oft am Ende ihrer Kräfte waren, keine Papiere hatten und nicht wussten, wohin sie sich wenden sollten, richteten die Alliierten Lager ein. Eines davon befand sich in Eichstätt.

Wie viele Überlebende der Schoah haben auch die Eltern der Eichstätt-Babies nicht mit ihren Kindern über die Vergangenheit gesprochen. Und so kam es, dass die meisten der in dem Lager geborenen Kinder fast nichts über ihre Geburtsstadt und die Geschichte ihrer Eltern in Deutschland oder Europa wussten.

Eine Einladung in die Geburtsstadt

Doch das sollte sich ändern: Die Historikerin Julia Devlin vom „Zentrum Flucht und Migration“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Lokalhistoriker und Psychologe Maximilian Etle stellten Nachforschungen zu den Camps an. Sie suchten Sponsoren, um in Eichstätt geborene Juden einzuladen und ein Symposium veranstalten zu können. Etle machte in Israel zehn Juden aus, die in dem Lager geboren wurden oder als Babies dort hinkamen. Er nahm Kontakt zu ihnen auf.

„Ich musste natürlich erst sicher gehen, ob das die Personen sind, die ich ausfindig gemacht habe. Denn die Leute haben ja oft in Israel die Vornamen geändert. Viele Frauen haben natürlich die Familiennamen gewechselt.“ Auf die Nachfrage am Telefon sei dann meist Stille gefolgt, später ein „ja“. Nachdem er sich aus Eichstätt vorgestellt und die Einladung ausgesprochen



Eine DP-Fußballmannschaft aus Berlin.

habe, seien dann „merklich am Telefon auch Tränen geflossen“, erzählt Etle gegenüber Israelnetz. „Das war schon eine Überraschung, wenn jemand nach 70 Jahren gefragt wird, ob er in seine Geburtsstadt kommen möchte. Das war sehr emotional.“

Zusammen mit insgesamt 16 Kindern und Enkelkindern machten sich die zehn Israelis schließlich auf den Weg, um ihre Wurzeln zu entdecken.

Auf einem Symposium vom 22. bis zum 24. September erhielten sie und weitere interessierte Gäste Einblicke in das Lagerleben. Dazu verhalfen Vorträge von Experten und eine Ausstellung mit historischen Fotografien sowie Werken der US-amerikanischen Künstlerin Krista Svalbonas. Es ist eine dieser alten Fotografien, auf der sich Yossi Zinger entdeckt und die ihn zu Tränen rührte. Auf dieser Reise wurde er von seinen beiden Töchtern begleitet.

Yossi hieß eigentlich Josef. Er wurde 1947 in Eichstätt geboren. Die gesamte

Verständlich. Es ist ein Zeichen der Versöhnung und der Hoffnung. Dabei seien die guten Beziehungen Israels zur deutschen Regierung von großer Bedeutung, betont Shulamit Zakay. „Wir sehen in Deutschland viele Bemühungen, sich an das zu erinnern, was passiert ist. Polen macht das nicht, sie vermeiden das.“ Aufgrund der deutschen Erinnerungskultur und des Umgangs mit der Geschichte sei es für Juden wieder vorstellbar, Deutschland zu besuchen. Eine Reise nach Polen komme für viele Israelis, auch solche aus der zweiten Generation der Holocaust-Überlebenden, jedoch nicht in Frage.

Eine weitere Besucherin aus Israel, Bella Steiner, erzählt: „Ich wollte nicht nach Deutschland, Polen oder Rumänien kommen. Ich habe die Geschichten über die Grausamkeiten gehört. [...] Ich dachte, wenn ich die ganze Welt bereist habe, dann komme ich vielleicht auch nach Deutschland. Aber als ich von dem Symposium erfahren habe, habe

dass diese von der Bevölkerung abgeschotteten Camps an die Konzentrationslager der Nazis erinnerten, seien über einen kurzen Zeitraum auch Privatwohnungen beschlagnahmt worden. Zunächst seien dies Häuser von Nazis gewesen oder Wohnraum, der vor dem Krieg in jüdischem Besitz war. Um jedoch ein geschlossenes Wohngebiet einrichten zu können, seien dann sehr schnell auch andere Häuser beschlagnahmt worden – ungeachtet dessen, wer darin wohnte. So habe sich in der Bevölkerung Unmut gegen die Displaced Persons breit gemacht, erklärte Köhn weiter.

Die Ausquartierten hätten recht schnell ihre Häuser verlassen müssen. Eine strikte Trennung zwischen Lagerbewohnern und der lokalen Bevölkerung habe es nicht mehr gegeben, da nur noch schwer ersichtlich gewesen sei, wo ein Camp anfing und wo es endete. Die Lager seien kaum noch kontrollierbar gewesen. Der Schwarzmarkt zwischen Einheimischen und Lagerbewohnern habe geblüht. Zum Teil habe es Deals zwischen der örtlichen Bevölkerung und den Lagerbewohnern gegeben: So hätten diese etwa den Besitzern erlaubt, ihre Gärten zu bewirtschaften, wenn sie einen Teil der Ernte an das Lager abgaben.

Vorbereitung auf die Auswanderung nach Israel

Doch die Lager waren keineswegs ein rechtsfreier und unorganisierter Raum. Wie viele Lager hatte auch das in Eichstätt eine eigene Polizei, einen Kindergarten sowie ein eigenes Schulsystem. Die Menschen im Camp wurden in Vorbereitung auf ihre Auswanderung nach Israel ausgebildet. Es gab Auto-mechaniker, Optiker, Goldschmiede, Näherinnen, Krankenschwestern und Fotografen. Kultur spielte in vielen Lagern eine große Rolle, da für die Mehrheit der Bewohner regelmäßige Arbeit nicht vorhanden war. Und so hatte das DP-Camp in Eichstätt ein eigenes Kulturamt, es gab Konzerte, Theateraufführungen und Gesangsvorstellungen.

In dem Camp in Eichstätt lebten von November 1946 bis Oktober 1949 zwi-

„ Die Sowjets verhafteten den Vater – die Deutschen bombardierten dessen Gefängnis. “

Familie seiner Mutter wurde von den Nazis ausgelöscht. Wie die Mutter überlebte, hat sie ihren Kindern nie erzählt. Yossis Vater war bereits einmal verheiratet. Doch auch seine Familie, Ehefrau und sieben Kinder, wurde während der Schoah ermordet. Der Vater war als Lederhändler unterwegs und nicht zu Hause, als die Verfolgung begann. Er gründete eine neue Familie und lebte mit ihr einige Jahre in Eichstätt, wo Josef zur Welt kam. 1949 wanderten die Zingers nach Israel aus. „Für meine Eltern war es eine große Errungenschaft, ein neues Leben zu beginnen und eine neue Generation aufzubauen“, erzählt Yossi.

Besuch in Polen unvorstellbar

Dass sich die Israelis zusammen mit Angehörigen auf den Weg nach Deutschland gemacht haben, ist nicht selbst-

ich dann doch nicht gezögert und bin gekommen. Ich möchte nicht, dass meine Kinder einmal in derselben Situation sind wie ich – und nichts über die Herkunft ihrer Eltern wissen. Ich möchte, dass sie wissen, was meine Eltern erlebt haben. Ich habe fünf Kinder und vier von ihnen sind hier.“

Und so erhalten die Anwesenden auf dem Symposium Antworten auf ihre Fragen und ausführliche Informationen über die DP-Camps. Wie der Historiker Holger Köhn erklärte, seien die Lager meist in Kasernen eingerichtet worden. Auch in Eichstätt war dies der Fall. Das Camp befand sich in der ehemaligen Jägerkaserne. Heute ist dort ein Ausbildungszentrum der bayerischen Polizei.

Beschlagnahmung deutscher Häuser

Nachdem jedoch die Kritik laut wurde,

schenzeitlich bis zu 1.400 heimatlose Juden. Sie stammten vor allem aus Polen. Viele von ihnen waren während des Zweiten Weltkriegs nach Sibirien verbannt worden. Nach Kriegsende drohte ihnen in ihrer Heimat Verfolgung,

der zum Lazarett umfunktionierten Jugendherberge der Stadt wurden 148 jüdische Kinder geboren, 31 jüdische Paare heirateten in dem Camp. Wie Julia Devlin erklärte, habe es gerade unter den jüdischen Displaced Persons in

Oktober 1949 geschlossen. Bis März desselben Jahres hatten es alle Juden verlassen. Die meisten von ihnen wanderten in den neugegründeten Staat Israel aus. Für die acht Eichstätt-Babies schließt sich nun mit dem Besuch in ihrer Geburtsstadt ein Kreis.

Deutschland flohen, wurden als Displaced Persons anerkannt.

Im Deutschen gibt es bis heute keinen entsprechenden Terminus für den englischen Begriff. Die Bezeichnung „entwurzelte Personen“ hat sich nicht durchgesetzt. Die Displaced Persons wurden in Lagern untergebracht, die sich in den westlichen Besatzungszonen befanden. Um diese kümmerten sich die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) und die Alliierten. Dabei wurden sie von jüdischen Wohlfahrtsorganisationen aus den USA unterstützt.

Der deutschen Polizei war es untersagt, die Lager zu betreten. Als letztes Camp wurde 1959 das DP-Lager Wehnen bei Oldenburg in der ehemals britischen Besatzungszone geschlossen. In der sowjetischen Besatzungszone gab es diese Camps nicht.

Es gab außerdem viele Menschen, die den Verstand verloren hatten und in den Straßen umherirrten.

ihre Häuser waren besetzt und so flohen viele von ihnen ausgerechnet nach Deutschland.

„In Eichstätt begannen wir, wieder zu leben“

So erging es auch den Eltern von Shulamit Zakay. Shulamit wurde 1938 in einem Teil Polens geboren, der heute zur Ukraine gehört. Nach der russischen Invasion in Polen wurde ihr Vater inhaftiert. Sie und ihre Mutter wurden nach Sibirien verbannt. 1942 starb der Vater, als das Gefängnis von den Deutschen bombardiert wurde. Nach Kriegsende kam Shulamit mit ihrer Mutter zurück nach Polen. Erst dort begannen die beiden zu verstehen, was in den vergangenen Jahren wirklich passiert war. Shulamits Großmutter, vier Tanten mit ihren Ehemännern und Kindern sowie zahlreiche weitere Verwandte waren ermordet worden. In Polen konnten das Mädchen und seine Mutter nicht bleiben, hier drohten antisemitische Übergriffe. Die Wohnungen und Häuser der einst hier lebenden Juden hatten sich längst andere Menschen angeeignet.

Shulamit und ihre Mutter flohen nach Eichstätt und kamen schließlich in dem DP-Camp unter. An diese Zeit habe sie nur gute Erinnerungen, erzählt Shulamit, die als Achtjährige nach Bayern kam: „Nach der Zeit in Sibirien gab es erstmals gutes Essen, ich habe hier mein erstes Eis gegessen, meinen ersten Kinofilm gesehen. Das Beste war die Schule. Wir begannen hier, in Eichstätt, wieder zu leben.“

Später wanderten die beiden in die Hafenstadt Jaffa nach Israel aus. Dort habe sie sich frei und sicher gefühlt, sagt Shulamit. Nach dem Holocaust hätten sich die Juden hier wieder eine Existenz aufgebaut. Allerdings sei sie als Kind verärgert über ihre Mutter gewesen. „Wir hatten ein neues Leben, ein neues Land, und sie weinte so oft und war so oft traurig.“ Die Mutter habe die Gräueltaten der Scho'ah nie überwunden.

Mit den schrecklichen Erlebnissen des Holocaust mussten die Überlebenden allein klarkommen. „Nein, niemand hat sich um sie gekümmert“, antwortet Shulamit auf die Frage einer Gymnasiastin aus dem Publikum. Bella Steiner fügt hinzu: „Wir müssen daran denken, dass es in dieser Zeit, Ende der 40er Jahre, um 1950 herum, keine medizinische Behandlung wie heute gab.“

Die Israelin fügt hinzu: „Es gab außerdem viele Menschen, die den Verstand verloren hatten und in den Straßen umherirrten. Wenn jemand sich zu sehr beschwerte oder zu viel weinte, dann wurde ihm gesagt, er solle aufhören und stark sein. Sie mussten alleine damit klarkommen.“ Zudem sei der Staat Israel gerade erst gegründet worden, das medizinische System habe sich noch im Aufbau befunden.

Ein Babyboom unter den Juden

Die Juden im Eichstätter DP-Camp seien trotz der schrecklichen Vergangenheit ausgesprochen zukunftsorientiert gewesen, betont Maximilian Ettle. In

allen Camps einen großen Babyboom gegeben. „Es war ein Ausdruck des Lebenswillens, des Überlebenswillens und des Optimismus, dass man sich zu einer Familiengründung entschloss, auch wenn die Zukunft gar nicht so klar war.“

Das DP-Camp in Eichstätt wurde im

Hintergrund Displaced Persons

Nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 gab es in Deutschland zwischen 6,5 bis 7 Millionen sogenannte Displaced Persons – Zivilisten, die sich außerhalb der Grenzen ihrer Heimat befanden und nicht dorthin zurückkonnten. Unter ihnen waren Überlebende aus Konzentrationslagern, Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte aus ganz Europa, vornehmlich aber aus osteuropäischen Ländern. Auch etwa 300.000 Juden, die nach dem Krieg vor antisemitischen Übergriffen aus Osteuropa nach



GREGORY'S JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Die jüdische Seele des Sir Moses

Zum 235. Geburtstag von Moses Montefiore

Von Arkadij Tsfasman

Barmherzigkeit und Mitleid mit Menschen, Hilfe für Bedürftige – das sind einige der wichtigsten Lehren im Judentum. Es gab nicht wenige Juden, welche sich dieser edlen Sache – Unterstützung Anderer – verschrieben haben. Einer der herausragendsten unter ihnen war Moses Montefiore.

Er entstammte einer Familie sephardischer Juden, deren Vorfahren Ende des 15. Jahrhunderts aus Spanien nach Italien geflohen waren, um sich vor der katholischen Inquisition retten zu können. Zunächst lebten sie in der Stadt Montefiore (daher der Name), später in Livorno. Von dort aus ging Moses Vito Montefiore zu Beginn des 18. Jahrhunderts nach England und ließ sich in London nieder. Einer seiner Söhne, Josef Elias, kam beruflich für eine Weile mit seiner Frau nach Livorno, wo am 28. Oktober 1784 sein Sohn das Licht der Welt erblickte und Moses – nach dem Großvater – genannt wurde.

Der Junge wuchs in einer strengen und gleichzeitig feierlich-religiösen Atmosphäre auf; Bescheidenheit und Fleiß wurden in der Familie großgeschrieben. Die schulische Bildung war überschaubar, sie vermittelte lediglich die Grundkenntnisse. Später lag es an ihm, alles fürs Leben zu lernen: Der junge Montefiore arbeitete tagsüber in einem Büro, wo er sich mit dem Bankwesen vertraut machte, bildete sich selbst in verschiedensten Bereichen weiter, besuchte einen politischen Diskussionsclub, was ihm half, die politischen Zusammenhänge zu durchblicken und souverän in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Die Bank „Gebrüder Montefiore“

Als Börsenmakler genoss Montefiore die Reputation eines äußerst fairen Geschäftspartners. Bald gründete er mit seinem jüngeren Bruder Abraham die Bank „Gebrüder Montefiore“, die sich dank ihrer unerschütterlichen Zuverlässigkeit einen Namen machte.

Während des Napoleonischen Krieges diente Moses vier Jahre lang in der Nationalgarde und quittierte den Dienst als Hauptmann.

Zurück in seinem Business, gründete er 1824 eine Lebensversicherung mit dem Namen „Alliance“ – ein Unternehmen, das zu dieser Zeit ein völliges Novum war. Kurz darauf, den Zeitgeist erspürend, richtete er einen Großbetrieb für die städtische Gasbeleuchtung namens „Imperial“ ein. Das machte ihn zu einem wohlhabenden Mann.

In den 1830er Jahren wurde sein Name dank seiner Teilnahme an der Bewegung für die Beendigung der Sklaverei in den englischen Kolonien sehr berühmt. Er verschaffte der Regierung ein erhebliches Darlehen für entsprechende Entschädigungen sämtlicher Sklavenhalter. Seine Berühmtheit wie der Respekt ihm gegenüber wuchsen stetig. Im Jahre 1836 wurde Montefiore der erste Jude, welchem der Titel „Mitglied der Königlichen Gesellschaft“ verliehen wurde. In den darauffolgenden Jahren wurde er zum Sheriff von London und der Grafschaft Middlesex gewählt, wo er, durch die Unterstützung von Königin Viktoria gestärkt, die Abschaffung der Todesstrafe erzwingen konnte. Er wurde ebenfalls Sheriff der

Grafschaft Kent; als Zeichen des höchsten Respekts hat ihn die Königin in den Ritterstand erhoben, seitdem hieß er „Sir Moses“. 1846 erhielt er den Titel „Baronet“.

Montefiore blieb religiös

Währenddessen blieb Montefiore ein frommer Jude, seine gesellschaftlichen Pflichten konnte er mit dem Einhalten des Schabbats und den jüdischen Feiertagen vereinbaren. „Meine Pflichten Gott gegenüber und mein tiefster Respekt vor unserer heiligen Religion stelle ich höher als alle meine anderen Pflichten“, schrieb er. Er war in der sephardischen Gemeinde zu London sehr aktiv; bereits in jungen Jahren wurde er in den Gemeinderat gewählt. In dieser Eigenschaft investierte er erhebliche Gelder in die Entstehung eines Krankenhauses, einer Stiftung für die Unterstützung armer jüdischer Bräute; er finanzierte die Bildungseinrichtungen und förderte eine höhere Qualität der Bildung, half großzügig bedürftigen Schülern. Darüber hinaus erwarb er in London 13 Häuser und übereignete sie der Gemeinde.

In den 1830er Jahren verschrieb sich Montefiore aktiv dem Kampf gegen die Benachteiligung und Ungleichheit der britischen Juden im politischen Leben Großbritanniens. Zusammen mit einigen Vertretern des englischen Adels und mit dem berühmten Historiker T. B. Macauley kämpfte er für die Abschaffung des sogenannten – oft diskriminierenden – Judeneids für die ins Parlament gewählten Juden. Über drei Jahrzehnte, von 1838 bis 1874, war er Präsident des Board of Deputies of British Jews – einer der bedeutendsten Organisationen des britischen Judentums – und galt zurecht als führende Persönlichkeit der jüdischen Gemeinschaft Englands.

Reise nach Eretz Israel mit 80

Dabei beschränkte sich das Leben von Montefiore keineswegs auf die Unterstützung der britischen Juden. Sein besonderes Interesse galt der Lage der Juden Palästinas, das damals ein Teil des Osmanischen Reiches war. Er kam 1827 ins Heilige Land und war sehr betroffen von der Armut und der Enge des jüdischen Viertels von Jerusalem, von der Dürftigkeit der Behausungen und der fehlenden Lebensgrundlage dortiger Juden, die über keinerlei eigenes Einkommen verfügten und so völlig abhängig von Spenden aus dem Ausland waren. Danach reiste er noch sechsmal nach Eretz Israel (zuletzt 1875, als 80-Jähriger), und bei jedem Besuch konnte er etwas bewirken, etwas Gutes tun für die dortigen Juden.

Sein vorrangiges Bestreben war, bessere gesundheitliche und hygienische Bedingungen für die dortigen Juden zu schaffen. Mit seinem Geld wurden in Jerusalem eine Apotheke und eine Klinik errichtet, für die Montefiore einen Arzt aus England kommen ließ. Später wurden mit dem Geld aus einer von ihm gegründeten Stiftung der Bau weiterer jüdischer Viertel finanziert.

Er schuf außerdem Arbeitsplätze für die Juden Palästinas: Er pachtete ein Stück Land und errichtete dort eine Orangen- und Zitrusplantage; das war der Anfang der landwirtschaftlichen



Der Menschenfreund Moses Montefiore

Tätigkeit der jüdischen Bevölkerung. Der erste industrielle Bau in Jerusalem war eine Windmühle, die in der Nähe des neuen Viertel gebaut wurde und bis heute eine der Sehenswürdigkeiten der Stadt ist – sie wird „Montefiores Mühle“ genannt. Später wurde die erste Weberei im Land errichtet und mit entsprechender Technik ausgestattet; es entstand eine Druckerei, eine Berufsschule für Mädchen usw.

Einige heruntergekommene heilige Stätten bereiteten Montefiore ebenfalls Sorge. Er stellte Geld für die Restaurierung der Klagemauer in Jerusalem und von Rachels Grabs in Beit Lechem zur Verfügung. Als Juden Mitte der 1850er Jahre infolge des Krim-Krieges Hunger leiden mussten, sammelte er eine erhebliche Geldsumme und schickte sie den Betroffenen. Darüber hinaus ist es ihm gelungen, die osmanischen Herrscher zu überzeugen, einen Firman – einen Schutzbrief – zu erlassen, welcher Juden ihre Rechte und Religionsfreiheit zusicherte.

Montefiores schützende Hand

Schwierig gestaltete sich Montefiores Kampf gegen die Diskriminierung der Juden in vielen Ländern. 1840 gab es in Syrien einen grausamen Mord an einem Christen: Der Mönch und sein muslimischer Diener seien von den Juden ermordet worden, hieß es sofort. Daraus entstand die Damaskus-Affäre – die in Damaskus lebenden Juden wurden des Ritualmordes beschuldigt; viele unschuldige Menschen wurden brutal gefoltert. Montefiore wurde nach Osten gesandt, wo er, zusammen mit dem

bedeutenden französischen Politiker Adolphe Crémieux, energisch in der Affäre vermittelte, was dann aber zum Erfolg führte: Die Anklage wurde fallengelassen, die verhafteten Juden kamen frei.

1861 setzte er sich für die auf den Inseln Korfu und Rhodos lebenden Juden ein und war auch dort erfolgreich: Der dortige Metropolit verkündete in einer Botschaft die Unvereinbarkeit der Judenverfolgung mit dem wahren christlichen Glauben. 1864 ging Montefiore nach Marokko: Es gab dort eine blutige Massenverfolgung der Juden; es gelang ihm, den Sultan zu überzeugen, durch ein Edikt den marokkanischen Juden die gleichen Rechte zu gewähren. Auf seiner Rückreise besuchte Montefiore Madrid und Paris, wo er Königin Isabella und Kaiser Napoleon III. bat, als Garanten für die Erfüllung dieses Edikts einzutreten. Als 1867 die Gewalt gegen Juden in Rumänien mehrere Opfer durch Ertrinken in der Donau forderte, ging der inzwischen 83-jährige Montefiore nach Bukarest und bekam vom rumänischen König das Versprechen, dass solche Gräueltaten zukünftig nicht mehr vorkommen würden.

Dank seinem hohen Ansehen weltweit konnte Montefiore auch woanders die Pogrome stoppen oder verhindern. Den jüdischen Gemeinden in Not, wie in Persien und Marokko, ließ er erhebliche Geldbeträge zukommen.

Montefiores edle Seele war auch für das Leid anderer Völker empfänglich: Als die Drusen 1860 Christen in Syrien angriffen, stand er an der Spitze des christlichen Hilfskomitees und sammelte eine große Summe Geld.

Montefiore in Russland

Auch nicht gleichgültig war Montefiore die Lage zahlreicher russischer Juden. Zum ersten Mal bereiste er Russland 1846: Mit dem Empfehlungsschreiben der Königin Viktoria ausgestattet, wurde er von Zar Nikolaus I. mit großer Ehre empfangen. In den Städten des russischen Westens traf er auf einen begeisterten Empfang der dort lebenden Juden. Als Ergebnis dieser Reise adressierte Montefiore zwei Schreiben an die russische Regierung, in denen er um die Gleichberechtigung der Juden sowie um die Wiederherstellung der erst kürzlich abgeschafften Selbstverwaltungsorgane der jüdischen Gemeinden bat.

Nach Montefiores Bemühungen wurden Verbote für Juden, sich in den Städten Polens (damals Teil des Russischen Zarenreichs, - Anm. d. Übers.) anzusiedeln, aufgehoben. Zurück in London, erwartete ihn ein feierlicher Empfang bei Königin Viktoria.

Erneut kam Montefiore 1872 nach Russland, um im Namen der Königin des 200. Geburtstages von Zar Peter I. zu gedenken. Er erhielt vom Zaren das Versprechen, die Rechtslage der Juden zu verbessern; eingelöst wurde dieses Versprechen in der Zukunft kaum.

Montefiore wurde sehr aktiv, als es zu infamen und gefährlichen Gerüchten über die Juden Russlands und den angeblich von ihnen begonnenen Ritualmorden kam. 1878 schrieb er den Gene-



„Montefiores Mühle“ in Jerusalem

ralgouverneur des Kaukasus bezüglich des „Kutaissi-Prozesses“ an und war bereit ungeachtet seines Alters von 94 Jahren nach Georgien zu reisen. Zum Glück wurden alle beschuldigten Juden bald durch die Geschworenen freigesprochen (bei dem Prozess war eine Gruppe von Juden aus dem georgischen Dorf Sachkheri des angeblichen rituellen Mordes an einem Bauernmädchen, Sarah Modebadze, angeklagt. Die Verhandlung wurde im März 1879 am Bezirksgericht Kutaissi geführt. Die Angeklagten wurden unter anderem von dem berühmten Anwalt Leo Kupernik verteidigt. - Anm. d. Übers.).

Moses Montefiore hatte ein langes erfülltes Leben: Am 24. Oktober 1884 feierte er, geistig völlig wach, seinen 100. Geburtstag. Er verstarb am 28. Juli 1885 und wurde neben seiner Frau Judith beigesetzt, in einer Ruhestätte, deren Bau an das Grab der Urmutter Rachel erinnert.

Bereits zu Lebzeiten wae der Name Montefiore legendenumwoben. Dichter und Schriftsteller widmeten ihm seine Werke, in jüdischen Kreisen gab es eine Vielzahl seiner Portraits. Und natürlich bewahren auch die Juden Israels ihm ein ehrendes und dankbares Andenken.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Polen: Rettungsaktion für jüdische Grabsteine

Mitte November werden in Nordpolen jüdische Grabsteine geborgen, die zu kommunistischen Zeiten in zwei Dorfteichen entsorgt wurden



Bergungsarbeiten (links), Herr Mamlock mit dem Grabstein seiner Großmutter

(Redaktion)

Kaum zu glauben, aber wahr: Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Polen noch jüdisches Erbe von Kommunisten zerstört. 1967 entstand am Rande des Ortes Garnsee/Gardeja bei Danzig ein Stadion. Dafür haben

die Bauherren die restlichen Grabsteine des örtlichen jüdischen Friedhofs herausgerissen und in nahegelegene Teiche geschmissen (siehe unsere Ausgabe vom Juni 2019). Einen der Grabsteine hat man kürzlich durch Zufall wiedergefunden. Nun sollen Mitte November die restlichen Steine mit deut-

lichen und hebräischen Inschriften von einer Mannschaft um den Profitaucher Wojciech Gajtkowski aus den Gewässern geborgen werden. Erste Vorkundungen unter Wasser haben bereits stattgefunden (siehe Foto).

Wenn Sie die Mamlock-Stiftung bei der Bergung der Grabsteine und der

Wiedererrichtung des jüdischen Friedhofs in Garnsee unterstützen möchten, spenden Sie bitte einen Betrag Ihrer Wahl auf folgendes Konto:

PAX Bank eG, IBAN: DE 84 3706 0193 6002 5750 17, BIG: GENODEDED1PAX, Stichwort: Gardeja Memorial

60.000 Menschen für den „Judenmajor“

Meno Burg, der jüdische Offizier im preußischen Heer Friedrich Wilhelms IV., hatte gegen vielerlei Diskriminierungen zu kämpfen – Karriere machte der beliebte Soldat wegen seiner Qualitäten dennoch.

Von Thilo Schneider

Im Jahre 1812 tröpften die Reste der im Russlandfeldzug völlig zerschlagenen französischen „Grande Armee“ über die Grenzen Ostpreußens zurück nach Mitteleuropa. Für Preußen, das in diesem Krieg zwar gezwungenermaßen an der Seite Napoleons gekämpft hatte, aber lediglich mit der Aufgabe der Flankendeckung betraut war, begann die Zeit der sogenannten Befreiungskriege. Und zum ersten Mal in der Geschichte sollten von der jetzt folgenden „Allgemeinen Mobilmachung“ nur die Geistlichkeit und die Lehrer ausgenommen sein. Und damit begann für die preußischen Juden eine neue Periode relativer Freiheit.

Im „Jüdenedikt von 1812“, entworfen von dem Reformator von Hardenberg, wurde den preußischen Juden erstmals weitgehende Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit gewährt. Ebenso fielen fast alle Sonderabgaben weg. Juden wurden also (fast) vollwertige preußische Staatsbürger. Einschränkungen gab es noch in der Zulassung zum Offizierskorps, der Justiz und der öffentlichen Verwaltung. Die Wehrpflicht hingegen galt nun für Juden und Christen gleichermaßen. Unter dem Strich lässt sich feststellen, dass Juden in Preußen durch das Edikt nun weniger als vorher diskriminiert wurden. Von einer tatsächlichen Gleichstellung als Bürger waren sie allerdings noch weit entfernt.

In diese Zeit hineingeboren wurde Meno Burg aus Berlin. Der 1789 geborene Burg ging ab 1804 in die Lehre zu seinem Cousin, dem „Königlichen Bauingenieur Salomon Sachs“. An der Berliner Bauakademie legte Burg 1807 dann sein Examen zum „Kondukteur und Feldmesser“ ab. Zu dieser Zeit lag Preußen unter französischer Besatzung am Boden und so kam es, dass Burg, ebenso wie vorher Sachs, „ausnahmsweise“ in den Staatsdienst übernommen wurden. Eine solche Übernahme wäre nach dem zu diesem Zeitpunkt noch geltenden „Erlaß eines Revidierten Generalprivilegiums und Reglements vor die Judenschaft ... vom 17ten April 1750“ nicht möglich gewesen. In Notzeiten scheinen schon damals Regierungen ihre eigenen Gesetze nicht übermäßig ernstgenommen zu haben.

Kein Platz in der Eliteinheit

Meno Burg war überzeugter Patriot und meldete sich, noch vor dem Aufruf des preußischen Königs „An mein Volk“, im Februar 1813 und kurz vor seinem weiteren Examen freiwillig zum Militär. Er wollte, nach seinen Worten, „für Preußens Freiheit und Wiedergeburt kämpfen“. Burg bewarb sich beim „Normal Infanterie Bataillon“ in Breslau, einer der Gardereinheiten – nur, um dort nach wenigen Tagen wieder entlassen zu werden. „Als Jude“ sollte er dann lieber doch nicht „nach bestehenden Gesetzen und den obwaltenden Umständen“ in einer Eliteinheit dienen dürfen. So schlecht ging es den Militärs dann nun auch wieder nicht, dass sie einen Juden dort hätten sehen wollen. Seine beiden Gesuche auf Wiedereinstellung direkt bei von Hardenberg lies dieser dann auch unbeantwortet liegen.

Doch Burg ließ sich nicht entmutigen. Er bewarb sich bei der Artillerie, einer



Meno Burg (1789-1853)

Waffengattung, die damals als „eher bürgerlich“ galt. Diesmal wollte Burg aber auf Nummer sicher gehen und wurde bei Prinz August von Preußen, dem Generalinspekteur dieser Waffe, vorgestellt, der seinen Eintritt unterstützte. Burgs Leistungen müssen derart herausragend gewesen sein, dass er bereits nach neun Monaten von seinen Subalternoffizierskameraden zum Offizier vorgeschlagen wurde. Aber auch hier scheiterte Burg am Antisemitismus und Dünkel seiner Vorgesetzten: Der Platzkommandant lehnte eine Beförderung mit der Begründung ab, „solange (er) etwas zu sagen habe, soll(e) kein Jude Offizier in der Artillerie werden“. Im Ergebnis wurden Offiziere, die Burg selbst ausgebildet hatte, vor ihm befördert. Frustriert ließ sich Burg zu einer Feldinheit versetzen, um „vor dem Feind“ mit einer Beförderung ausgezeichnet zu werden – aber seine Einheit kam nicht zum Kampfeinsatz. Andere jüdische Offiziersanwärter der Miliz, Landwehr und der Freiwilligen Jäger hatten hier mehr „Glück“, und konnten sich ihre Epauletten im Gefecht verdienen.

Durchbruch in Danzig

Schließlich aber kam das preußische Militär nicht mehr an Burg vorbei und so wurde er als erster Jude, der nicht in einer Fronteinheit gedient hatte, im August 1815 zum Seconde-Lieutenant und Kompaniechef der Ersten Artilleriebrigade in Danzig befördert. Der Krieg war jedoch vorbei, Preußen wieder eine politische und militärische Macht in Europa und die Reformen und Versprechen des Königs in Kriegzeiten wurden nach und nach wieder „kassiert“ oder verwässert. Burg wurde nun 1816 als Zeichenlehrer an der „Vereinigten Ingenieurs- und Artillerie-

ihres Glaubens verweigert wurden.

1830 wäre Burgs nächste Beförderung fällig gewesen. Doch trotz der Fürsprache des unermüdeten Prinz August von Preußen konnte sich der preußische König einmal mehr nicht dazu durchringen, Burg in gerader Linie zum Hauptmann zu befördern. Den Vorschlag, doch endlich zum Christentum überzutreten, damit wenigstens eine halbgare Beförderung „zum Hauptmann der Armee“ stattfinden könne, lehnte Burg rundheraus ab. Erst als Burg drohte, den Dienst ganz zu quittieren, wurde er endlich zum Hauptmann der Artillerie befördert, durfte aber, als kleine Spitze, nur die Uniform eines „Zeugkapitäns“, was im Ansehen etwa dem „Chef der Kleiderkammer“ entsprach, tragen. Seinen Verdiensten um die Artillerie und als Verfasser international bekannter militärischer Lehrschriften wurde somit einmal mehr keine Rechnung gezollt.

Ein neuer König und ein Prinz als Förderer

Erst unter einem neuen Chef der Artillerie und unter einem neuen König wurde es Burg 1844 gestattet, die roten Epauletten seiner Waffengattung zu tragen. Trotzdem wurden weiterhin dienstjüngere Offiziere an Burg vorbeibefördert. Es dauerte drei Jahre, bis Burg zum „Charakter als Major der Artillerie“ befördert wurde, allerdings ohne tatsächlich eine Planstelle als Major zu erhalten. Er trug somit einen „Titel ohne Mittel“. Als Begründung durfte sich Burg mit der Ausrede eines „fehlenden Etats“ abspesen lassen, dienstjüngere Majore mit weniger Verdiensten erhielten jedoch entsprechende Stellen. Auch in Bezug auf Auszeichnungen wurde Burg hingehalten und vertröstet. Obwohl er bereits 1838 vom Inspekteur seiner Lehranstalt zur Verleihung des „Roten Adlerordens IV. Klasse“ eingereicht wurde, sollte es über drei Jahre dauern, bis ihm diese hohe militärische Auszeichnung tatsächlich verliehen wurde.

Der spöttisch als „Judenmajor“ bezeichnete Meno Burg war bei seinen Kameraden außerordentlich beliebt. Er war Präses der „Pensions-Zuschusskasse“ und „Vorsitzender des Ehrenrats für Subaltern-Offiziere der Schule.“ Burg, der sich zeit lebens im Spannungsfeld zwischen seinem Glauben und seinem Beruf befand, starb 1853 im Alter von 63 Jahren an der Cholera. Nach Schätzung der Berliner Polizei befanden sich bei seiner mit allen militärischen Ehren erfolgten Beisetzung 60.000 Menschen auf der Straße. Es scheint, dass Burg nicht wegen eines allgemein vorhandenen Antisemitismus, sondern wegen des in den elitären militärischen und politischen Kreisen vorhandenen Antisemitismus immer wieder ausgebremst, behindert und übergangen wurde. Doch trotz aller Schikanen war und blieb Burg zeit lebens Jude – und königstreuer Patriot.



Grab von Meno Burg auf dem Friedhof Schönhauser Allee in Berlin-Prenzlauer Berg

nem Dienstalster zum Premierleutnant befördert. Dies ist umso bemerkenswerter, als derartige Beförderungen anderen jüdischen Freiwilligen wegen

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Fl. 330^g *Verlag*

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)

Wierteljährlich:

1. durch die Expedition:

a) in Berlin M. —,90.
b) nach auswärts M. 1.—
c) für das Ausland M. 1,50.

2. im Postabonnement M. 1,25

Inserate
die viergespaltene Peitzelle 25 Pf.
Inseratenbeilagen 15 M.

☆ **Organ** ☆

des

Zionistischen Vereinigung

für

Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin N 54, Auguststrasse Nr. 49a.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:
Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 52
Melanchthonstrasse 3.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der „Jüdischen Rundschau“ nur bei voller Quellenangabe gestattet.

No. 47. Berlin, 24. November 1904. 16. Kislew 5665. IX. Jahrgang.

➔ **Gedenket des Herzwaldes!** ➔

Inhalt.

Aufruf der Berliner Zionistischen Vereinigung zur Repräsentantenwahl.

Auf zur Wahl!
Von Dr. Heinrich Sachse.

Vier Jahre in Persien.
Von Allianceschuldirektor Confino.
(Schluss).

Aus der Bewegung.

Rundschau.

Liberales Harikiri.
Jüdische Handlungsreisende in Russland.
Jüdische Einwanderung.
Organisation der Jüdischen Auswanderung.
Judenland in Oesterreich.

Judenmission.
Russische Zustände.
Aus einer Wahlversammlung.

Literaturbericht.

Chassidismus und Kabbalah.
Von Eljaqim.

Sprechsaal.

Kleine Chronik.

Nationalfond.

Goldenes Buch.
Oelbaumspende.
Herzwald.
Herzstiftung. (Nationalgeschenk für die Kinder Herzls.)

Feuilleton.

Ein Ritt durch Galliläa. I.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Als der Kolonialmacht Persien die kaukasischen Sklaven ausgingen

Der Iran ist keineswegs ein Kolonialismus-Opfer, sondern war im Gegenteil jahrhundertlang Sklavenhalter von ihm unterdrückter Völker, bis Russland ihn schließlich in seine Schranken wies.

Von Anastasia Iosseliani

Nicht selten werfen mir Kritiker, die mich nicht kennen, vor, im Falle des Regimes der Islamischen Republik Iran kriegslüstern zu sein. Um eines klarzustellen: Für Israel gilt: «Si vis pacem para bellum» (zu Deutsch: Wenn du Frieden willst, dann bereite dich auf den Krieg vor!). Israel überlebt nur, weil es militärisch stärker als seine Gegner ist, und das ist auch gut so! Und auch sonst bin ich eher ein Falke als eine Taube.

Aber bevor man die Waffen sprechen lassen muss, kann man das volle Kontingent der Sanktionen ausschöpfen. Lassen Sie mich dazu etwas in die Vergangenheit schweifen. Genauer in den Kaukasus des 19. Jahrhunderts. Hier musste das Perserreich unter der Dynastie der Kadscharen die bis heute erniedrigendsten Verträge in der Geschichte des Iran unterzeichnen und große Gebiete – den größten Teil des Kaukasus – an das Russische Reich abtreten. Der Iran ist damit nolens volens der Rechtsnachfolger der Perserreiche, d.h. von gescheiterten Imperien. Nach den Verträgen von Golestan und Turkmanchay – das war der Name dieser demütigenden Verträge – ging es mit dem Perserreich nur noch bergab, denn nun fehlten Sklaven und zwangsverpflichtete Kindersoldaten aus dem Kaukasus, die das Rückgrat der Kolonialmacht des Perserreichs bildeten, und die Prunkbauten für die Safawiden und die nachkommenden Dynastien errichtet hatten und in den Eroberungszügen und Schlachten für das Perserreich gestorben sind.

Historiker wie Behnaz Mirzai, die an der «Brock Universität» in St.Catharines/Kanada lehrt und forscht, gehen davon aus, dass die Schahs nicht weniger als zwei Drittel der ursprünglichen Gesamtbevölkerung des Kaukasus ins iranische Kernland verschleppt und versklavt haben. Die georgischen Herrscher, die von den persischen Schahs als «Vali» (zu Deutsch: Gouverneure) eingesetzt wurden, lebten in konstanter Angst, dass ihr Land von den Persern vollständig entvölkert würde. Nicht einmal die georgischen Herrscher selbst waren ihres Lebens sicher vor den persischen Kolonialherren, denn die Schahs schreckten nicht davor zurück georgische Könige und Königinnen, wie Luarsab II. und Ketevan, die Märtyrerin kaltblütig zu ermorden. Diese chauvinistische Politik der persischen Schahs gegenüber den kaukasischen Völkern führte zu Aufständen der Kaukasier, primär der Georgier, wie dem Bakhtrioni-Aufstand, über den heute in Georgien jedes Kind in der Schule unterrichtet wird, weil Dichter und Schriftsteller wie Ilia Chavchavadze, Vasha-Pshavela und Akaki Tsereteli den aufständischen literarische Denkmäler gesetzt haben.

Diese Aufstände wurden immer wieder von den persisch-iranischen Machthabern niedergeschlagen und die Zivilbevölkerung wurde danach in noch größerer Zahl ins iranische Kernland verschleppt, um dort Sklavenarbeit zu verrichten. Aber nicht einmal die Tat-



Russische Soldaten bilden während des Russisch-Persischen Krieges eine menschliche Brücke für Kanonen (Gemälde von Franz Roubaud).

sache, dass die Iraner unter Agha Mohammad Khan im 18. Jahrhundert ihre Hauptstadt von Isfahan nach Teheran verlegten, um ihre Kolonien im Kaukasus besser ausbeuten und Aufstände besser unterdrücken zu können, konnte den Freiheitswillen der kaukasischen Völker brechen. Nicht einmal, dass die Perser die georgische Hauptstadt Tiflis in den letzten fünfhundert Jahren gleich fünfmal (zuletzt unter Agha Mohammad Khan), niedergebrannt haben, konnte die Georgier brechen. Und so blühte dem Persischen Reich unter den Kadscharen am Ende das, was so vielen Imperien in der Geschichte wiederfahren ist: Eine einschneidende und demütigende Niederlage – denn nun war es das Persische Reich, das gegen ein noch mächtigeres Imperium den Kürzeren zog und die Verträge von Golestan und Turkmanchay unterzeichnen musste.

Diese Verträge und der damit einhergehende Gebiets- und Gesichtsverlust sind etwas, das viele Iraner bis heute nicht verdaut haben, wie ich auch aus persönlichen Gesprächen mit Iranern weiß, von denen viele die Unverschämtheit besitzen die Verträge von Golestan und Turkmanchay mit dem Holocaust zu vergleichen, obwohl Vergleiche mit den Verträgen von Trianon und Versailles sich eher anbieten würden. Diese Kränkung in Bezug auf das Regime der Islamischen Republik könnte man sich nun zu Nutze machen. Das heißt, man könnte den JCPOA (auch als «Iran-Deal» bekannt) anpassen, um dem Imperialismus des Regimes zu Teheran endlich Grenzen zu setzen. So lange die Verträge von Golestan und Turkmanchay, und nicht der sogenannte «Iran-Deal» von vielen Iranern als die erniedrigendsten Verträge angesehen werden, die der Iran je unterzeichnen musste, so lange ist der JCPOA zu harmlos. Der JCPOA/«Iran-Deal» müsste so modifiziert werden, dass die Verträge von

Golestan und Turkmanchay im Nachhinein wie ein Geschenk des Himmels erscheinen.

Nur die harte Hand

Alles andere stärkt den Größenwahn in Teheran, und die bisherige Politik des «kritischen Dialogs» und des «Wandels durch Annäherung» führte nur dazu, dass sich das Regime dazu ermutigt fühlte Methoden zu benutzen, die man sonst nur in Kreisen des organisierten Verbrechens vermuten würde, wie Geiselnahme, Drohungen, Erpressungen und neuerdings Piraterie zur See. Auch schreckt die Islamische Republik Iran nicht vor (Staats-)Terrorismus zurück, und greift dabei auf Proxies wie die Hisbollah und die Houthis zurück. Denn wie ich immer zu sagen pflege: Es gibt eine Zeit des Dialogs und eine Zeit, in der man zu handeln hat, und im Falle des Mullahregimes von Teheran braucht es harte Sanktionen! Das Regime versteht nur eine Sprache: die der harten Hand. Das beweisen die Verträge von Golestan und Turkmanchay, die dazu geführt haben, dass das Perserreich der Kadscharen nachhaltig geschwächt wurde und dem persisch-iranischen Imperialismus und Chauvinismus ein Schlag versetzt wurde.

Marx sagte einst, dass die Geschichte sich wiederholen würde: Zuerst als Tragödie, und dann als Farce. So lange aber europäische Politiker und andere, notorische Apologeten auf eine Politik der Diplomatie und nicht der Sanktionen setzen, wird sich in Teheran nichts zum Besseren wenden, und nicht nur Iraner werden unter diesem Teufelskreis aus Islamismus, Imperialismus und Chauvinismus leiden. Gerade die deutsche Haltung zum Iran, hat sich bisher aus einer Mischung aus Desinteresse, Feigheit, Gier und Antiamerikanismus gespeist.

Dabei wurden letzters drei Frauenrechtlerinnen zu insgesamt 55 Jah-

ren Gefängnis verurteilt, weil sie es gewagt haben, gegen den Kopftuch-Zwang des Regimes zu protestieren. Und dem iranisch-schwedischen Katastrophen-Mediziner Ahmed-Reza Jalali droht die Hinrichtung, wegen angeblicher Spionage und Kooperation mit dem «kleinen Satan» Israel, obwohl Doktor Jalili sich nur aufgrund eines Kongresses iranischer Universitäten in sein Herkunftsland begeben hat, und sonst als Professor in Schweden gelebt und gearbeitet hat. Aber nicht nur im iranischen Kernland setzt das Regime der Islamischen Republik auf Terror und Unterdrückung! Gerade ist die Piraterie der Revolutionsgarden in der Straße von Hormuz und dem Golf von Oman in den Medien präsent. Doch es geht unter, dass durch Teherans Proxy im Jemen, den Houthis, die Bevölkerung des Jemens die schlimmste Hungerkatastrophe des 21. Jahrhunderts erleidet.

Dieser Staatsterrorismus der Islamischen Republik und der Fakt, dass diesem kaum Einhalt geboten wird, könnte tatsächlich zu Krieg führen. Dann nämlich, wenn die

Revolutionsgarden sich zum Beispiel erlauben Israel oder amerikanische Soldaten in der Golfregion direkt anzugreifen, oder am «Tag X» Juden in Deutschland zu meucheln. Denn der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen hat darüber berichtet, wie der iranische Geheimdienst Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland ausspioniert.

Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2018 steht das Folgende: „Im Berichtsjahr wurden wieder Aktivitäten der sogenannten ‘Quds Force Brigade’ (QF) festgestellt. Bei den QF handelt es sich um eine Spezialeinheit der Revolutionsgarden, die über eine eigene nachrichtendienstliche Abteilung, einen Sicherheitsdienst und eine Spionageabwehr verfügt. Die QF betreibt unter anderem Informationsbeschaffung im Ausland. Ein Hauptaugenmerk liegt in der Ausspähung von israelischen und proisraelischen Institutionen sowie von hier lebenden Staatsangehörigen des Staates Israel und von Personen jüdischen Glaubens. Dem Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse vor, dass es im Berichtsjahr Ausforschungsaktivitäten der QF in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.“

Das bedeutet, wem es wirklich ein Anliegen ist ein zweites AMIA-Attentat (1994 in Argentinien) – dieses Mal auf deutschem Boden – zu verhindern, setzt sich für effektive Sanktionen gegen das Terrorregime der Islamischen Republik ein, und hört im Fall der Islamischen Republik Iran mit diesem unredlichen «Rassismus der niederen Erwartungen» gegenüber Persern und anderen Iranern auf. Denn wie oben bereits erklärt, ist die jetzige, chauvinistische Expansionspolitik Teherans nicht auf eine historische Kränkung zurückzuführen, sondern sie ist das Wiedererwachen des iranisch-persischen Imperialismus, nun unter dem Banner der Islamischen Republik und in revolutionärer Verkleidung.

Vor hundert Jahren wurde Lise Meitner Professorin

Die jüdische Mit-Entdeckerin der Kernspaltung war eine der ersten Professorinnen Deutschlands

Von Dr. Nikoline Hansen

Hundert Jahre ist es her, dass Lise Meitner als eine der ersten Frauen in Deutschland einen Professorentitel erhielt: Nach ihrem Studium an der Universität Wien und Promotion in Physik 1906 ging sie 1907 nach Berlin, da sie Vorlesungen bei Max Planck hören wollte. Hier traf sie Otto Hahn, der wie sie als „unbezahlter Gast“ in Plancks Labor arbeitete. Allerdings musste sie das Gebäude in der Hessischen Straße in Berlin-Mitte anfangs immer noch durch den Hintereingang betreten, da Frauen das Studium in Preußen erst 1908 erlaubt wurde.

Assistentin von Max Planck

1912 begann sie als inoffizielle Assistentin von Max Planck in Berlin ihre wissenschaftliche Karriere und seit 1913 leitete Lise Meitner zusammen mit Otto Hahn die Abteilung Radioaktivitätsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem – eine Forschungseinrichtung, deren spätere unrühmliche Beteiligung an Naziverbrechen zu deren Auflösung und am 26. Februar 1948 in Göttingen zur Neugründung als Max-Planck-Gesellschaft führte, deren erster Präsident Otto Hahn wurde. 1918 erhielt Lise Meitner erstmals eine angemessene Anstellung, sie wurde Leiterin der physikalisch-radioaktiven Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie. Am 31. Juli 1919 erhielt sie für diese wissenschaftliche Arbeit auch die gebührende akademische Anerkennung, den Professorentitel. Dabei sollten noch drei weitere Jahre vergehen, bis sie als erste Frau in Deutschland ihre Habilitation in Physik einreichen und auch die Lehrbefugnis erhalten konnte, denn erst 1922 wurden Frauen in der Weimarer Republik zu einer Hochschullaufbahn zugelassen.

Entlassung der jüdischen Wissenschaftler

Dabei begehen wir 2019 noch ein weiteres, leiseres Jubiläum: 1939, vor 80 Jahren, lieferte Lise Meitner, zusammen mit ihrem Neffen Otto Robert Fritsch, die erste theoretische Deutung der Kernspaltung. Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits ins schwedische Exil emigriert: ohne gültigen Reisepass, nur mit leichtem Handgepäck war ihr am 13. Juli 1938 die Flucht aus Deutschland gelungen. Dabei war ihr bereits 1933 mit der Machtübernahme der NSDAP die Lehrerlaubnis entzogen worden, denn Lise Meitner war am 7. November 1878 als Tochter des jüdischen Rechtsanwalts Philipp Meitner und seiner ebenfalls jüdischen Frau Hedwig geboren worden. Auch die protestantische Taufe, die sie wohl in weiser Vorausahnung erhielt, konnte sie vor der Verfolgung und Entrechtung durch die Nationalsozialisten nicht schützen. Da sie österreichische Staatsbürgerin war und ihr wissenschaftliches Umfeld liberal, konnte Lise Meitner allerdings zunächst unbehelligt weiterarbeiten, obwohl die Bemühungen Plancks, nach dem „Gesetz zur Wiedereinführungen des Berufsbeamtentums“ im April 1933 in einer Audienz bei Hitler die Entlassungen der Mitarbeiter mit jüdischem Familienhintergrund mit einer Ausnahmegenehmigung zu verhindern, gescheitert waren: 126 Mitarbeiter, davon

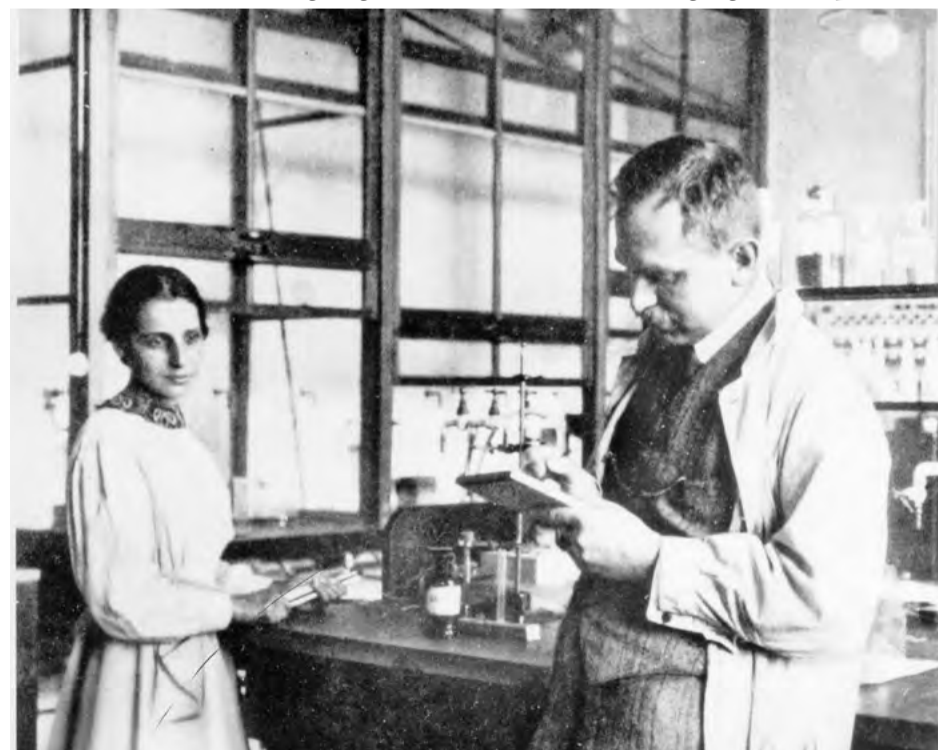


Lise Meitner, im Jahre 1950

104 Wissenschaftler mussten entlassen werden, vier von ihnen wurden später in Konzentrationslagern ermordet.

Lise Meitner und Otto Hahn konnten ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit also trotz der widrigen Umstände erst einmal fortsetzen. Das änderte sich mit dem Anschluss Österreichs im März 1938 schlagartig: Lise Meitners österreichischer Pass wurde ungültig und sie

ihre Arbeit bis 1946 am Nobel-Institut fortsetzte. Otto Hahn setzte währenddessen die gemeinsam begonnenen Experimente in Berlin mit dem Chemiker Fritz Straßmann fort. Nur wenige Monate nach Meitners Flucht, am 17. Dezember 1938, gelang Hahn dann die erste Kernspaltung – er begriff allerdings nicht, was er dort initiiert und beobachtet hatte. Da er sich den Ausgang des Experiments



Lise Meitner und Otto Hahn im Labor (1913)

war nun als „reichsdeutsche Jüdin“ in der gleichen Situation wie ihre bereits 1933 entlassenen Kollegen. Eine legale Ausreise war nicht mehr möglich, da sie keine Papiere dafür erhielt. Otto Hahn machte sich daher große Sorge um ihre Sicherheit. Freunde, darunter der holländische Chemiker Dirk Coster, halfen ihr schließlich bei der abenteuerlichen Flucht aus Deutschland über Holland und Dänemark nach Schweden, wo sie

nicht erklären konnte, beschrieb er Lise Meitner in einem Brief seine Beobachtungen: „Wäre es möglich, dass das Uran 239 zerplatzt in ein Ba und ein Ma? Es würde mich natürlich sehr interessieren, Dein Urteil zu hören. Eventuell könntest du etwas ausrechnen und publizieren.“ Und prompt gelang es ihr, in dem mit ihrem Neffen Otto Robert Frisch in „Nature 143“ im Februar 1939 publizierten Aufsatz „Disintegration of Uranium by

Neutrons: a New Type of Nuclear Reaction“ die theoretische Bedeutung der Entdeckung zu liefern. Frisch prägte dabei den Begriff „nuclear fission“, auf Deutsch „Kernspaltung“. Dabei griff Meitner zur Berechnung der durch den Zerfall entstehenden Energie auf die Einsteinsche Formel der Relativitätstheorie zurück.

Lise Meitner widersetzte sich als überzeugte Pazifistin – eine Gemeinsamkeit, die sie mit Albert Einstein und Otto Hahn teilte –, dem Wunsch der Amerikaner, einen Forschungsauftrag zum Bau einer Atombombe anzunehmen. Sie blieb in Schweden. Otto Hahn wurde 1945 der Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1944 verliehen. Auch wenn ihr diese Ehrung – zu der sie wiederholt nominiert war – versagt blieb, erhielt Lise Meitner in der Nachkriegszeit eine Reihe anderer Ehrungen, darunter Ehrendoktorwürden. Sie blieb in Schweden, leitete ab 1947 die kernphysikalische Abteilung des Physikalischen Instituts der Königlich-technischen Hochschule Stockholm und hatte darüber hinaus Gastprofessuren in den USA inne. Nach Deutschland kam sie trotzdem wieder, so gratulierte sie Otto Hahn in Göttingen persönlich zum 80. Geburtstag am 8. März 1959. 1960 zog sie zu ihrem Neffen nach Cambridge.

Wie die Röntgenstrahlung eignete sich auch die Kernspaltung durchaus zur friedlichen Nutzung. So gab es in den 50er Jahren eine Kampagne „Atoms for Peace“, die mit hohen Nutzungserwartungen verbunden war. Max von Laue, der gegenüber den Nationalsozialisten eine ablehnende Haltung eingenommen und seine jüdischen Kollegen verteidigt hatte und deshalb wiederholt mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Konflikt geraten war, wurde als Vorsitzender der Berliner Atomkommission zum tatkräftigen Förderer des Berliner „Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung“, das am 14. März 1959 seiner Bestimmung, der friedlichen Forschung zu dienen, in Anwesenheit der Namensgeber Otto Hahn und Lise Meitner, übergeben wurde.

Lise Meitner blieb Zeit ihres Lebens eine Wissenschaftlerin im besten Sinne. Vorurteile und einseitige Interpretationen lehnte sie immer strikt ab: „Das ist in meinen Augen gerade der große moralische Wert der naturwissenschaftlichen Ausbildung, daß wir lernen müssen, Ehrfurcht vor der Wahrheit zu haben, gleichgültig, ob sie mit unseren Wünschen oder vorgefaßten Meinungen übereinstimmt oder nicht“, schrieb sie in ihren Erinnerungen an Otto Hahn. Ihre langjährige Wirkungsstätte in Berlin-Dahlem beherbergt heute das Institut für Biochemie der Freien Universität Berlin.

Die Entdeckung der Kernspaltung hat die Welt verändert, und die Geschichte ihrer Entdeckung war, wie so oft in der Wissenschaft, eine faszinierende Geschichte des Zusammenspiels von Praxis, Theorie, und Diskussionen, die viele mühselige Etappen und langjährige engagierte Arbeit erforderte. Lise Meitner und Otto Hahn starben beide 1968, er am 28. Juli in Göttingen, sie am 27. Oktober in Cambridge. Damit endete eine Epoche der naturwissenschaftlichen Forschung, die entscheidend zum Verständnis der Radioaktivität beigetragen hat.

Jüdisches Leben in Mainz

Die Neue Synagoge hat dem Gemeindeleben in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt frischen Wind eingehaucht.

Von Victor Sanovec

Seit mehr als 1000 Jahren gibt es Berichte über jüdisches Leben in Mainz. Im Laufe dieser Zeit wurde diese Kontinuität oft und gewaltsam unterbrochen. Und manchmal ist die Vernichtung beinahe gelungen. Das ist nicht ohne Folgen für die Juden von heute geblieben. In der Stadt sind trotz ihrer ruhmreichen jüdischen Geschichte neben den Gräbern einiger Gelehrter kaum Zeugnisse dieser jüdischen Vergangenheit zu finden.

Diese Realität ist mehr als nur bedauerlich – denn wie kann aus Ruinen wieder jüdisches Leben entstehen? Ohne Menschen und Gebäuden, die für ihre Zeit Zeugnis ablegen? Das trifft aber nicht nur auf Mainz zu, das ist leider für die Geschichte des jüdischen Lebens in ganz Deutschland typisch. Wie kann der früheren Berühmtheit der Schum-Städte Speyer, Worms und Mainz gedacht werden ohne Bezug zum jüdischen Leben dieser Orte in der Gegenwart? Soll das Judentum nun zu einem Museum geworden sein? Oder sogar zu einem Friedhof, wo nur verwitterte Steine zu besichtigen sind? Oder wie die vielen – von außen sehr gepflegten – Synagogen ohne Juden auf dem platten Land? Was ist eine ruhmreiche Vergangenheit ohne lebendige Gegenwart wert?

Zu den erfreulichen und wichtigen Neuerungen, die dem jüdischen Leben in Deutschland wieder frischen Wind geben, zählt auch die Neue Synagoge in Mainz. Sie wurde nach dem Entwurf des Architekten Manuel Herz erbaut. Dass sich das Gebäude schon äußerlich von ihrer Umgebung in der Mainzer Neustadt abhebt, hat einen tieferen Sinn.

Die Synagoge ist keine Kirche, sie erfüllt andere Zwecke. Sie ist eine Art Brücke zwischen den Zeiten. Sie ist das Haus der Versammlung für die Juden, die sie jetzt in der Gegenwart nutzen, und zugleich steht sie für den zerstörten Tempel in Jerusalem. Die Opfer, die in dem damaligen Tempel dargebracht wurden, sind heute in der Synagoge durch Gebete ersetzt. Das Gebäude an sich gilt nicht als heilig. Es birgt aber die Thora-Rollen, den hochverehrten Schatz der Juden. Die Thorarollen werden für die Gebete benutzt, aus ihnen wird regelmäßig gelesen, sie werden durch die Synagoge getragen und geküsst. Bezüglich des äußeren Aussehens der Synagoge existieren keine verbindlichen Vorschriften. Es gibt große und kleine Synagogen, aus Holz oder aus Stein, in ganz unterschiedlichen Formen.

Ein Haus in Form hebräischer Buchstaben

Die Hauptsynagoge in Budapest zum Beispiel ist riesig, Synagogen in Israels Kibbuzim hingegen sind oft einfache Fertighäuser. Deshalb konnte der Architekt Manuel Herz frei schalten und walten. Er wagte viel, sein ungewöhnlicher Entwurf verwandelt hebräische Buchstaben in architektonische Formen. So wurde das Wort KEDUSCHA in der Mainzer Neustadt zu einem Gebäude! Er unterwarf seinen Entwurf weder der profanen Umgebung vor Ort, noch der Bauform der Synagoge, die die bis zu ihrer Zerstörung im November

1938 hatte, und am selben Platz stand. Die wurde 1910 im damals üblichen orientierten Stil errichtet.

Mit dem neuen Bau ist es gelungen, etwas Einzigartiges und Neues für die Juden und für die Stadt Mainz zu verwirklichen: Denn um ein solches Gebäude zu realisieren, bedarf es nicht nur eines mutigen Architekten. Es bedarf eines gemeinsamen Willens, um solch ein Projekt auch kommunalpolitisch durchzusetzen. Viele Hindernisse mussten beseitigt werden: Die Bürger der Umgebung, die zuständigen Gremien im Land, in der Stadt, die Geldgeber und die jüdische Gemeinde selbst musste man für das Projekt zu gewinnen. Jetzt aber ist das Haus endlich da und konnte alle überzeugen – es ist wirklich sehr gelungen. Das auffällige Gebäude mit der glänzenden Keramikfassade strahlt nach außen, weckt Neugierde. Das Interesse der Besucher an Führungen ebbt auch nach 10 Jahren nicht ab. Die Anfragen an die Gemeindeverwaltung für organisierte Gruppenführungen kommen aus der Umgebung, aber auch aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Aber nicht nur das auffällige Äußere macht das Gebäude interessant. Das Haus erfüllt gleich mehrere Funktionen: Neben der Synagoge ist dort auch die Verwaltung der Gemeinde untergebracht. Für ihre vielseitigen Aufgaben stehen dort Büros und andere Räume zur Verfügung, die intensiv genutzt werden. Die Jüdische Gemeinde Mainz ist mit etwa 1.000 Mitgliedern die größte Gemeinde in Rheinland-Pfalz. Geleitet wird sie von Frau Anna Kischner. Ihre Kenntnisse der russischen Sprache werden ständig gebraucht, denn die überwiegende Mehrheit der Gemeindeglieder kommen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die wenigsten von ihnen aber stammen aus Russland selbst. Sie kommen in der Mehrzahl aus Moldawien, Kasachstan, aus der Ukraine, Turkmenistan oder Aserbaidschan, und bringen alle eine ungewöhnliche Lebensgeschichte mit – oft auch die Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung. Eine Reihe der Männer haben noch aktiv in der Roten Armee gedient. Sie haben geholfen den Hitler-Faschismus in Europa zu besiegen. Ihr Jüdischsein ist davon geprägt. Jetzt sind viele von ihnen alt und brauchen Hilfe und Unterstützung – nicht nur finanzielle. Für Frau Kischner ist ihre Arbeit kein Job, sondern es ist für sie eine Berufung – sie leistet Großes!

Der Gebetsraum der Synagoge ist goldfarben gehalten, die hebräischen Buchstaben bilden ein Relief an den Wänden. Nur ein einziges Fenster oben an der Decke lässt Tageslicht in den Raum. Das Thema der Buchstaben findet sich auch in den Sitzbänken und in der Bima wieder. Das ist der Platz für den Gemeinderabbiner Aharon Vernikovsky, von dort aus leitet er die Gebete. Aber der Rabbiner ist sehr vielseitig und nicht nur dort zu finden. Seine Schiurim nach dem Kiddusch am Schabbat widmet er den Paraschot der Woche. Die Schiurim am Freitag vor dem Gebet handeln z.B. vom Umgang mit dem Siddur und der Bedeutung der Gebete. Andere Themen wie



Die Synagoge in Mainz

Giur oder Kabbala werden bei einem Schiur am Donnerstag besprochen, zu dem alle Interessenten willkommen sind. Außerhalb der Gemeinde widmet er sich dem interreligiösen Dialog, der Jugendarbeit oder auch dem Kochen. Über Fußball kann mit ihm lebhaft diskutiert werden. Einmal im Monat organisiert er den „Cultur Club“. Dort werden neben Kulturthemen auch Tagesgeschehnisse aus der Politik diskutiert. Kurz gesagt – ein Rabbiner mit breitgefächerten Interessen und Wissen, der nie um eine Antwort verlegen ist.

Seit September 2019 berichtet eine neue Internetseite über das Gemeindeleben der Neuen Synagoge Mainz, und auch auf Facebook wird über die

aktuellen Ereignisse informiert. Am 2. September 2020 will die Synagoge ihr 10-jähriges Jubiläum feiern. Für diejenigen, die das Haus noch nicht kennen, ist das eine gute Gelegenheit diese besondere Synagoge einmal genauer kennenzulernen. Die jüdischen Besucher sind willkommen an den Gebeten teilzunehmen. Die Neue Synagoge in Mainz knüpft durch ihre Gestalt nicht an eine Tradition vor Ort an. Das kann sie gar nicht. Die traditionelle askenasische Jüdischkeit von Mainz ist nicht mehr existent. Aber die Synagoge in ihrer ungewohnten Form stellt einen möglichen neuen Anfang für das jüdische Leben in Mainz in Aussicht. Sie macht Hoffnung, angesichts einer fast vollendeten Vernichtung.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Nach 99 Jahren Dornröschenschlaf: Wachgeküsst zu Jom Kippur

Neues jüdisches Leben für eine 1920 aufgebene Landsynagoge in Mecklenburg-Vorpommern

Von Yaron Goldammer

Die alte Landsynagoge der mecklenburgischen Kleinstadt Krakow am See, in der 99 Jahre lang kein Gebet mehr stattfand, erlebte an diesem Jom Kippur eine Renaissance.

Nach 99 Jahren küssten Beter, die aus Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und sogar Israel angereist waren, die 1866 im neuromanischen Stil erbaute Synagoge, aus ihrem religiösen Dornröschenschlaf wach.

„Yom Kippur - mal anders“, lautete das Einladungsmotto der egalitären Synagogen-Gemeinde Bet Haskala, die sich selbst als „kleine Synagoge im Norden Berlins“ bezeichnet, und für den Versöhnungstag des Jahres 5780 die ebenso kleine, aber feine Synagoge im Norden Deutschlands entdeckt hat. Der Kulturverein Alte Synagoge in Krakow am See e.V., der das schicke Gebäude mit Satteldach und gelber Klinkerfassade seit 1995 hegt und pflegt, und ihn mit Kunstausstellungen, Konzerten und Filmabenden belebt, war laut dem Vereinsvorsitzenden Kurt Höffgen von Anfang an sehr angetan von der Idee die ehemalige Synagoge wieder „im ursprünglichen, jüdisch-religiösen Sinne“ zu nutzen.

Teile der Gebete am Wasser und in der Natur

„Wir wollten mal was anderes machen, wollten Jom Kippur mal nicht im Großstadtrubel verbringen. Hier in Krakow können wir Teile der Gebete in der Natur und am Wasser abhalten – das kommt gut an“, sagte Benno Simoni, Vorsitzender von Bet Haskala, der auf Anregung von Kantorin Mimi Sheffer dieses Juwel im Norden entdeckte und die zweieinhalbtägige Reise mit tatkräftiger Unterstützung des Kulturvereins Alte Synagoge und des Krakower Bürgermeisters Jörg Oppitz (parteilos), organisierte. Insgesamt meldeten sich 40 Teilnehmer für die spirituelle Landpartie zu Jom Kippur an.

Eine der Teilnehmerinnen, Marguerite, Kinderärztin aus Berlin, schwärmte: „Das war Jom Kippur wirklich mal anders“, und freute sich besonders über das familiäre, dörfliche Umfeld und die Vielfalt der Teilnehmer von 0-90 Jahren aus verschiedensten Himmelsrichtungen. Für sie war es „völlig unerwartet, dass ein Dorf in Mecklenburg mir die Ruhe und Möglichkeit gibt, mich sicher und aufgenommen zu fühlen.“ Auch ein paar interessierte Leute aus Krakow schauten kurz rein, darunter zwei junge Religionslehrerinnen aus der Umgebung, die sich Informationen zum Judentum mal aus erster Hand holen wollten und sich von der schönen musikalischen Gestaltung durch Kantorin Mimi Sheffer und Pianist Albrecht Gündel-vom Hofe verzaubern ließen. „Ein echter Mensch“ sei Rabbiner Konstantin Pal, lobte die 84-jährige Maya den jungen Rabbiner, der zusammen mit der Kantorin Sheffer die Gottesdienste leitete. Maya verlebte ihre Kindheit in einem Kibbuz in Israel und verbrachte die letzten 55 Jahre in Berlin, und hat wie viele andere eher säkular aufgewachsenen Israelis bei Bet Haskala ein religiöses Zuhause gefunden. Naomi, eine junge Mutter und



Die Synagoge in Krakow am See

Lehrerin, die mit ihrem Baby und nicht-jüdischem Ehemann aus Berlin anreiste, sorgte sich sehr um die Sicherheit, als am Mittwochnachmittag während eines Kurses für jiddische Lieder von Anna Werliková die ersten Meldungen des grauenhaften, rechtsradikalen Amoklaufs aus Halle die Runde machten. Glücklicherweise hatte die Stadt Krakow sich schon weit im Vorfeld um ein professionelles Sicherheitskonzept gekümmert und Bürgermeister Oppitz konnte die Beter damit beruhigen.

Die Synagoge war 1938 schon 18 Jahre lang außer Betrieb

Die Pogromnacht 1938 überstand das Gebäude übrigens völlig unbeschadet, da durch die wirtschaftliche Landflucht im frühen 20. Jahrhundert, die stark ausgedünnte jüdische Gemeinde von Krakow das Gebäude im Jahr 1920 mit der Auflage zur öffentlichen Nutzung an die Stadt veräußerte. So erfuhr das Gebäude für mehrere Jahrzehnte eine Nutzung als Turnhalle und kurzzeitig auch als Saal für die katholische Gemeinde. Die letzte jüdische Krakowerin,

Rosa Feldmann (sel. A.), starb 1936, und ist auf dem gut gepflegten, jüdischen Teil des örtlichen Friedhofs beigesetzt, welcher nach Restauration 2006 vom legendären Landesrabbiner William Wolff wieder eingeweiht wurde.

Es wird sicher nicht ein weiteres Jahrhundert vergehen, bis in dieser Synagoge wieder das „Schma Israel“ erklingt. Der Bürgermeister ließ die Beter wissen, wie herzlich willkommen sie hier seien und wünscht sich eine baldige Wiederkehr der jüdischen Besucher und bitte nicht erst in 99 Jahren.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Der bedeutungsvolle Wurm

Der „Tzaddik im Pelz“, die gefährliche Erziehung und die richtige Einstellung für den Synagogen-Besuch in der Übersicht der Haftarot zu den Wochenabschnitten, die im Monat November gelesen werden.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Bekanntlich beinhaltet die jüdische Heilige Schrift „Tanach“ nicht nur die Thora (Fünf Bücher Moses, Chumasch) selbst, sondern auch „Propheten“ und „Schriften“. Und wenn der Chumasch noch allgemein bekannt ist und jeder gebildeter Jude schon weiß, was es in welcher Reihenfolge dort alles gibt, ist es mit den Propheten nicht ganz so einfach. Man kennt zwar die bekanntesten Propheten wie Schmuel, Jeschaja, Jeremija oder Jechezkel, aber was genau sie prophezeit haben, wissen nur ganz wenige.

Jedoch wäre es sehr lohnenswert die Bücher der Propheten zu kennen: erstens sind sie von G'tt diktiert und beinhalten g'ttliche Weisheit, zweitens beinhalten sie sehr wichtige Ideen, die uns inspirieren und uns im Alltag helfen können.

Die Texte der Propheten sind sehr umfangreich und die klassischen Kommentare darauf scheinen uferlos zu sein. Wie kann man dann auch nur annähernd eine wichtige und interessante Schicht unserer Tradition kennenlernen? Eine Möglichkeit dafür bieten die Haftarot zu den Wochenabschnitten, die an jedem Schabbat in den Synagogen vorgelesen werden.

Das Wort „Haftara“ bedeutet übersetzt aus hebräischem „Ersatz“ oder „das, was von Pflicht befreit“. Heutzutage bedeutet das im Kontext der öffentlichen Thora-Lesung so viel wie „Abschluss“ oder „Beenden“. Ziemlich spannend ist die Geschichte der Entstehung des Brauchs vom „Haftara-Lesen“. Als zu bestimmten Zeiten der turbulenten jüdischen Geschichte fremde Herrscher den Juden das öffentliche Vorlesen der Thora verboten haben, ordneten die Rabbonim jeder Lesung einen Abschnitt aus den Prophetenbüchern zu, welcher eine inhaltliche Nähe besitzt. Dieser Ersatz (Haftara) wurde dann stattdessen gelesen. Als das Verbot des Thoralesens entfiel, wurde die Lesung der Haftarot jedoch beibehalten, so dass heute jeder Thoralesung am Schabbat, den Feiertagen und jeden Rosch Chodesch (Monatsanfang) eine Haftara folgt.

Ohne Kommentare geht es nicht

Wie schon erwähnt gibt es immer eine Verbindung zwischen dem Thora-Abschnitt und dem dazugehörigen Abschnitt aus den Propheten. Entweder ist es das gleiche Thema oder es sind einige Wörter beim Propheten, die eine Anspielung auf den Wochenabschnitt darstellen. Zum Beispiel schildert die erste Parascha der Thora „Bereschit“ die Erschaffung von Himmel und Erde. Die Haftara von Bereschit, ein Abschnitt aus Jeschaja beginnt demgemäß mit dem Zitat: „So spricht G'tt, der Ewige, der erschaffen hat die Himmel und sie ausgespannt ...“.

Die Haftarot sind meist wesentlich kürzer als die Thora-Abschnitte, haben jedoch viel in sich. Und wie man es von prophetischen Werken erwarten kann, sind sie oft ausdrucksstark und fabulös. Deshalb, um die versteckte Bedeutung in manchmal komplizierten Texten zu entdecken, muss man unbedingt die Kommentare anschauen.

Nachdem in den vergangenen 12 Monaten alle Wochenabschnitte der Thora betrachtet wurden, werden wir hier in



„Die Flut“ von Francis Denby (1840)

den nächsten Monaten die entsprechende Haftarot kennenlernen. Außer vielen lehrreichen Ideen und Prinzipien der Thora kann es ein guter Einstieg zur Welt der Propheten sein.

Noach's Flut?

Die Haftara zum ersten Wochenabschnitt des Novembers „Noach“ kommt aus Jeschaja (54:1-55:5). Im Allgemeinen beschreibt dieser Abschnitt die Messianischen Zeiten und den Wiederaufbau von Jerusalem. Es wird aber unter anderem das Versprechen von G'tt erwähnt, die Welt niemals mehr durch eine Sintflut zu zerstören: „Denn eine Noachs-Flut ist mir dies, da ich geschworen, dass die Wasser Noach's nie wieder die Erde überschwemmen, so hab' ich geschworen, nie über dich zu zürnen, um dich zu schelten“.

Das ist eigentlich nur ein einziger Satz, der die Haftara mit dem Wochenabschnitt verbindet, jedoch beinhaltet schon dieser eine Satz eine starke Lehre.

Wenn man diesen Vers aufmerksam betrachtet, fällt es auf, dass die Sintflut hier „Noach's Flut“ genannt wird. Und das ist eigentlich sehr komisch: es war überhaupt nicht Noach, der die Sintflut verursacht hat. Ganz im Gegenteil sogar! Noach wurde dank seiner Frömmigkeit vor der Vernichtung gerettet und durch ihn wurde die ganze Menschheit und Tierwelt gerettet. Wie kann es dann Noach's Flut heißen?

Unsere Weisen geben eine, auch in unseren Zeiten wichtige Antwort. Wie aus den Versen der Thora ersichtlich ist, hat Noach seine Arche in einem Zeitraum von 120 Jahren gebaut. Seine Mitmenschen haben ihn sicher gefragt, wozu er etwas so Komisches baut. Noach hat allen Fragenden gerne erzählt, dass G'tt bald die Menschen wegen deren Sünden vernichten wird, was Noach's

Zeitgenossen wohl nicht besonders beeindruckt hat. Mehr als das hat Noach aber nicht getan. Er versuchte nicht die Menschen zur Rückkehr (T'schuwa) zu bringen, und er hat nicht mal für sie gebetet! Unsere Weisen vergleichen Noach in diesem Kontext mit unserem Vorvater Avraham. Als Avraham von G'tt erfahren hat, dass die Städte um Sedom vernichtet werden, hat er für diese ultimativen Sünder gekämpft! Deshalb ist der Ausdruck „Noach's Flut“ nicht verkehrt: in der Tatsache, dass die Welt doch untergegangen war, gab es doch eine kleine Mitschuld des gerechten Noach.

Daraus können wir entnehmen, dass wir doch für unsere Mitmenschen verantwortlich sind. Sogar wenn wir ihre Taten und ihr Benehmen nicht beeinflussen können, können wir zumindest für sie beten, dass sie besser werden. Eine chassidische Weisheit besagt, dass wenn es einem kalt ist, man sich auf zwei Weisen wärmen kann: entweder einen Pelzmantel kaufen, oder ein Feuer zünden. Vom Pelzmantel wird aber nur man selbst gewärmt, von dem Feuer können außerdem viele andere Menschen erwärmt werden...

Die Stärke des Wurmes

Auch die Haftara zum Wochenabschnitt „Lech Lecha“ wird aus Jeschaja gelesen (40:27-41:27). Hier ist die Verbindung zum Wochenabschnitt, in dem wir Avraham kennenlernen, noch subtiler: in zwei Versen werden einige Ereignisse aus Avraham's Leben angedeutet.

Allgemein tröstet in diesem Kapitel der Prophet die Juden, verspricht ihnen Unterstützung im Exil und die Erlösung am Ende der Zeit. Auch hier gibt es einen Vers, der unsere Aufmerksamkeit erregen sollte: „Fürchte nichts, Wurm

Jakow, Häuflein Israel, ich stehe dir bei, spricht der Ewige, und dein Erlöser ist der Heilige Israels“. Was bedeutet „Wurm Jakob“? So eine unerwartete Bezeichnung für das jüdische Volk findet man im ganzen Tanach nur einmal.

Unsere Weisen geben mehrere Erklärungen für diesen ungewöhnlichen Vergleich. Der Wurm ist ein sehr kleines Wesen, das nah oder in der Erde wohnt. Auch der Name des jüdischen Volkes „Jakow“ weist im Gegensatz zum erhabenen „Israel“ auf eine niedrige geistige Stufe. Deshalb verspricht der Prophet, dass sogar, wenn sich die Juden auf einer sehr niedrigen spirituellen Stufe befinden, werden sie trotzdem von G'tt nicht verlassen. Außerdem befindet sich die Stärke des Wurms in seinem Mund. Auch die Juden werden nur Dank des Thora-Lernens und der Gebete stark. Wir müssen aufpassen, diese unsere Stärken nicht zu vernachlässigen.

Die Größe der Gastfreundschaft

Die Haftara des Wochenabschnittes „Wajera“ kommt aus dem 2. Buch der Könige (Melachim II 4:1-37) und erzählt über die Wundertaten des Propheten Elischa. Die Verbindung von Haftara zum Wochenabschnitt ist sehr gut nachvollziehbar: im Wochenabschnitt wird davon erzählt, dass die drei Engel, die Avraham nach der Beschneidung besucht haben, die Geburt von Jitzhak versprochen haben. Auch in der Haftara wird darüber berichtet, wie Prophet Elischa einer kinderlosen Frau einen Sohn versprochen hat.

Der ganze Abschnitt ist superspannend und liest sich wie ein Thriller: das Wunder mit dem Öl für eine Witwe, das Versprechen des Sohnes einer Frau, der plötzliche Tod dieses Sohnes und die wunderbare Wiederbelebung des Kin-

des durch den Propheten.

Auch wenn diese Haftara schon für sich genommen hochinteressant ist, wenn man dazu dann noch die Kommentare anschaut, so entdeckt man noch mehr spannende Einblicke. Eine interessante Beobachtung wird im „Tzena uRena“ (verfasst von Jakob ben Isaak Aschkenasi) im Namen von Midrasch „Pirkej deRabbi Eliezer“ gemacht. Es wird unter anderem erzählt, dass eine schunnamitische Frau für den Propheten Elischa ein Zimmer eingerichtet hat: „Lass' uns doch ein kleines Obergemach an die Mauer machen, und wir wollen ihm darein setzen ein Bett und einen Tisch und einen Stuhl und einen Leuchter, und es wird geschehen, wenn er zu uns kommt, mag er sich dort erholen“. Der Midrasch bemerkt dazu, dass wenn man einen Gast bei sich empfängt, das eigene Haus dem Tempel gleichen werde. Denn das Wort „Mischkan“ (mobiler Tempel, der bei der Wüstenwanderung errichtet wurde) besteht aus vier hebräischen Buchstaben. Alle diese vier Buchstaben können als Abkürzung für Bett, Tisch, Stuhl und Leuchte gelten: „Mem“ – Mita (Bett), „Schin“ – Schulchan (Tisch), „Kuf“ – „Kise“ (Stuhl) und „nun“ – Ner (Leuchte). Das ist ein Hinweis darauf, dass die Gastfreundlichkeit die G'tliche Präsenz „Schechina“, die über dem Mischkan gewesen war, auch in das Haus bringen kann.

Erziehung mit Grenzen

Auch in der Haftara zum Wochenabschnitt „Chaje Sarah“ geht es spannend zu. Diesmal wird der Anfang des 1. Buchs der Könige (Melachim I 1:1-31) gelesen. Darin wird über die letzten Tage von König David erzählt und über den Machtkampf der Thronfolger. Auch hier ist die Verbindung zum Wochenabschnitt offensichtlich: in der Parascha wird über das Ableben unseres Patriarchen Avraham berichtet und über sein Regeln der Erbschaft.

Der Kern dieses Haftara-Abschnittes ist der Versuch von David's Sohn Adonijah sich zum neuen König zu machen. Der Prophet offenbart uns klar die Gründe für Adonija's Benehmen (noch vor dem Tod seines Vaters David den Thron an sich zu reißen): „...und sein Vater kränkte ihn im Leben nicht, dass er gesprochen hätte: Warum tust du solches? Und auch er war sehr schön von Gestalt“.

Adonija war also ein verwöhntes Kind, das nie kritisiert und wegen seiner Schönheit dazu auch noch von allen bewundert wurde. Für ihn war es normal immer das zu bekommen, was er wollte und genau das wurde ihm zu Verhängnis. Kein Wunder, dass David dafür indirekt kritisiert wird („und sein Vater kränkte ihn im Leben nicht“). Denn Kinder brauchen klare Grenzen, um sich gesund zu entwickeln und um nicht zu Egoisten zu werden. Wenn die Kinder mit der Einstellung aufwachsen, dass sie alles dürfen, werden sie im Leben herbe Enttäuschungen erleben. Deshalb ist eine gute, liebevolle Erziehung mit klaren Grenzen ein Grundstein für den Erfolg der Kinder in der Zukunft.

Richtige Einstellung

Die Haftara des letzten Wochenabschnittes des Monats „Toldot“ wird aus dem Propheten Malachi gelesen (1:1-2:7). Das Hauptthema der Thora-Lesung ist die Geburt von Jakob und Esaw und ihre Rivalität. Dieses Thema wird auch am Anfang von Haftara angesprochen: „Ich habe euch geliebt, spricht der Ewige; da sprachet ihr: Worin hast du uns geliebt?“



„Elischa erweckt den Sohn der Sunamitin“ von Benjamin West (1765)

Ist nicht ein Bruder Esav von Jakob, ist der Spruch des Ewigen, und ich liebte den Jakob!“.

Weiter klagt der Prophet, dass die Juden, und vor allem die Priester (Kohanim) ihre Pflichten beim G'ttesdienst vernachlässigt haben. Es ist nicht so, dass man keine Opfer im Tempel mehr darbrachte oder andere Elemente des G'ttesdienstes ausführte. Jedoch wur-

de es auf eine Weise gemacht, dass es für G'tt inakzeptabel war. Der Tempeldienst, zu der Zeit als der Tempel noch stand, wurde von G'tt dazu gedacht, dass die Menschen davon inspiriert werden und die Nähe zum Ewigen fühlen. Wenn der Dienst jedoch als Bürde empfunden wird, dann wird nur das Gegenteil davon erreicht.

Auch für uns ist diese Botschaft sehr

aktuell: wenn wir in die Synagoge gehen, sollen wir uns im Klaren sein, dass wir damit nicht G'tt einen Gefallen tun. Die Gebete und der G'ttesdienst sind vor allem für uns selbst nötig, um spirituell zu wachsen und zu besseren Menschen zu werden. Und nur mit dieser richtigen Einstellung können wir hoffen, dass G'tt unsere Gebete erhört und beantwortet!

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Viele Christen beim Jerusalem-Marsch

Der Jerusalem-Marsch hat Tradition in der israelischen Hauptstadt. Auch dieses Jahr zeigten Christen ihre Solidarität mit dem jüdischen Staat. Die Israelis sind begeistert.



GALLIBBON, AFP

(Israelnetz)

Die Philippinen sind eines der wenigen christlichen Länder Asiens.

Beim diesjährigen Jerusalem-Marsch haben wieder zahlreiche Christen mitgemacht. Damit drückten sie ihre Unterstützung für Israel aus. Den Festumzug organisiert die Stadtverwaltung seit dem Jahr 1955. In diesem Jahr nahmen insgesamt 70.000 Menschen aus aller Welt teil, berichtet die Nachrichtenseite „Kippa“.

Israelis zeigten sich durch den zur Schau gestellten Zuspruch beeindruckt. „Großartig, großartig, einfach nur großartig!“, rief etwa Ruti. Die nationalreligiöse Jüdin ist sichtlich begeistert: „Diese Menschen kommen aus der ganzen Welt, um uns ihre Unterstützung zu zeigen.“

Die 25-jährige Jerusalemerin kommt jedes Jahr zum Stadtmarsch. „Das ist der Wahnsinn, was es sich diese Leute kosten lassen, um uns eine Freude zu machen.“ Ruti ist gar nicht mehr zu bremsen: „Das ganze Jahr hören wir von Antisemitismus in England, den USA und Deutschland. Und dann sowas! Und sogar aus Ägypten und dem Irak sind Menschen gekommen. Eigentlich müssten viel mehr von uns kommen, um diesen Leuten diese Liebe zurückzugeben. Ich möchte sie am liebsten alle umarmen. Das zu erleben, ist einfach nur ermutigend!“

Die Beteiligung der Christen erklärt sich auch durch die Veranstaltungen der Christlichen Botschaft in Jerusalem (ICEJ) zum Laubhüttenfest. In diesem Jahr sind nach deren Angaben 5.000 Christen aus fast 100 Ländern nach Israel gekommen. Das Laubhüttenfest ist das einzige jüdische Pilgerfest, zu dem die nichtjüdischen Nationen ausdrücklich eingeladen sind, wie es in der Bibel bei Sacharja 14,16 nachzulesen ist.



GALLIBBON, AFP

Eine Abordnung der Vereinten Nationen